

# **A1 Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2024**

Antragsteller\*in: SPD-Landesvorstand  
Tagesordnungspunkt: 7. Diskussion und Beschluss des  
Programmentwurfs

## **Antragstext**

### **1. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft**

Eine soziale gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit, Wohlstand, Bildung, Kultur und politischen Entscheidungen haben und sich selbst verwirklichen können, ist seit jeher Ziel der Sozialdemokratie. Dieses Ziel ist längst noch nicht erreicht. Vielmehr ist unsere Gesellschaft aktuell durch eine soziale Frage gekennzeichnet: eine kleine Oberschicht mit einer Vielzahl ökonomischer, räumlicher und sozialer Einfluss- und Verwirklichungsmöglichkeiten, eine große Mittelschicht, die sich teilweise bedroht fühlt und eine größer werdende Gruppe von Menschen, die kaum von Wohlstand und Freiheit profitieren können. Unsere Politik zielt darauf ab, dies auszugleichen und Teilhabe für Alle an einer solidarischen Gesellschaft zu ermöglichen. Landespolitisch tragen wir in erster Linie durch eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur dazu bei.

#### **1.1 Familienfreundlichstes Bundesland**

Die SPD ist die Familienpartei in Thüringen. Für uns ist klar: Gute Politik für Familien zu machen, ist das zentrale Anliegen unserer Politik. Wir setzen uns dafür ein, Strukturen zu etablieren und zu stärken, die Familien unterstützen. Wir werden Familien finanziell entlasten und dafür sorgen, dass sie eine qualitativ hochwertige Zeit miteinander verbringen können. Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Wenn wir die Bedürfnisse von Familien berücksichtigen wollen, bedeutet das, dass wir den Sozialraum, Unterstützungsangebote, aber auch den Nahverkehr, den Wohnungsmarkt, die Gesundheitsversorgung, sowie Arbeits- und Bildungspolitik im Blick haben müssen.

Familien leiden besonders unter den Krisen der vergangenen Jahre, sei es, weil sie im Besonderen auf eine starke soziale Infrastruktur angewiesen sind oder weil sie stärker unter den Kostensteigerungen leiden.

In den nächsten Jahren liegt viel vor uns, wenn wir attraktive Lebensbedingungen

für Familien in Thüringen realisieren wollen. Die Frage, wie wir gute Betreuung und Bildung in unseren Kindergärten ermöglichen, müssen wir dabei genauso beantworten, wie wir pflegende Angehörige entlasten und unterstützen können oder wie wir mit attraktiven Arbeitsbedingungen Fachkräfte für die Sozialwirtschaft gewinnen, sowie mehr Familienerholung und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen.

Das werden wir tun:

- Das Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" nimmt die ganze Familie in den Blick. Diesen Weg wollen wir weitergehen und das Landesprogramm erweitern durch eine Landesinitiative zur Verbesserung von Chancengleichheit und Partizipation in Quartieren sowie ländlichen Räumen mit besonderen sozialen Belastungen und Armutsrisiken. Somit werden Orte für Familien, junge und alte Menschen sowie für Beratungs- und Teilhabeangebote geschaffen.
- Als SPD Thüringen werden wir den Einstieg in das kostenfreie Mittagessen starten. Mit uns bekommt jedes Kind in Thüringen in Kindergarten und Schule ein gesundes Mittagessen am Tag. Dieses soll für Kinder und Eltern kostenfrei sein.
- Unsere Grundüberzeugung ist und bleibt es, dass die Bildung vom Kindergarten bis zum Meister bzw. Master grundsätzlich beitrags- und gebührenfrei sein muss. Daher schaffen wir die Beiträge für Kindergarten und Hort für alle Eltern in Thüringen ab. Unser Ziel ist es, dass Eltern ab Januar 2025 keine Gebühren für Kinderbetreuung mehr zahlen. Beitragsfreiheit und Betreuungsqualität müssen Hand in Hand gehen. Sinkende Geburtenraten sind für uns kein Grund bestehende Stellen abzubauen. Im Gegenteil: Auch sie helfen uns auf dem Weg zu einem besseren Betreuungsschlüssel und sichern die Qualität der Betreuung in den Einrichtungen.
- Wir werden die Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsqualität in unseren Kindergärten weiter verbessern. Studien empfehlen zusammen mit Fachexpert:innen und -verbänden für den Kita-Bereich einen Mindestpersonalschlüssel von 1:3 für Kinder unter 3 Jahren (U 3) und von 1:7,5 für die Altersgruppe zwischen 3 Jahren und Schuleintritt (Ü 3). Davon ist Thüringen trotz aller in den letzten Jahren vorgenommen Verbesserungen bei den Betreuungsrelationen noch weit entfernt. Deshalb werden wir einen verbindlichen Stufenplan zur Erreichung der Expert:innen-Empfehlung festlegen und diesen schrittweise umsetzen. Unser Ziel ist es, so einen von politischen Konjunkturen und parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen unabhängigen Pakt der Demokrat:innen zur Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung in Thüringen zu schließen und

ihn in der kommenden Dekade zu erfüllen. Als ersten wichtigen Schritt werden wir den Mindestpersonalschlüssel im Bereich Ü 3 vereinheitlichen und auf 1:12 festlegen und in einem nächsten Schritt den Mindestpersonalschlüssel in der Altersgruppe der Zwei- bis Dreijährigen auf 1:6 zu verbessern.

- Attraktivitätssteigernd wirkt sich zudem eine weitere Professionalisierung des Berufsfeldes aus. Dazu zählt der Ausbau der einschlägigen Hochschulstudiengänge und die Etablierung eines Instituts zur Qualitätsentwicklung der frühkindlichen Bildung, die Ermöglichung kontinuierlicher und qualitativ hochwertiger Fort- und Weiterbildung für die Erzieher:innen und das uneingeschränkte Festhalten am Fachkräftegebot. Darüber hinaus wollen wir ausgebildeten Erzieher:innen mit Berufserfahrung den Zugang zu berufsbegleitenden Studiengängen ermöglichen.
- Mit einem Masterplan Fachkräftesicherung in der Sozialen Arbeit starten wir eine Offensive zur Fachkräftesicherung für Kindergärten, Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.
- Die Kommunen finanziell verlässlich ausstatten, um Jugendarbeit, Unterstützungsangebote für Familien, Vereinsarbeit, Hilfe für Bedürftige, eine öffentliche Verwaltung, auf die sich jede:r verlassen kann, Straßen, Spielplätze, Schulen und Kindergärten – alles, was es für eine lebenswerte Nachbarschaft und ein soziales Miteinander braucht, vorzuhalten.
- Wir werden ein Programm zur Stärkung der Gemeinwesenarbeit einführen und gesetzlich verankern, mit dem wir die kommunale Sozial- und Raumplanung verstetigen und weiterqualifizieren, so dass fachbereichsübergreifend, gemeinsam mit den sozialen Trägern und unter Beteiligung der Einwohner:innen, gleichwertige Lebensbedingungen, angemessene Versorgung mit sozialen Dienstleistungen und demokratische Teilhabe für Alle möglich sind. Projekte der Nachbarschaftshilfe, flexible Kinderbetreuung, Freizeitangebote und vieles mehr können damit gefördert werden. Vor Ort soll in den Kommunen entschieden werden, mit welchen Angeboten Familien gestärkt werden. Das Landesprogramm soll ein Volumen von 10 Millionen Euro haben. Mit der Stärkung der kommunalen Sozialplanung sind wir einen wichtigen Schritt gegangen, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern, stärker zu unterstützen und Freizeitangebote auszubauen. In einem nächsten Schritt werden wir die Beteiligung von Menschen vor Ort in ihren Quartieren und Stadtteilen im Rahmen dieser Planungsprozesse erleichtern.
- Eltern brauchen familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Darauf muss sich die Wirtschaft in Thüringen einstellen. Wir werden, insb. kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, Arbeitsbedingungen anzupassen,

z.B. durch familienfreundliche Arbeitszeitmodelle oder Möglichkeiten zum Homeoffice. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung einer Familienarbeitszeit ein, die Eltern gleichberechtigt die Möglichkeit zur Reduzierung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich ermöglicht.

- Wir werden familienpolitische Akteur:innen in alle für Familien relevanten Entscheidungen einbeziehen. Dazu werden wir den Landesfamilienrat weiterentwickeln.
- Familien brauchen vor allem eines: Zeit füreinander! Wir werden das Landesprogramm zur Familienerholung evaluieren und verstetigen, damit Familien mit geringem Einkommen und pflegende Angehörige die Möglichkeit zu einer Auszeit haben.
- Wir werden noch einmal die Minderungszeiten für Erzieherinnen und Erzieher erhöhen und die Einrichtungsleitung stärken. Das heißt konkret mehr Zeit für Leitungsaufgaben, für Fortbildung und für die Träger neue Spielräume, um krankheitsbedingte Abwesenheiten durch zusätzliches Personal auszugleichen. Für Familien bedeutet dies: mehr Verlässlichkeit bei den Öffnungszeiten ihres Kindergartens. Wir halten an der Betreuungsgarantie von bis zu 10 Stunden täglich fest.
- In den Kindergärten wollen wir die Familienarbeit stärken und multiprofessionelle Teams etablieren. Hierzu wollen wir die Entwicklung von Kindergärten hinzu Thüringer Eltern Kind Zentren (ThEKiZ) und das Modellprojekt „Vielfalt vor Ort begegnen“ ausweiten. Wir werden das Modellprojekt in die Regelfinanzierung überführen und den Kommunen bedarfsgerecht zusätzliche Personal- und Sachkosten zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bereitstellen. Damit wollen wir die regelhafte Einführung von Sozialarbeit in unseren Kindergärten in einem Landesprogramm ermöglichen.
- Zudem gilt es, die schulische Ausbildung der Fachkräfte attraktiver zu gestalten, in dem wir die Schulgeldfreiheit einführen und die Anerkennungspraktika für alle Einsatzfelder flächendeckend vergüten. Zudem werden wir den Weg für einen Quereinstieg und die berufsbegleitende Weiterbildung zur Fachkraft ermöglichen. Mit dem Aufbau eines landesweiten Fachkräftemonitoring für die frühkindliche Bildung werden wir regelmäßig die Personal- und Ausbildungssituation, die konkreten regionalisierten Personalbedarfe und die Notwendigkeiten der Personalentwicklung erheben sowie die daraus abzuleitenden Handlungsschritte des Landes, der Kommunen und der Einrichtungsträger definieren.
- Ein attraktives Berufsumfeld bietet die beste Gewähr dafür, dass sich noch mehr junge Menschen dafür entscheiden als Erzieher:in im Kita-Bereich zu

147 arbeiten und dort auch dauerhaft zu bleiben. Wir werden uns daher dafür  
148 einsetzen, dass die Bestimmungen des TVöD bei der Entlohnung des  
149 Erzieher:innenpersonals landesweit und trägerübergreifend Anwendung  
150 finden. Dadurch werden die teilweise erheblichen Lohnunterschiede zwischen  
151 kommunalen und freien Einrichtungsträgern nivelliert.

- 152 • Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für Familien erhalten und schaffen. Zur  
153 Miete und im Eigentum – in der Stadt und auf dem Land. Dazu werden wir das  
154 soziale Wohnungsbauprogramm beschleunigen und die Bemessungsgrundlage so  
155 verändern, dass auch Familien mit geringen Einkommen berücksichtigt werden  
156 können. Kommunen sollen keine finanziellen Nachteile entstehen, wenn Sie  
157 Bauland günstiger an Familien abgeben. Einnahmeausfälle werden wir den  
158 Kommunen daher erstatten. In den größeren Städten soll eine solche  
159 Baulandbereitstellung auch für Bauträger möglich sein, die sich  
160 langfristig zu sozialen Kriterien verpflichten. So werden Miet- und  
161 Eigentumswohnungen in Thüringen auch für den kleinen Geldbeutel bezahlbar.  
162 Um Ortskerne zu verdichten, wollen wir Lückenbebauungen und Sanierungen  
163 mit gezielter Förderung unterstützen.

- 164 • Wir werden die Thüringer Familienkarte als dauerhaftes Angebot für  
165 Familien in Thüringen etablieren. Familien sollen damit die Möglichkeit  
166 haben Theater, Freibäder, Museen und Freizeitangebote kostenfrei nutzen  
167 können. Außerdem werden wir ein Jugendkulturticket für alle jungen  
168 Menschen bis zum Abschluss ihrer beruflichen und akademischen Ausbildung  
169 einführen, mit denen sie Kultureinrichtungen kostenfrei nutzen können. Wir  
170 wollen, dass alle Kinder und Jugendliche Kultur erleben können..

- 171 • Die Einkommenssituation von Familien muss sich verbessern. Wir setzen uns  
172 für die Steigerung des Lohnniveaus ein. Wir kämpfen an der Seite der  
173 Gewerkschaften für eine Steigerung der Tarifbindung und höhere  
174 Tarifabschlüsse. Alle gesetzlichen und untergesetzlichen Möglichkeiten,  
175 die wir zur Regulierung haben, werden wir nutzen.

- 176 • Als SPD stehen wir für mehr soziale Gerechtigkeit. Deshalb setzen wir uns  
177 auf der Bundesebene für die Einführung eines Grunderbes in Höhe von 20.000  
178 €, für jede:n der das 18. Lebensjahr erreicht, ein.

- 179 • Um pflegende Angehörige zu unterstützen, die Qualität in der Pflege  
180 sicherzustellen und eine Antwort auf den steigenden Bedarf an Fachkräften  
181 zu finden, streben wir eine konzertierte Aktion an, die alle relevanten  
182 Akteur:innen in der Pflege beteiligt. Dort soll ein Maßnahmenkatalog  
183 erarbeitet werden, der im Anschluss zügig umgesetzt werden muss.

- 184 • Mit einem starken ÖPNV unterstützen wir Familien. Mobilität ist die  
185 Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Damit Familien in Thüringen

gut mobil sein können, braucht es einen gut ausgebauten, bezahlbaren ÖPNV, ergänzt um Angebote von Carsharing, Rufbusse und On-Demand-Angeboten.

## 1.2 Kinder und Jugendpolitik

Junge Menschen gehören ins Zentrum unserer Gesellschaft – mit all ihren Interessen und Bedürfnissen. Unser Ziel ist es, die Belange von jungen Menschen, ihre Ideen und Interessen dauerhaft in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit zu holen. Wir wollen Jugendpolitik in Thüringen mit den Jugendlichen selbst und den jugendpolitischen Akteuren im Dialog entwickeln und umsetzen.

Das werden wir tun:

- Die eigenständige Jugendpolitik werden wir ressortübergreifend weiter stärken und die Situation junger Menschen durch einen regelmäßigen Lebenslagenbericht ins Zentrum der Landespolitik rücken.
- die Maßnahmen der „Landesstrategie Mitbestimmung“ weiter umsetzen und die Mitbestimmungsrechte in der Kommunalordnung stärken sowie Jugendgremien in der Landespolitik, wie z.B. den Jugendlandtag als Jugendpolitikberatung etablieren. Die Diskussion um die Reform der Thüringer Verfassung mit dem Ziel fortsetzen, das Wahlrecht ab 16 für die Thüringer Landtagswahl einzuführen und die Kinderrechte in die Verfassung aufzunehmen.
- Die Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie die Arbeit der Jugendverbände wollen wir weiter unterstützen und mit einer gesetzlich dynamisierten örtlichen Jugendförderung (sog. Jugendpauschale) die Kommunen bei der Umsetzung dieser Aufgabe fördern, sowie den Landesjugendförderplan bedarfsgerecht ausfinanzieren.
- Ein Investitionsprogramm für Einrichtungen der offenen Jugendarbeit in den Kommunen und für die Thüringer Jugendbildungsstätten auflegen, um gemeinsam den Kommunen die Einrichtungen zeitgemäß zu modernisieren.
- Die jugendpolitische Erfolgsgeschichte der Schulsozialarbeit weiterschreiben! Wir wollen, dass Schulsozialarbeit künftig in allen Thüringer Kommunen bedarfsgerecht angeboten und qualitativ weiter gestärkt wird. Um eine dauerhafte gute Schulsozialarbeit zu gewährleisten, ist Planungssicherheit für die kommunalen Jugendämter sowie die freien Träger besonders wichtig. Wir halten es daher weiterhin für erforderlich, die notwendige Landesförderung der Höhe nach gesetzlich festzuschreiben und eine Dynamisierungsregelung einzuführen, die sich jährlich an die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst sowie am Preisindex anlehnt.

- Die Rechte von Kindern, Jugendlichen und deren Familien im Bereich der frühen und erzieherischen Hilfen umfassend sichern, sowie die Qualität in diesen Hilfen stärken und gemeinsam mit den Kommunen und freien Trägern weiterentwickeln. Dabei soll der Bedarf an Hilfen zukünftig in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten im Rahmen der Jugendhilfeplanung verpflichtend ermittelt werden. Zudem werden wir ein landesweites und bedarfsgerechtes Angebot an unabhängige Ombudsstellen sichern, die Beteiligung junger Menschen in Heimräten und einen Landesheimrat stärken, sowie Careleaver- Initiativen unterstützen.
- Wir begrüßen die Reform des SGB VIII zum Aufbau einer inklusiven Jugendhilfe. Damit werden die Jugendämter für alle jungen Menschen zuständig, unabhängig davon, ob und welche Unterstützung sie benötigen. Den Prozess dazu auf Bundesebene und zur Umsetzung in Thüringen wollen wir begleiten und unterstützen.
- Wir stärken die politische Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich, dazu werden wir das Netz an Thüringer Jugendbildungsstätten zukünftig stärker fördern und die europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Weimar zu einem Zentrum für Demokratie und Mitbestimmung weiterentwickeln. Insbesondere setzen wir uns für einen Ausbau des schulischen Sozialkundeunterrichts ein.
- Wir müssen Angebote wie das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr, das Freiwillige kulturelle Jahr und das Freiwillige Politische Jahr stärken, so dass sich alle Jugendlichen – unabhängig von der Unterstützungsmöglichkeiten ihrer Eltern – ein solches Jahr leisten können, denn diese Angebote bieten Jugendlichen Orientierungs- und Engagement Möglichkeiten. Wir werden diese Angebote sichern und finanziell angemessen ausstatten. Kurzfristig soll die Vergütung für Freiwillige im Thüringen Jahr auf die derzeit maximale Höhe angehoben werden (gem. Jugendfreiwilligendienstgesetz auf sechs Prozent der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung = 438 Euro monatlich). Darüber hinaus bringen wir eine Bundesratsinitiative für die Erhöhung des Taschengelds für Freiwilligendienstleistende auf das Bafög-Niveau auf den Weg.
- Ein Förderprogramm zur Digitalstrategie der Kinder- und Jugendhilfe aufbauen, dass bedarfsgerecht zusätzliche finanzielle, technische und personelle Ressourcen zur Verfügung stellt, um auf die auf die Herausforderungen der zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche und die damit verbundenen umfassenden Veränderungen der Arbeits- und Berufswelt, der Kommunikation und Interaktion der Menschen, des familiären und gesellschaftlichen Zusammenwirkens reagieren zu können.

- Junge Menschen streben verstärkt den höchstmöglichen Schulabschluss an und entscheiden sich öfter zunächst gegen eine berufliche Ausbildung. Wir unterstützen Thüringer Betriebe und Unternehmen in ihrem Bemühen, die Attraktivität einer Dualen Ausbildung stärker für Jugendliche herauszustellen, die über eine Hochschulzugangsberechtigung verfügen bzw. ihren Realschulabschluss in Wahlschulformen erworben haben. Insbesondere benachteiligte Jugendliche und Jugendliche mit Behinderungen sind darüber hinaus, beginnend in den Vorabgangsklassen, individuell und unter Aktivierung gängiger Unterstützungsinstrumente bis zur Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses gezielt zu begleiten. Berufsorientierungsangebote sind daher stärker zu individualisieren und deren Einsatz in nicht berufsqualifizierenden Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen zu prüfen.
- Qualifizierte Duale Ausbildung braucht einen starken Partner – Berufsbildende Schule und berufsbegleitende Hilfen. Vor dem Hintergrund einer kritischen Altersstruktur unter Lehrer:innen an BBS, gleichbleibenden Schüler:innenzahlen in der Dualen Ausbildung und den Herausforderungen digitaler Transformation in Lehre und wirtschaftlicher Praxis sind vorhandene personelle und materielle Ressourcen der BBS stärker zu konzentrieren. Wir unterstützen die Weiterentwicklung von Schwerpunktschulen/Berufsschulzentren zur Gewährleistung einer qualifizierten Unterrichtsversorgung für alle Thüringer Berufsschüler:innen. Gleichwohl ist uns bewusst, dass sich damit Wege eines Teils von Auszubildenden zur Berufsschule deutlich verlängern werden. Wir setzen uns für den Aufbau von Internatskapazitäten an Standorten der Schwerpunktschulen ein. Schulsozialarbeiter:innen werden an Berufsbildenden Schulen auch zukünftig bedarfsgerecht eingesetzt. Ausbildungsbegleitende Hilfen und die Jugendberufshilfe werden wir stärken.
- Wir verbessern den Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt in der Gesellschaft. Dafür stärken wir den Kinder- und Jugendschutz, um Schutzkonzepte in Schulen, Sport- und Jugendeinrichtungen einzuführen. Darüber hinaus werden wir eine Fallzahlbegrenzung im allgemeinen sozialen Dienst einführen und mehr Fortbildungsangebote für Familienrichter:innen und Staatsanwälte schaffen.
- Wir setzen uns für leistungsfähige Jugendämter, öffentliche und private Träger mit einer verlässlichen, am Bedarf orientierten und tarifgerechten Personalausstattung ein.
- Wir setzen uns für eine schrittweise Kostenfreiheit für Kinder und Jugendliche für die Nutzung des ÖPNV in Thüringen ein.



- Wir werden Initiativen von Jugendlichen, die sich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen, besonders unterstützen und in die Entwicklung einer Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung einbeziehen.
- Wir werden Kommunen und Landkreise durch interkommunalen Fachaustausch in die Lage versetzen, kommunale Mitbestimmungsstrategien junger Menschen zu entwickeln und zu etablieren.

## 1.3 Teilhabe von Senior:innen

In der Sozialdemokratie ist ein bestimmender Aspekt unserer Arbeit die Solidarität der Generationen. Unser Engagement und Einsatz für die Mitglieder unserer Gesellschaft darf nicht mit dem Renteneintritt enden. Senior:innen sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Sie haben ihren Beitrag für die Gestaltung unserer Gesellschaft geleistet, engagieren sich darüber hinaus und übernehmen in hohem Maße Verantwortung für ihre Familien, für ihre Partner:innen, Kinder und Enkelkinder. Wir sehen ältere Menschen, die sich in der Nacherwerbsphase ihres Lebens befinden, als immanenten Bestandteil unserer ganzheitlichen Familienpolitik an. Auf ihre Erfahrungen und ihr Engagement können und wollen wir nicht verzichten. Deshalb brauchen wir einen wertschätzenden Umgang mit ihnen und müssen echte Teilhabe an unserer Gesellschaft über das Rentenalter hinaus garantieren. Insgesamt wollen wir die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen stärken und Hilfestellungen für ein selbstbestimmtes und sozialgerechtes Leben im Alltag ausbauen.

Das werden wir tun:

- Eines ist sicher: Der Unterstützungs- und Pflegebedarf für alte Menschen wird in den kommenden Jahren steigen. Unser Ziel ist es, dass Menschen möglichst lang gut und gesund in ihrem gewohnten Umfeld leben können. Die staatlich garantierten Hilfestellungen gehören für uns zum Selbstverständnis einer sozial gerechten und solidarischen Gesellschaft. Deshalb stehen wir für eine umfassende und bedarfsgerechte Versorgung älterer Menschen. Dazu gehören eine ausreichende finanzielle Absicherung, eine barrierefreie Umgebung sowie eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung. Ebenso die Förderung von ehrenamtlichem Engagement, sozialer Anbindung und die Stärkung der Selbstbestimmung älterer Menschen sind uns wichtige Anliegen.
- Sozial- und Bildungsarbeit mit Älteren in der Kommune stärken. Mit dem Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ und dem Programm AGATHE – „Älter werden in der Gemeinschaft – Thüringer Initiative gegen Einsamkeit“ werden wir eine aktive Altenarbeit in den Kommunen fördern und zu einem Mindeststandard für generationengerechte Infrastruktur weiterentwickeln. Dazu werden wir auf Grundlage der

Evaluierungsberichte das Familienfördersicherungsgesetz novellieren und darin die Programme bedarfsgerecht ausbauen und dauerhaft absichern. Zusammen mit den Kommunen wollen wir barrierefreien und bezahlbaren Zugang zu allen Orten der Bildung, der Kultur und des gesellschaftlichen Lebens ermöglichen. Hierzu wollen wir einerseits die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, andererseits aber auch durch unmittelbare Beratungs- und Unterstützungsprogramme sicherstellen, dass neue technische Möglichkeiten von allen Menschen sinnvoll und sicher genutzt werden können. Damit insbesondere der Aspekte der Altenhilfe innerhalb der Sozialplanung künftig viel stärker beleuchtet und bedarfsgerechter entwickelt wird, streben wir an, die integrierte Planung der Altenhilfe nach § 71 SGB XII gesetzlich zu verpflichten (Altenhilfestrukturgesetz).

- Wohnen sichern. Wir werden dafür sorgen, dass Land und Kommunen in enger Abstimmung mit den kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsbaugenossenschaften und unter gezieltem Einsatz von Förderprogrammen altersgerechte und barrierefreie Wohnräume, alternative Wohnformen und Service-Wohn-Angebote ausbauen. Mit einer fachlichen Empfehlung für einen Wohnraum-Check werden wir einen einheitlichen thüringenweiten Qualitätsstandard für „altersgerechtes Wohnen“ schaffen. Ebenso muss die barrierefreie Gestaltung des gesamten öffentlichen Raumes und des Wohnumfeldes, vom Zustand der Gehwege, der verkehrlichen Situation bis zur Beleuchtung im Wohnquartier berücksichtigt werden. Eine Vernetzung mit der Landesfachstelle für Barrierefreiheit streben wir an.
- Mobilität sicherstellen. Mangelnde Barrierefreiheit und hohe Kosten schließen ältere Menschen von der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs aus. Wir werden beim Ausbau des ÖPNV in Thüringen die besonderen Bedarfe alter Menschen gezielt berücksichtigen. Alternativen zum eigenen PKW, wie Radverkehr und E-Bikes, den Gemeindebus oder das Konzept „Fahrendes Mobil“ werden wir bedarfsgerecht ausbauen.
- Sicherheit gewährleisten. Kriminalität, die die Situation alter Menschen gezielt ausnutzt, ist besonders arglistig. Wir werden Beratungsangebote und polizeiliche Schutzmaßnahmen in Bereichen verstärken, in denen Senior:innen bedroht sind, zum Opfer von Verbrechen zu werden.
- Mitwirkung und Engagement fördern. Für uns gilt: Wann immer es um die Belange von Senior:innen geht, sollen sie in Beratungen und nach Möglichkeit auch in Entscheidungen aktiv einbezogen werden. Seniorenbeiräte, Seniorenbeauftragte und aktive Interessenvertretung, wie der Landesseniorenrat, sind wichtige Institutionen, um die Belange älterer Menschen auf kommunaler Ebene und landesweit zu vertreten. Wir wollen die Mitwirkungsbereitschaft in der Interessenvertretung stärken und die Gewinnung von Senior:innen für aktives ehrenamtliches Engagement

intensiver fördern. Die Interessenvertretung von und für Menschen mit Pflegebedarf und ihrer Angehöriger werden wir stärken.

## 1.4 Menschen mit Behinderungen

Wir wollen, dass Thüringen ein inklusives Bundesland ist, deshalb befördern wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Alle Menschen mit und ohne Behinderungen, sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Menschen mit Behinderungen sind oftmals auf die Unterstützung dritter Personen angewiesen. Unser Ziel muss es sein, alle Lebensbereiche inklusiver und innovativer zu gestalten, um selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft umfassend zu ermöglichen.

Das werden wir tun:

- Wir wollen die Barrierefreiheit in allen analogen und digitalen Bereichen des Lebens, von der Frage baulicher Barrierefreiheit bis hin zur Internetgestaltung sicherstellen.
- Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und die Unterstützung personenzentrierter Dienstleistungen sind zentrale Schlüssel für die Inklusion. Wir müssen deshalb den Umbau der sozialen Infrastruktur zugunsten von Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen vor Ort vorantreiben. Die soziale Infrastruktur und die personenzentrierten Leistungen im Quartier müssen weiter ausgebaut werden. Denn eine inklusive Gesellschaft bedeutet, dass es eine soziale Infrastruktur geben muss, die für alle nutzbar und doch individuell gestaltet ist. Die in Thüringen entwickelte „Personenzentrierte Komplexleistung“ als eine neue, ambulante, stark sozialraumorientierte Angebotsform werden wir fördern und vermehrt realisieren.
- Wir werden den Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen und eine Vereinheitlichung der Aufgaben der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe für Kinder mit Behinderungen umsetzen.
- Thüringen hat sich auf den Weg gemacht, schrittweise ein inklusives Schulsystem zu realisieren. Es soll das gemeinsame Leben und Lernen von Menschen mit und ohne Behinderungen bei bestmöglicher individueller Förderung ermöglichen. Eine notwendige Bedingung hierfür ist, dass den Schulen die personellen und materiellen Ressourcen für eine gelingende Inklusion zur Verfügung gestellt werden.
- Diversität ist die Lösung vieler Probleme am ersten Arbeitsmarkt. Ziel der

beruflichen Schulen muss es sein, alle Menschen mit und ohne Behinderungen für eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu befähigen. Wir werden mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen schaffen.

- Unser Ziel ist es, möglichst vielen Menschen eine geeignete sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anzubieten. Dazu gehören der Ausbau von Assistenzen und unterstützter Beschäftigung, ein flächendeckendes Angebot an Integrationsbetrieben und der Ausbau des Integrationsfachdienstes.
- Um Menschen mit Behinderungen eine faire Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen, werden wir neben der Möglichkeit des Budgets für Arbeit, die Schaffung eines zusätzlichen Anreizsystems – in Form einer direkten oder indirekten monetären Entlastung für die Unternehmen – prüfen. Diese Entlastung sollte nach Art und Grad der Behinderung unterschieden werden. Um die verschiedenen Arten der Behinderungen zu vergleichen, kann man wie z. B. im Behindertenleistungssport ein Klassifizierungssystem nutzen. Die öffentliche Hand hat bei der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen eine Vorbildfunktion.
- Um auf die Bedürfnisse aller Kinder und Jugendlichen eingehen zu können, sollen alle Lehrkräfte in inklusiver Pädagogik fortgebildet werden. Wir streben die Einrichtung von multiprofessionellen Teams an den Schulen an.
- An unserer favorisierten Schulform, der TGS, ist Inklusion aus Sicht der SPD Thüringen am besten umzusetzen. Daneben müssen räumliche Anforderungen an die TGS entwickelt werden, welche Inklusion auch für Kinder- und Jugendliche mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen ermöglicht. Weiterhin müssen die räumlichen, sachlichen und strukturellen Voraussetzungen an den Schulen geschaffen werden, um optimalen gemeinsamen Unterricht durchführen zu können. Dazu sind auch technische Hilfsmittel, beispielsweise zur Unterstützung von Menschen mit Sinnesbehinderungen, einzusetzen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die UN-Behindertenrechtskonvention endlich in die Thüringer Verfassung aufgenommen wird und damit die Rechte von Menschen mit Behinderungen mehr Sichtbarkeit erhalten.

## 1.5 Gleichstellung der Geschlechter

Laut Gender Gap Report der Stiftung der Weltwirtschaftsforums braucht es noch 131 Jahre, bis die Gleichstellungslücke zwischen den Geschlechtern geschlossen wurde. Im familiären und beruflichen Alltag ist die Gleichstellung auch zu

Beginn des 21. Jahrhunderts nicht erreicht. Durch die Coronapandemie hat die Gleichstellung sogar einen Rückschritt gemacht und die Kluft zwischen den Geschlechtern vergrößert. Frauen tragen weiterhin größere Risiken im Berufsleben neben der Tatsache, dass die deutlich häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen angestellt sind und verdienen durchschnittlich weniger. Sie haben schlechtere Aufstiegsmöglichkeiten und sind seltener in Führungspositionen zu finden. Wir als SPD Thüringen wollen unseren Beitrag zu einer schnelleren Gleichstellung leisten und die Bedingungen für Frauen in der Familie und im Beruf verbessern.

Das werden wir tun:

- Wir werden einen verpflichtenden Gleichstellungsscheck einführen und damit alle Maßnahmen, ob Gesetze, Verordnungen, Haushaltsausgaben und Setzung von Rahmenbedingungen einem Gleichstellungsscheck zu unterwerfen. Wir werden keine Maßnahmen mehr beschließen, die die Gleichstellung der Geschlechter nicht voranbringen.
- Um Genderbudgeting (Etablierung und Durchführung von Maßnahmen innerhalb des Prozesses der Aufstellung von öffentlichen Haushalten, mit dem Ziel, die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und zu erreichen) auch in Thüringen zu etablieren, ist in einem wissenschaftlich begleiteten Pilotprojekt mit mindestens einer Kommune (Landgemeinde) das Prinzip des Genderbudgeting beispielhaft umzusetzen. Das Pilotprojekt ist mit einem finanziellen Anreiz für die ausgewählte Kommune verbunden.
- Täterarbeit ist ein wichtiger Aspekt der Gewaltprävention. Daher werden Programme zur Täterarbeit und Gewaltprävention (z.B. Projekt Orange) auskömmlich finanziert, damit diese Arbeit effektiv und flächendeckend durchgeführt werden kann.
- Auch wenn Gleichstellung bei allen Themen immer mitgedacht werden muss, so braucht es dennoch im Thüringer Landtag wieder einen Ausschuss, der sich allein mit dieser Frage auseinandersetzt. Wir werden den eigenständigen Gleichstellungsausschuss wieder einsetzen, nur so bleibt das Thema sichtbar und kann mit Nachdruck verfolgt werden.
- Wir werden Schulungs- bzw. Bildungsangebote für Männer zum Thema Gleichstellung, Geschlechtergerechtigkeit, Teilhabe, Frauenförderung, patriarchale Männlichkeit etc. einrichten. Nur durch Bildung wird das Verständnis füreinander gefördert.
- Frauen sind in besonderem Umfang nicht nur physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt. Auch Armut und andere Formen der Benachteiligung trifft

sie besonders. Das Beratungsangebot, die Anlaufzentren und die Schutzräume für Frauen müssen daher auch diese Aspekte berücksichtigen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung auch im Thüringer Landtag vertreten sind. Wir streben deshalb an, dass künftig die Hälfte der Thüringer Landtagsabgeordneten weiblich sein soll. Dieses Ziel verfolgen wir weiter und werden dafür ein, die rechtlichen Rahmenbedingungen einhaltendes, Paritégesetz auf den Weg bringen.
- Gewalt gegen Frauen muss sichtbar gemacht werden. Die SPD Thüringen wird sich dafür stark machen, dass der Begriff der „Hasskriminalität gegen Frauen“ in die polizeiliche Kriminalstatistik mit aufgenommen wird.
- Die SPD Thüringen steht hinter den Forderungen der Istanbul-Konvention und wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Finanzierung von Frauenhäusern im Freistaat lückenlos und nachhaltig gesichert wird. Die Leistungsberechtigung nach dem SGB darf kein Kriterium mehr zur Unterbringung in Frauenhäusern und -schutzeinrichtungen sein. Personen unterhalb der Armutsgrenze sind in einer Sonderfallregelung zu berücksichtigen. Innerhalb der Projektfinanzierung der Thüringer Frauenhausförderung müssen die Personal- und Sachkosten verpflichtend gewährleistet werden, ohne dass sie in Haushaltsdebatten regelmäßig zur Verhandlung stehen. Hierfür nehmen wir die kreisfreien Städte und Landkreise verstärkt in die Verantwortung und verankern das Vorhalten sowie die anteilige Finanzierung von Frauenhäusern als deren kommunale Pflichtaufgabe.
- Um die Umsetzung der Istanbul-Konvention auch in Thüringen zu intensivieren, wird das Monitoring der Umsetzungsprozesse bei der Landeskoordinierungsstelle angesiedelt. Darüber hinaus werden attraktive verpflichtende Weiterbildungsangebote auf Landesebene geschaffen für alle Personengruppen, die in Kontakt mit von Gewalt betroffenen Frauen sind.
- Alle statistischen Auswertungen werden ab sofort mit der Geschlechterkomponente veröffentlicht, wenn die entsprechenden Daten vorliegen. Diese Veröffentlichung macht die geschlechtsspezifische Auswertung der erhobenen Daten möglich und ist somit die, auch die Gleichstellung berücksichtigende, Grundlage für effiziente politische Entscheidungen und Programme.
- Wir werden kostenfreie Menstruationsartikel in öffentlichen Ämtern, Behörden und Verwaltungen für alle Menschen zugänglich zur Verfügung stellen. Ziel muss der kostenfreie Zugang zu Menstruationsartikeln für alle Personen nach schottischem Modell sein.

- In Zeiten des Fachkräftemangels können wir es uns nicht leisten, das Qualifizierungspotenzial von Frauen brach liegen zu lassen. Weiterbildungsangebote sind daher attraktiver zu gestalten. Dies bezieht sich auch auf das Nachholen von Schulabschlüssen. Mit der Möglichkeit, Weiterbildung in Teilzeit zu absolvieren, Kinderbetreuung in Anspruch zu nehmen und eine finanzielle Entlastung (z.B. durch soziale Staffelung von Entgelten oder Förderprogrammen speziell für Frauen, die sich weiter- oder fortbilden, etc.) zu erhalten, wollen wir mehr Frauen die Option einräumen, das in ihnen schlummernde Potenzial zu aktivieren.
- Sportvereine haben immer noch zu wenige weibliche Mitglieder und die Funktionärsstrukturen sind männlich geprägt. Daher werden in vielen Fällen Männermannschaften bevorzugt gefördert. Um dies zu ändern, sind der Landessportbeirat und das Präsidium des Landessportbundes paritätisch zu besetzen, denn Sichtbarkeit von Frauen bedingt, gehört zu werden. Die Stelle einer Gleichstellungsreferentin wird im Landessportbund eingerichtet. Das Land legt Förderprogramme für Sportvereine auf, die diese dabei unterstützen, Frauen und Mädchen für den Vereinssport zu gewinnen sowie Frauen für Führungspositionen in den Sportvereinen zu begeistern.
- Frauen in Thüringen haben auch nach Abschaffung des § 219a StGB Probleme, Informationen über Schwangerschaftsabbrüche zu erhalten. Daher ist der Zugang zu Daten über Abbruchmöglichkeiten und -orte sicherzustellen. Hierfür wird durch das Land ein Internetportal eingerichtet, dass alle Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen niederschwellig und barrierefrei zusammenfasst. Um ein flächendeckendes Angebot sicherzustellen, werden Krankenhäuser, die öffentliche Mittel erhalten, dazu verpflichtet Schwangerschaftsabbrüche als medizinische Grundversorgung anzubieten. Wir machen uns auf Bundesebene weiterhin für die Streichung des § 218 StGB stark.
- Der Internationale Frauentag ist aus der Arbeiter:innenbewegung heraus entstanden und sollte auf die vorherrschende Diskriminierung aufgrund des Geschlechts aufmerksam machen, u.a. thematisierte der erste Internationale Frauentag 1911 die Forderung nach dem Frauenwahlrecht. Die Einführung des 08. März als festen gesetzlichen Feiertag soll auf diese weiterhin vorherrschende Diskriminierung hinweisen und verdeutlichen, dass die umfassende Gleichstellung der Geschlechter noch nicht erreicht ist.

## 1.6 Queerpolitik

Hass, Gewalt und Aggressionen gegen queere Menschen sind in Deutschland noch immer alltäglich. Die Anzahl registrierter Fälle von Hasskriminalität und damit auch von Übergriffen auf queere Menschen ist in den letzten Jahren in Thüringen

deutlich gestiegen, die Dunkelziffer ist deutlich höher. Als SPD Thüringen stellen wir uns gegen jede Form von Diskriminierung von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung. Um die Lebensrealität von queeren Menschen zu verbessern, streben wir ein gemeinsames Programm von Bund und Ländern gegen queerfeindliche Gewalt und die Initiierung einer Kampagne gegen Queerfeindlichkeit an.

Das werden wir tun:

- Das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt der aktuellen Thüringer Landesregierung bildet die Grundlage, um das Leben von LSBTIQA\* zu verbessern. Um dieses vollumfänglich umzusetzen und die Initiativen queerer Menschen zu unterstützen, setzen wir uns für eine merkliche Mittelerhöhung, für die Gewährleistung einer überjährigen Förderung, den Ausbau der zivilgesellschaftlichen Koordinierungsstelle des Landesprogramms sowie die Ernennung einer:eines Beauftragten des Landes für Antidiskriminierung und queere Menschen ein. Des Weiteren werden wir das Landesprogramm alsbald evaluieren sowie fortschreiben.
- Als Sozialdemokrat:innen verurteilen wir Hasskriminalität auf Schärfste und setzen uns aktiv für die Aufarbeitung, Präventions- und Sensibilisierungsarbeit sowie die Schaffung von hauptamtlichen Ansprechpartner:innen für queere Menschen in Polizei und Justiz ein. Dadurch wollen wir ein Bewusstsein für die Herausforderungen der queeren Community schaffen und das geschichtlich begründete und berechtigte Misstrauen gegenüber Sicherheitskräften und Justiz abbauen.
- Das Vermitteln von Akzeptanz und Toleranz beginnt in der Kita, Schule und im Jugendtreff. Dafür braucht es einen vorurteilssensiblen Umgang mit Kindern und Jugendlichen sowie einen geeigneten Platz in Gespräch und Unterricht. Die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität darf dabei kein Tabuthema mehr darstellen. Deshalb machen wir uns für die Aufnahme des Themenfeldes LSBTIQA\* in den Thüringer Lehrplan und für die Entwicklung LSBTIQA\*-inklusive Bildungsmaterialien stark. Als ein wesentlicher Teil der Bildung unterstützen wir zudem Schulaufklärungsprojekte, welche zur Aufklärung über Akzeptanz und Vielfalt, Diskriminierungsprävention sowie Gesundheitsberatung beitragen.
- Des Weiteren unterstützen wir Schulaufklärungsprojekte ausdrücklich. Als ein wesentlicher Teil der Bildung tragen sie zur Aufklärung über Akzeptanz und Vielfalt, Diskriminierungsprävention sowie Gesundheitsberatung bei.
- Wir sind ungebrochen solidarisch mit der queeren-Community. Die Unterstützung des CSD Thüringen und regionalen Veranstaltungen in den Kommunen vor Ort war uns in der Vergangenheit ein großes Anliegen und wird



auch weiterhin Teil unseres Selbstverständnisses sein.

- Queere Menschen mit ihren Lebenslagen müssen zukünftig in Regelstrukturen eine angemessene Berücksichtigung finden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, Menschen in pädagogischen Berufen in Aus- und Weiterbildung durch verpflichtende Module hinsichtlich verschiedener Lebensweisen und LSBTIQA\* zu sensibilisieren. Damit stärken wir die "Regenbogenkompetenz" an unseren Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen. Wir werden Strukturen der queeren Szene, insbesondere bei der Errichtung queerer Zentren als Bildungs- und Begegnungsorte sowie als Anlaufstellen für Betroffene von Diskriminierung und Feindlichkeit stärker fördern. Um flächendeckende Angebote zu gewährleisten, sollen queere Themen in die bestehende Jugendarbeit – mit besonderer Berücksichtigung des ländlichen Raumes – integriert werden.
- Im Gesundheitswesen werden wir die besonderen Bedürfnisse queerer Menschen, insbesondere von trans\* Personen, stärker in den Blick nehmen. Die Angebote der HIV- und STI-Prävention, Beratung und Testung werden wir weiter stärken.
- Auch für queere Menschen im Alter werden wir uns einsetzen. Um Diskriminierung, beispielsweise in betreuten Wohnverhältnissen vorzubeugen, werden wir durch die Etablierung queer-sensibler Qualifizierung und Zertifizierung in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen sowie in Hospizen, zielgruppensensible Pflege für LSBTIQA\* sowie die Sensibilisierung Pflegenden für den alltäglichen Umgang mit Pflegebedürftigen dieser Zielgruppe fördern. Darüber hinaus unterstützen wir queere Senior:innen-Arbeit und machen uns für queere Wohnprojekte, etwa in Mehrgenerationenhäusern, für einen generationenübergreifenden Austausch stark.
- Weiterhin werden wir uns für die notwendige historische Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen und des darauffolgenden Umgangs mit den Opfern stark machen. Weiter unterstützen wird die Forderung zur Sichtbarmachung und Dokumentation der LSBTIQ\*-Geschichte in Thüringen, insbesondere Aufarbeitung und Dokumentation von LSBTIQ\*-Biografien und -Erfahrungen in der Nachkriegszeit, in der DDR und nach der Wende.
- Queere Geflüchtete erfahren oftmals in ihren Herkunftsländern Verfolgung und Gewalt seitens des Staates, der Familie oder Gesellschaft. Auch "nach" ihrer Flucht sind sie in Deutschland von Rassismus sowie Queerfeindlichkeit betroffen, weshalb sie breitere Unterstützung, Anerkennung und einer besonderen Beachtung bedürfen. Wir treten daher für die Entwicklung von Schutzkonzepten in Gemeinschaftsunterkünften bis hin

zu besonderen Schutzräumen für queere Geflüchtete ein.

- Wir werden ein starkes und wirksames Landesantidiskriminierungsgesetz zu Umsetzung der europäischen Vorgaben einführen. Der Begriff "Rasse" soll im AGG ersetzt und durch die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes die bestehenden Schutzlücken geschlossen werden. Dabei soll Diskriminierung aufgrund rassistischer Zuschreibungen oder aufgrund des sozialen Status, unbedingt in die Novellierung einbezogen werden. Da sich das AGG vor allem auf das Zivilrecht beschränkt, kann durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz auch der Schutz vor Diskriminierung durch staatliche Akteur:innen im Freistaat geboten werden.

## 1.7 Vielfalt, Migration und Zuwanderung

Thüringen ist bunt und weltoffen! Dafür setzen wir uns als Sozialdemokrat:innen täglich ein. Die hier lebenden Menschen verschiedener Religionen, Kulturen und Herkunftsländern bereichern unser Bundesland. Wir begreifen Zuwanderung als eine Chance, dem demografischen Wandel entgegenzutreten und die schon heute bestehenden Fach- und Arbeitskräftebedarfe zu decken. Deshalb braucht es eine wertschätzende Willkommenskultur, die diese Menschen akzeptiert, respektiert und in unsere Gesellschaft integriert. Die Aufgabe die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, liegt hier bei Land und Kommunen.

Die Fluchtbewegungen haben in den letzten Jahren zugenommen. Die wenigsten Menschen verlassen freiwillig ihr Land, sondern sehen es als letzten Ausweg vor Verfolgung, Vertreibung und dem sicheren Tod. Wir leben in Thüringen die solidarische Gemeinschaft und leisten unseren Beitrag durch die Aufnahme von Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten bei uns Schutz suchen.

Das werden wir tun:

- Wir wollen eine gleichberechtigte politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe. Wir unterstützen daher auch weiterhin die Arbeit der kommunalen Ausländerbeiräte, der Migrantenselbstorganisationen und ihrer Dachorganisation. Außerdem müssen Hürden für bereits in Deutschland lebende Personen abgeschafft werden. Geflüchteten soll der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden. Insbesondere das Angebot an Fachsprachkursen muss ausgebaut werden.
- Wir bauen die interkulturelle Öffnung von Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen weiter aus, denn wir begreifen Vielfalt als Ressource in Thüringen. Die Teilhabe im gesellschaftlichen Leben, - in Bildungs-, sozialen und kulturellen Einrichtungen von Menschen mit

688 Migrationsgeschichte ist der Schlüssel zum Erfolg. Das Thüringer  
689 Integrationskonzept schreiben wir fort und erfüllen es mit Leben.

- 689 • Wir werden uns dafür stark machen, dass dauerhaft in Thüringen lebende EU-  
690 Bürger:innen bei den Landtags- und Bundestagswahlen wählen können. Wir  
691 wollen das Wahlrecht auf kommunaler Ebene auch für dauerhaft hier lebende  
692 Staatsangehörige außerhalb der Europäischen Union ermöglichen.
- 693 • Wir stehen für eine Politik, die Migration vorausschauend und realistisch  
694 gestaltet. Deswegen werden wir gemeinsam mit dem Bund die Verfahren  
695 erleichtern und beschleunigen. Menschen, die Schutz benötigen, erhalten in  
696 Thüringen Asyl. Deshalb gestalten wir eine soziale Migrationspolitik.
- 697 • Als SPD haben wir uns für eine Reform des Einwanderungsrechts stark  
698 gemacht und setzten uns auch weiterhin für eine Erleichterung der  
699 Verfahren ein. Wir begrüßen die Öffnung des Arbeitsmarkts für alle  
700 beruflich Qualifizierten aus Nicht-EU-Ländern und nicht nur für Akademiker  
701 und Fachkräfte in Mangelberufen sowie die Möglichkeiten des Wechsels vom  
702 Asyl in die Arbeitsmigration.
- 703 • Wir werden ein Ausbildungsprogramm zur Gewinnung von ausländischen  
704 Fachkräften auflegen, das maßgeschneiderte Betreuung und Sprachkurse  
705 enthält.
- 706 • Die Anerkennung von Berufsabschlüssen stellt noch immer eine große Hürde  
707 für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt dar. Wir setzen uns  
708 für eine erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein, damit  
709 vorhandene Qualifikationen besser eingebracht werden können.
- 710 • Wir setzen uns für ein vereinfachtes Verfahren zur Umsetzung der  
711 bundesgesetzlichen Regelungen zum Familiennachzug und für eine  
712 erleichterte Arbeitserlaubnis für Geduldete ein.
- 713 • Wir setzen in der Integrationspolitik einen Schwerpunkt bei Kindern und  
714 Jugendlichen. Wir setzen uns daher für eine möglichst frühe und  
715 individuelle Förderung ein, um Benachteiligungen gar nicht erst entstehen  
716 zu lassen. Das umfasst sowohl die Ansprache und Beteiligung der Eltern als  
717 auch die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte.
- 718 • Die Repräsentanz von Lehrkräften und Erziehungskräften mit  
719 Migrationsgeschichte ist verschwindend gering. Wir wollen durch gezielte  
720 Ansprache unsere Bildungslandschaft diverser machen. Wir werden die  
721 Sozialbetreuungsrichtlinie fortschreiben. Der Zugang zu Angeboten für  
722 Integration, Sprache und Qualifizierung soll Menschen aus dem Ausland,

unabhängig vom Herkunftsland und der Bleibeperspektive, gesichert werden, das gilt für alle Menschen gleichermaßen.

- Integration gelingt vor Ort in den Kommunen und Gemeinden. Wir werden sie dabei unterstützen, ihre Ausländerbehörden zu Integrationsbehörden und zu Serviceeinrichtungen weiterzuentwickeln und darüber hinaus das gesellschaftliche Engagement von Zugewanderten stärken. Die Integration in den Quartieren werden wir durch ein Förderprogramm stärken.
- Eine humanitäre Politik für Geflüchtete gestalten: Unabhängig von der Chance auf die Anerkennung in einem Asylverfahren sollen alle eine unvoreingenommene, würdige und faire Behandlung erfahren. Auf dieser Grundlage bekennen wir uns zur humanitären Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten in Thüringen. Dazu gehören einheitliche verbindliche Mindestanforderungen für Aufnahme- und Gemeinschaftsunterkünfte, die eine Ankunft unter menschenwürdigen Umständen garantiert und eine menschenwürdige Unterbringung gewährleisten.
- Sprache ist der Schlüssel für Teilhabe an unserem gesellschaftlichen Leben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, mehr Sprachkurse und Bildungsangebote von Anfang an und für alle, unabhängig von der „Bleibeperspektive“, zu ermöglichen. Hierzu soll insbesondere das Landesprogramm „Start Deutsch“ ausgebaut werden.
- Wir setzen uns für eine kontinuierliche Förderung der Arbeit der psychosozialen Beratungsstelle für Geflüchtete refugio e.V. durch das Land ein. Wir stellen so sicher, dass das Knowhow von refugio weiter genutzt werden kann, um traumatisierten Geflüchteten zu helfen, die im Regelsystem keine passenden Angebote finden.
- Besonders schutzbedürftige Personen wie unbegleitete Minderjährige, Schwangere, Alleinerziehende, Personen mit schweren körperlichen oder psychischen Erkrankungen und traumatisierte Geflüchtete brauchen besondere Beachtung. Wir werden die dafür bestehenden Versorgungsstrukturen weiter vorhalten und nach dem aktuellen und prognostizierten Bedarf überprüfen und anpassen.
- Mit der Einrichtung eines Landesamtes für Migration und Integration bündeln wir Fachkompetenzen und Expertise effizient an einem Ort. So kann Migration und Integration erfolgreich gestaltet werden, sodass auch die Gewinnung von Fachkräften für den Arbeitsmarkt ein positiver Effekt sein kann.

## 1.8 Aufarbeitung der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie

Die Corona-Pandemie war für die gesamte Gesellschaft eine völlig neue Herausforderung. Trotz einer in Thüringen gelungenen Bewältigung sind wir überzeugt, dass die gesellschaftlichen Auswirkungen der Coronapandemie – einschließlich der Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung – einer systematischen gesellschaftlichen Aufarbeitung bedürfen. Ziel dieser Aufarbeitung sind sowohl die systematische quantitative und qualitative Erhebung und Auswertung der Auswirkungen der Pandemie und ihrer Bekämpfungen vor allem auf das Wohlbefinden, der Angehörigen vulnerabler Gruppen sowie auf das Funktionieren derjenigen Institutionen, von denen das Wohlbefinden der vulnerablen Gruppen und ihrer Angehörigen besonders abhängig ist. Dies wollen wir durch eine Enquete-Kommission „Folgerungen und Konsequenzen für den Freistaat Thüringen aus der Corona Pandemie“ des Thüringer Landtags erarbeiten.

## **2. Gute Arbeit, starke Wirtschaft**

Wir sind die Partei der ‚Guten Arbeit‘ und stehen an der Seite der Beschäftigten. Wir sind solidarisch mit unseren Kolleg:innen sowie den Gewerkschaften und unterstützen diese im gemeinsamen Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, gute Löhne und Renten. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass eine funktionierende Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmer:innen, Arbeitgeber:innen und Politik uns durch die Krise bringen kann. Der demografische Wandel, die Dekarbonisierung und Digitalisierung sorgen im Freistaat Thüringen für einen enormen Wandel in der Arbeitswelt. Wir wollen diese Transformationsprozesse sozialdemokratisch gestalten, damit Thüringen ein wachsender und innovativer Wirtschaftsstandort bleibt.

### **2.1 Gute Arbeit und Fachkräftesicherung**

Jede:r muss von seiner Arbeit leben können und braucht eine sichere Perspektive für das Alter. Mehr als 30 Jahre nach der Wende streiten wir immer noch für gleiche Arbeitsbedingungen und gleiche Löhne in Ost und West. Gleichzeitig wird die Fachkräftesicherung die zentrale Herausforderung für die Wirtschaft in den kommenden Jahren.

Als Sozialdemokrat:innen sind wir überzeugt, dass wir zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in den kommenden Jahren Gute Arbeit, eine steigenden Tarifbindung und mehr betriebliche Mitbestimmung brauchen. Wir stehen an der Seite der Kolleg:innen, der Betriebsrät:innen und der Gewerkschaften, die in den letzten Jahren immer deutlicher machen, dass sie bereit sind sich für ihre Belange stark zu machen. In diesen Bemühungen werden wir sie weiterhin unterstützen und alle gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen stärken, die zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Thüringen beitragen.

Das werden wir tun:

- 798 • Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, Arbeitsbedingungen durch  
799 landesgesetzliche Rahmenbedingungen im Interesse der Kolleg:innen zu  
800 gestalten: Dazu müssen wir unter anderem das Vergabegesetz reformieren.  
801 Zukünftig soll die Tarifbindung einen größeren Stellenwert bekommen.  
802 Öffentliche Vergaben sollen nur noch an Unternehmen erfolgen, die auch  
803 tarifgebunden sind. Dies muss auch für Vergaben auf kommunaler Ebene  
804 gelten. Damit leisten wir auch einen Beitrag die Löhne zwischen Ost und  
805 West anzugleichen.
  
- 806 • Als SPD Thüringen ist uns der Arbeitnehmer:innenschutz ein wichtiges  
807 Anliegen. Deshalb treten wir einer Ausweitung der Ladenöffnungsgesetzes,  
808 mehr Samstags-, Sonntags- und Feiertagsarbeit entschieden entgegen. Mit  
809 Sanktionen bei Nichteinhaltung wollen wir den Schutz unserer Kolleg:innen  
810 stärken. Dazu soll der Landesbetrieb für Arbeitsschutz personell gestärkt  
811 werden.
  
- 812 • Fachkräftemangel macht sich auch in Teilen des öffentlichen Dienstes  
813 bemerkbar. Um die besten Köpfe zu bekommen, brauchen wir hier die besten  
814 Arbeitsbedingungen. Wir als SPD Thüringen setzen uns dafür ein, die  
815 Attraktivität des Landesdienst zu verbessern, um Fachkräfte in der  
816 öffentlichen Verwaltung zu halten. Wir wollen die Forderungen der  
817 Gewerkschaften nach guten Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst  
818 unterstützen. Mitbestimmung ist ein wichtiges Anliegen, daher setzen wir  
819 uns für die Allzuständigkeit der Personalrät:innen ein und erfüllen diese  
820 in unseren Wirkungskreisen mit Leben.
  
- 821 • Als SPD Thüringen unterstützen wir das Konzept des „lebenslangen Lernens“  
822 und wollen diese mit der Bildungsfreistellung stärken. Dazu werden wir das  
823 Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz novellieren, um noch mehr  
824 Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, Bildungsurlaub zu nehmen. Künftig  
825 sollen alle Arbeitnehmer:innen unabhängig von der Betriebsgröße Anspruch  
826 auf Bildungsurlaub erlangen. Zudem soll der Anspruch für Azubis auf die  
827 vollen 5 Tage ausgeweitet. Eine Möglichkeit der Ansparung des Anspruchs  
828 auf zwei Jahre wird geprüft. Darüber hinaus wollen wir die  
829 Anerkennungsverfahren für etwaige Bildungsveranstaltungen, die durch  
830 gemeinnützige Träger:innen organisiert werden, vereinfachen.
  
- 831 • Zudem ist die Sicherstellung eines angepassten  
832 Weiterqualifizierungsangebots und der Ausbau vorhandener Beratungsangebote  
833 zentrales Instrument, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und  
834 Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Wir werden  
835 betriebliche Investitionen in Qualifikation und Weiterbildungen fördern.
  
- 836 • Wir wollen das Anerkennungsverfahren von Schul- und Berufsabschlüssen  
837 durch Entbürokratisierung vereinfachen. Zusätzlich wollen wir eine

838 Erleichterung der Zugangsvoraussetzungen für Fachkräfte über  
839 Quereinsteigsqualifikationen erwirken.

- 840 • Wir wollen, dass alle Menschen in Thüringen eine gute Perspektive haben  
841 und hier gut leben und arbeiten können. Wir werden dafür sorgen, dass alle  
842 Menschen, die nach Thüringen zugewandert sind, ein Angebot für einen  
843 Sprach- und Integrationskurs bekommen und auf dem Weg in den Ausbildungs-  
844 und Arbeitsmarkt begleitet werden. Wir wollen diese bis zum Eintritt in  
845 das Berufsleben bei Thüringer Unternehmen begleiten und sie von Anfang an  
846 in enger Abstimmung mit den Kommunen und mit der Zivilgesellschaft in die  
847 Aufnahmegesellschaft integrieren. Darüber hinaus werden wir Maßnahmen und  
848 Projekte zur Stärkung von Antidiskriminierung im Betrieb fördern.

- 849 • Für die Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte in Thüringen müssen neue Wege  
850 gegangen werden. Es ist notwendig, jungen Menschen aus Drittstaaten  
851 frühzeitig eine berufliche Perspektive zu öffnen. Aus diesem Grund  
852 unterstützen wird das Pilotvorhaben einer German Professional School in  
853 Thüringen, die diese Gruppe anspricht und innerhalb eines Jahres auf den  
854 Thüringer Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und auf ein Leben in Deutschland  
855 vorbereitet sowie frühzeitig die Vermittlung zu Ausbildungsbetrieben  
856 unterstützt

- 857 • Wir werden eine zentrale, koordinierende Stelle für die Anwerbung  
858 ausländischer Fachkräfte einsetzen. Hierfür wird die Thüringer Agentur für  
859 Fachkräftegewinnung weiterentwickelt. Damit bringen wir nicht nur die  
860 Erfordernisse von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik unter einen Hut,  
861 sondern heben Synergien und Potenziale. Eine staatliche Subventionierung  
862 bei der Anwerbung von Auszubildenden und Fachkräften sollen zukünftig nur  
863 Betriebe erhalten, die einen Tarifvertrag haben und der Belegschaft  
864 verpflichtende Integrationsmaßnahmen anbieten.

- 865 • Wir unterstützen die Etablierung einer Arbeitnehmer:innenkammer. Uns ist  
866 wichtig, dass es für die Einführung dieser Institution eine breite  
867 Zustimmung der Gewerkschaften gibt. Diese Kammer soll arbeitsorientierte  
868 Beratungsangebote sowie Beratung in der individuellen Entwicklung durch  
869 Weiterbildungen und allgemeine Bildungsangebote für Beschäftigte anbieten.  
870 Als Pendant der öffentlichen Wirtschaftskammern (IHK, HWK) ist die  
871 Arbeitnehmer:innenkammer zusätzlich Interessenvertretung gegenüber Politik  
872 sowie Verwaltung und ermöglicht eine stärkere Sichtbarkeit der  
873 Arbeitnehmer:innenperspektiven zum Beispiel bei parlamentarischen  
874 Gesetzgebungsverfahren.

- 875 • Wir unterstützen weiterhin die Etablierung einer  
876 Technologieberatungsstellen nach rheinland-pfälzischem Vorbild.

- Der Wandel der Arbeitswelt, der sich insbesondere durch die Digitalisierung und die gesetzten Nachhaltigkeitsziele abbildet, bietet in den Thüringer Unternehmen und ihren Beschäftigten enorme Chancen, erfordern aber auch eine hohe Bereitschaft zu Veränderungen. Um die richtigen Weichenstellungen für die Transformation von Arbeit vorzunehmen und damit Gute Arbeit und Innovationen in Thüringer Betrieben realisieren zu können, braucht es unabhängige, kontinuierliche und beschäftigungs- und arbeitsweltorientierte Forschung. Wir setzen uns für die Gründung eines Instituts für arbeitnehmer:innennahe Forschung und Beratung ein. Dieses Institut hat die Aufgabe die Arbeitsbedingungen in Thüringen dauerhaft zu untersuchen. Auf Basis der Forschungsergebnisse werden wir ein Monitoring für Arbeit, Ausbildung und Leben in Thüringen etablieren und Beratungs- und Fortbildungsangebote für Arbeitnehmer:innen und ihr Vertretungen stärken.
- Wir lassen niemanden zurück: Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Landesarbeitsmarktprogramme zur Integration von Langzeitarbeitslosen evaluiert und die wirksamen fortgeführt werden.
- Wir werden uns auf Bundesebene für ein modernes Arbeitsrecht einsetzen, das an die veränderten Rahmenbedingungen der Digitalisierung angepasst wird. Neue Arbeitsformen dürfen Arbeits- und sozialen Schutz sowie Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten nicht aushöhlen. Auf diese Weise wollen wir auch für tarifgebundene und mitbestimmungspflichtige Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen in der digitalen Welt erhalten.
- Forderungen nach längerer Lebensarbeitszeit erteilen wir eine klare Absage. Wir wollen stattdessen dafür sorgen, dass Beschäftigte ihre Arbeitskraft im Freistaat noch produktiver einsetzen können und dass kein Thüringer ohne Berufsabschluss zurückbleibt.

## **2.2 Sozialwirtschaft stärken – ohne geht es nicht!**

Insbesondere in der Corona-Pandemie wurde mehr als deutlich, dass eine funktionierende Sozialwirtschaft maßgeblich und unverzichtbar für unser gesamtes gesellschaftliches und wirtschaftliches System ist. Ohne ausreichend Personal in den SAGE-Berufen (Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege, haushaltsnahe Dienstleistungen, Erziehung) müssen sich Arbeitnehmer:innen selbst um die Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen kümmern mit der Folge, dass sie ihrer Erwerbstätigkeit nicht nachgehen können. Dies bildet jedoch die Basis der Wirtschaftskraft Thüringens sowie der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Wir definieren die sozialen Berufe als harte Standortfaktoren und setzen daher unseren Fokus in der Fachkräftesicherung auf die Stärkung der SAGE-Berufe.

Das werden wir tun:



- Eine intensive Fachkräfteoffensive soll die Arbeitsbedingungen verbessern und die Attraktivität der sozialen Berufe in der Gesellschaft steigern. Ein Wiedereinstiegsprogramm für qualifizierte Fachkräfte in die sozialen Berufe soll etabliert werden.
- Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir eine Kampagne zur Ausweitung und Stärkung der Tarifbindung in Thüringen auf den Weg bringen.
- Mit der Ausweitung des Modells zur praxisintegrierten Ausbildung mit tarifgerechter Ausbildungsvergütung auf alle SAGE-Berufe und der Erweiterung der Kapazitäten an staatlichen berufsbildenden Schulen leisten wir unseren Beitrag zur langfristigen Fachkräftesicherung und Nachwuchsförderung in den SAGE-Berufen.
- Wir wollen mit der Einführung der Schulgeldfreiheit in der Ausbildung der SAGE-Berufe sowie der Vergütung von Anerkennungspraktika für alle SAGE-Berufe, finanzielle Hürden abbauen und mehr jungen Menschen den Weg zur Ausbildung ermöglichen.
- Um den akuten Fachkräftemangel in den sozialen Berufen einzudämmen, setzen wir auf berufliche Quereinsteiger:innen und wollen die Optionen zur berufsbegleitenden Weiterbildung ermöglichen.
- Für uns als SPD Thüringen steht fest: Care-Arbeit ist Arbeit! Deshalb wollen wir Familien, insbesondere Frauen, in der Umsetzung des Familienalltags unterstützen und setzen uns für eine gerechte Verteilung und Anerkennung bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit ein.
- Wir werden die Einrichtungen der frei-gemeinnützigen Träger in Thüringen stärken. Als Teile unserer pluralen Zivilgesellschaft, die durch eigenständige soziale, politische und gesellschaftliche Wertvorstellungen geprägt sind, sehen wir insbesondere in den Wohlfahrtsverbänden eine tragende Säule unserer Demokratie. Um die Rolle des sogenannten dritten Sektors als Sprachrohr für soziale Gerechtigkeit und Anbieter Sozialer Arbeit in Thüringen zu stärken, braucht es u.a. eine Fortschreibung des Thüringer Sozialwirtschaftsberichtes.
- Damit einher geht die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips, um Trägervielfalt, unterschiedliche Werteorientierung und eine hohe Konzeptqualität zu gewährleisten sowie eine dialogische Partnerschaft zwischen öffentlichen und freien Trägern auf Augenhöhe in gemeinsamer Verantwortung für die Soziale Arbeit zu verstetigen.
- Es braucht unumgänglich eine thüringenweit einheitliche sowie auskömmliche

Finanzierung und Planungssicherheit für die Träger, insbesondere um tarifgerechte Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen bei freien Trägern vergleichbar zum öffentlichen Dienst zu ermöglichen. Dabei setzen wir als SPD Thüringen auf Transparenz: die Gehälter und etwaige Zusatzleistungen von Führungskräften der freien Träger müssen analog des öffentlichen Dienstes offengelegt werden.

- Die Entbürokratisierung des Zuwendungsrechtes entlastet nicht nur die zuständige Verwaltung, sondern hilft ebenfalls Trägern, Vereinen und Verbänden. Die freiwerdenden Kapazitäten können u.a. genutzt werden, um Angeboten der Qualifizierung für die Tätigkeit in den Vereinen und Verbänden nachzugehen. Dieses Angebot und die Anerkennung sowie Förderung und Angebote der Qualifizierung für die ehrenamtliche Tätigkeit in den Vereinen und Verbänden wollen wir stärken.
- Wir etablieren einen eigenen Digitalbonus für die Sozialwirtschaft, angelehnt an die bestehende Förderung für die gewerbliche Wirtschaft.

## 2.3 Wirtschaft und Gute Arbeit in Zeiten der Transformation

Wir können stolz auf die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens sein. Die Sozialdemokratie steht für eine zunehmend klimaneutrale und gleichzeitig wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft mit starker Mitbestimmung und hoher Tarifbindung. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen aus Industrie, Handwerk, Handel sowie der Dienstleistungsbranche bilden das Fundament unserer Wirtschaft. Der Thüringer Mittelstand mit seinen Beschäftigten ist bereits heute produktiver als der Bundesdurchschnitt.

Die oftmals mit ihrem persönlichen Vermögen haftenden Unternehmer des Thüringer Mittelstands haben den Strukturwandel der letzten dreißig Jahre entscheidend mitgestaltet – dafür gebührt ihnen zusammen mit ihren Mitarbeiter:innen Dank und Anerkennung. Aber auch größere Unternehmen investieren regelmäßig in ihre Thüringer Standorte und zeigen, dass unser Land auch im Standortvergleich wettbewerbsfähig ist. So investieren international agierende Unternehmen in Thüringen, ohne dass Milliardenförderungen locken.

Die SPD steht für eine soziale Marktwirtschaft, in der die Unternehmen gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne zahlen, um im Wettbewerb um Fachkräfte zu bestehen. Wir stehen für eine soziale Marktwirtschaft, in der der Staat den Unternehmen einen verlässlichen Rahmen setzt, so dass sie mit unternehmerischer Freiheit erfolgreich investieren und produzieren können. Und wir stehen für eine soziale Marktwirtschaft, in der Unternehmer:innen die betriebliche Mitbestimmung und das solidarische Miteinander im Betrieb als Chance betrachten.

989 Das werden wir tun:

990 • Die zentralen Herausforderungen für Wirtschaft und Arbeit in unserem Land  
991 erfordern einen konsistenten Ansatz aus einer Hand. Wir werden daher ein  
992 Transformationsministerium bilden, indem die Zuständigkeit für Wirtschaft,  
993 Arbeit, Energie, Forschung und Technologie sowie digitale Infrastruktur  
994 verbunden werden.

995 • Um den Herausforderungen der multiplen Krisen und dem Strukturwandel  
996 gerecht zu werden, werden wir einen „Transformationsbudget Thüringen“  
997 einrichten. Damit wollen wir in den kommenden Jahren einen fühlbaren  
998 strukturpolitischen Impuls setzen und den notwendigen wirtschaftlichen  
999 Wandel in Thüringen aktiv gestalten.  
1000 Dabei werden wir alle relevanten Akteur:innen einbeziehen. Insbesondere  
1001 die Gewerkschaften sind für uns wichtige Partner:innen, um die  
1002 Herausforderungen der Transformation zu meistern.

1003  
1004 Seitens des Landes sollen eine regelmäßige wirtschafts- und  
1005 strukturpolitische Berichterstattung und ein Monitoring etabliert werden.  
1006 Dabei sollen wissenschaftliche Studien die Grundlagen bilden, um  
1007 wirtschafts- und strukturpolitische Handlungsempfehlungen zu entwickeln,  
umzusetzen, zu bewerten und zu evaluieren.

1008 • Aufbauend auf unseren Erfahrungen in der Automobilindustrie wollen wir  
1009 eine umfassende Qualifizierungs- und Innovationsstrategie für  
1010 Arbeitnehmer:innen sowie Unternehmen in den besonders von der  
1011 Dekarbonisierung betroffenen Industrien und produktionsnahen  
1012 Dienstleistungen auflegen. Dabei wollen wir innovative Ansätze zur  
1013 Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung erarbeiten und bei der  
1014 Qualifizierung und dem Aufbau von unternehmensspezifischem Know-how und  
1015 Innovationen unterstützen. Für die Fortsetzung der Finanzierung der  
1016 Transformationsnetzwerk ANeTT werden wir uns auf Landes- und Bundesebene  
1017 auch über das Jahr 2025 hinaus einsetzen.

1018 • Wir werden regionale Initiativen zur Gestaltung des  
1019 Transformationsprozesses stärker begleiten. Da wo sich Akteur:innen vor  
1020 Ort auf dem Weg machen, werden wir sie konzeptionell und finanziell  
1021 unterstützen, um regionale Cluster zu bilden.

1022 • Wir werden ein Kreditprogramm für zukunftsfähige kleinere und mittlere  
1023 Unternehmen am Wirtschaftsstandort Thüringen etablieren, um diese bei der  
1024 Umstellung auf eine CO2-freie Produktion zu unterstützen.

1025 • Wirtschaft und Energie gehören zusammen. Die Energiewende der letzten

Jahre hat gezeigt, dass eine gezielte, aber auch breite Entwicklung, der Einsatz und die Verwertung der erneuerbaren Energien auch mit energieintensiver Produktion Hand in Hand gehen muss. Wir setzen uns dafür ein, dass Energie vor Ort mit den örtlichen Energieversorgern erzeugt, gespeichert und gehandelt wird. Die Kommunen und ihre Stadtwerke als zentrale Stütze der Energiewende und das Rückgrat der Energieversorgung in Thüringen werden wir stärken.

- Wir schaffen mehr Klarheit für die Planung und vereinfachen die Planung für die Errichtung, Erneuerung und den Betrieb von Energieerzeugungsanlagen, Energiespeichern und den Netzausbau. Den regionalen Verbrauch der erneuerbaren Energien werden wir zu dem stärken. Das senkt dauerhaft Kosten, erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft und stärkt Arbeitsplätze und Umwelt in der Region
- Die Kofinanzierung von Programmen der Europäischen Union und des Bundes zur Wirtschaftsförderung im Allgemeinen sowie zur Bewältigung der Transformation im speziellen werden wir umfassend sicherstellen.
- Inflation und steigendes Zinsniveau stellen Kommunen und Unternehmen zunehmend vor Finanzierungsprobleme. Instrumente, wie Bürgschaften und zinsverbilligte Kredite, können ohne größere Fördersumme helfen, aus einem unfinanzierbaren Vorhaben eine rentierliche Investition zu machen. Dazu wollen wir die Eigenkapitalbasis der Thüringer Aufbaubank als zentrales Förderinstitut des Freistaats weiter stärken, um eine effektive und wirtschaftliche Umsetzung entsprechender Landesprogramme der Wirtschaftsförderung im Zuschuss- und Darlehensbereich zu gewährleisten. Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Ansiedlungen soll die Sicherung von "Guter Arbeit", die die Beschäftigten mitbestimmt und tarifiert entlohnt, als weiterer Förderschwerpunkt etabliert werden.
- Die erfolgreichen, niedrighschwelligen Förderangebote „Digitalbonus“ und „Dekarbonisierungsbonus“ werden wir für alle Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft öffnen, fortführen und bedarfsgerecht finanzieren. Wir werden prüfen, inwieweit mehr Unternehmen Zugang zu alternativen Finanzierungsformen erhalten.
- Die erfolgreiche Großflächeninitiative zur Bereitstellung größerer Gewerbe- und Industrieflächen werden wir fortsetzen und konsequent auf die Erfordernisse des Klimaschutzes, aber auch auf die Ansiedlung von „Green Tech“ Industrien ausrichten. Die Außenwirtschaftsförderung wollen wir noch stärker auf Branchen und Absatzmärkte ausrichten, die unter Bedingungen der Transformation langfristig erfolgreich sein können.
- Ohne Handwerker:innen wird die Transformation nicht gelingen. Die

- 1065 Leistungssteigerung im Handwerk ist existenziell für die mittelständisch  
1066 geprägte Thüringer Wirtschaft. Darüber hinaus bietet das Handwerk für  
1067 viele Menschen gute Arbeit und faire Löhne in allen Regionen unseres  
1068 Landes. Wir werden daher die bestehenden, handwerksspezifischen  
1069 Förderangebote deutlich erhöhen und bedarfsgerecht mit den  
1070 Handwerkskammern im Land weiterentwickeln.
- 1071 • Wir werden ein Gesetz zur Stärkung des Tourismus in Thüringen vorlegen.  
1072 Damit wollen wir nicht nur Klarheit über die öffentlichen Aufgaben sowie  
1073 vereinfachende Regelungen für die Förderung schaffen, sondern auch das  
1074 Kur-Erhohlungsortegesetz an die Erfordernisse der Transformation anpassen.
- 1075 • Unternehmertum braucht Freiheit: wir werden die Bemühungen des Bundes zur  
1076 Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sowie zur Entbürokratisierung  
1077 unterstützen. Die Landesförderprogramme werden einfacher ausgestaltet und  
1078 wo notwendig die gesetzlichen Regelungen der Landeshaushaltsordnung sowie  
1079 die entsprechenden Verwaltungsvorschriften anpassen.
- 1080 • Thüringen soll das attraktivste Bundesland für Gründer:innen,  
1081 Nachfolger:innen sowie junge Unternehmen, als KMUs von morgen, bleiben.  
1082 Dazu muss Gründen unkompliziert sein. Daher werden wir die bestehenden  
1083 Beratungs- und Förderangebote entsprechend bedarfsgerecht weiterentwickeln  
1084 und die Finanzierung verstetigen. Das Gründen im Nebenerwerb muss gestärkt  
1085 und Förderinstrumente etabliert werden, um Gründer:innen im Nebenerwerb zu  
1086 entlasten. Wir werden die Förderung der Personaleinstellung über die  
1087 Thüringer Gründungsprämie ermöglichen und die Unterstützung bei der  
1088 Antragstellung von Fördermitteln als Beratungsleistung bezuschussen.
- 1089 • Wir werden ein umfassendes Ökosystem für Start-ups und junge Unternehmen  
1090 mit Vernetzungsaktivitäten, sowie gemeinsamen Ressourcen und  
1091 Infrastrukturen in Thüringen entwickeln. Besonders Start-Ups, die eine  
1092 hohe Wertschöpfung versprechen und gezielt bestehende wissens- und  
1093 technologieorientierte Branchen in Thüringen stärken, werden wir somit  
1094 unterstützen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die öffentliche Hand  
1095 vermehrt als Ankerkunden für Start-Ups und gemeinwohlorientierte  
1096 Unternehmen (Social-Entrepreneurship) tätig wird.
- 1097 • Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, um die Renovierung von  
1098 Technologie- und Gründungszentren zu fördern und ihre Attraktivität und  
1099 technologische Zukunftsfähigkeit zu stärken. Damit werden wir Start-Ups  
1100 auch in den ländlichen Regionen beste infrastrukturelle Voraussetzungen  
1101 bieten und Abwanderungen verringern.
- 1102 • Die in Thüringen bestehenden Trialoge aus Landesregierung,  
1103 Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften müssen genutzt werden, um den

Strukturwandel zu bewältigen. Hierzu gehören beispielsweise das Thüringer Bündnis für die Zukunft der Industrie. Die Landesregierung soll regelmäßige Veranstaltungen unter Beteiligung der Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen durchführen, die sich mit der Bewältigung des Wandels beschäftigen, denn ihr Erfahrungswissen und ihre Kompetenzen sind der wichtigste Baustein zur Gestaltung des Wandels.

- Die Landesstrategien soll um das Nachhaltigkeitsziel „menschenwürdige Arbeit für alle“ analog zur Agenda 2023 der Vereinten Nationen erweitert werden. Denn sozialdemokratische Wirtschaftspolitik heißt, in den Nachhaltigkeitsstrategien des Landes soziale, ökologische und ökonomische Ziele gleichermaßen zu verankern.
- „Wir werden uns auf Bundesebene ausdrücklich für die Ansiedlung einer Start-up Factory an einem bestehenden Gründungs- und Start-Up Hotspots in Thüringen einsetzen, um die Sichtbarkeit Thüringens als exzellenten Gründungsstandort zu stärken und die Finanzierung der Start-Up Infrastruktur vor Ort sicherzustellen und auszubauen.“
- Als ein neues Instrument der demokratischen Kontrolle führen wir eine Privatisierungsbremse ein. Sie sieht vor, dass öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge nicht verkauft werden können, wenn die Bürgerinnen und Bürger der Privatisierung in einem Referendum mit Mehrheit ablehnen. Dadurch wollen wir erreichen, dass die langfristigen Interessen der Menschen nicht einem kurzfristigen Interesse an einmaligen finanziellen Erlösen durch den Verkauf dieser Unternehmen zum Opfer fallen.

## 2.4 Digitalisierung

Die SPD Thüringen steht für eine Digitalpolitik, die die Möglichkeiten und Potenziale der digitalen Welt in den zentralen Lebensbereichen erschließen und heben will, um das Leben und die Entfaltungsmöglichkeiten der Thüringer Bürger:innen zu verbessern. Damit stärken wir Thüringen als Ort guten Lebens und Arbeitens sowie als Wirtschafts- und Innovationsstandort. Für uns stehen die Menschen in Thüringen im Mittelpunkt; denn Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern soll den Bürger:innen ein besseres Leben in unserer demokratischen Gemeinschaft in Freiheit ermöglichen. Wir wollen diesen kontinuierlichen Transformationsprozess der Digitalisierung weiterhin als Chance begreifen und gemeinsam mit den Thüringern sozialverträglich und wirtschaftlich erfolgreich gestalten.

Das werden wir tun:

- Wir werden verstärkt Kompetenzen im Bereich der Digitalen Gesellschaft

aufbauen und ein entsprechendes Grundsatzreferat in der Landesverwaltung etablieren. Die Digitalagentur Thüringen wird in Abgrenzung dazu als Thinktank weiterentwickelt, um die aktuellen und künftigen Entwicklungen mit Thüringer Knowhow zu erfassen.

- Digitalisierung macht das Leben der Menschen besser. Innovative Ansätze der Telemedizin machen es möglich, dass Hausärzte vor Ort unkompliziert Spezialisten der Krankenhäuser der Maximalversorgung hinzuziehen können. Im Nahverkehr bietet Digitalität die Chance neue Konzepte von Ruftaxis zu etablieren, die Wartezeiten minimieren und gleichzeitig kostengünstig sind.
- Das 2020 gegründete Thüringer Zentrum für Lernende System und Robotik (TZLR) hat sich als zentrale Anlaufstelle im Bereich der Künstlichen Intelligenz etabliert. Wir werden sicherstellen, dass das Zentrum seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann.
- Für kleine und mittlere Unternehmen stellt die Digitalisierung aufgrund des dynamischen Anpassungsdrucks eine besondere Herausforderung dar. Unternehmen in allen Sektoren, vom verarbeitenden Gewerbe bis hin zum Tourismus müssen ihre Dienstleistungs- und Geschäftsmodelle auf den Prüfstand stellen. Mit dem Kompetenzzentrum Wirtschaft 4.0 werden wir Unternehmen und ihre Beschäftigte weiter dabei unterstützen, die Chancen der Digitalisierung zu ergreifen.
- Grundvoraussetzung der weiteren Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist dabei ein leistungsfähiges flächendeckendes Glasfasernetz, welche die stetig wachsenden Datenströme verarbeiten und weiterleiten kann. Wir werden daher den eigenwirtschaftlichen Ausbau privater Telekommunikationsunternehmen gezielt durch Beratungsangebote für Kommunen unterstützen. . Die dafür verwendeten Glasfasern müssen hohen Umweltstandards genügen. So sollten lange Lieferwege vermieden und Thüringer Produzenten gestärkt werden, um den CO2-Abdruck zu senken.
- Wo der Markt nicht hinreichend schnell und umfassend ausbaut, werden wir durch gezielte Förderung der Thüringer Glasfasergesellschaft in Beratung und Ausbau eine flächendeckende Glasfasererschließung erreichen – wo immer möglich sollen die Netze der Zukunft im Eigentum der Kommunen entstehen. Das Bundesförderprogramm zum Glasfaserausbau werden wir vollständig gegenfinanzieren.
- Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass Telekommunikationsanbieter stärker beim Mobilfunk in die Pflicht genommen und an ihren Ausbauzielen festgehalten werden. Gleichzeitig werden wir auf Landesebene weitere Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus prüfen, beispielsweise durch

Anpassungen der Bauordnung oder des zur Verfügung stellen von Standorten.

- Der Ausbau der digitalen Infrastruktur benötigt Rechtssicherheit und Transparenz. Mit einem Beschleunigungs- und Transparenzgesetz Glasfaser werden wir nicht nur Daten zum Verlauf von geförderter und nicht geförderter Telekommunikationsinfrastruktur kontinuierlich erheben und in öffentlichen Verzeichnissen allgemein zugänglich bereitstellen, sondern auch die Verfahrensbeschleunigungen ermöglichen.
- Wir stehen für eine Netzpolitik, die individuelle Freiheitsrechte und die Notwendigkeiten der Daseinsfürsorge in Einklang bringt. Wir setzen uns ein für die Beschränkung der Macht großer Plattformen, für diskriminierungsfreie Algorithmen sowie für freie Software und offene Standards wo immer sinnvoll und möglich. Wir stehen ein für eine möglichst weitgehende „Open Access“ Regulierung bestehender digitaler Infrastruktur, um so den Zugang zu digitalen Diensten im ländlichen Raum zu verbessern und zu vergünstigen.
- Datenschutz und Datensouveränität sind für uns elementare Grundrechte. Gleichwohl dürfen die darauf aufbauenden rechtlichen Regelungen nicht dazu führen, dass ein Übermaß an Bürokratie entsteht oder digitale Anwendungen zum Nutzen der Menschen nicht eingesetzt werden können. Wir setzen uns daher für datenschutzrechtliche Regelungen mit Augenmaß ein: was gegenüber großen „Tech-Konzernen“ notwendig ist, kann gegenüber kleinst, kleinen und mittleren Unternehmen schnell unverhältnismäßig sein.

## 2.5 Land- und Forstwirtschaft

Über die Hälfte der Fläche Thüringens wird für landwirtschaftliche Zwecke genutzt, somit prägt die Landwirtschaft einen erheblichen Teil der Thüringer Landschaft. Dies bedeutet für uns als SPD Thüringen, dass unsere Umwelt sowohl Lebensraum als auch Produktionsstätte ist und dementsprechend gepflegt werden muss. Umso wichtiger ist es daher, dass Thüringen den Fokus auf eine gemeinwohlorientierte Landwirtschaft legt, die die Herstellung guter und gesunder Lebensmittel für die regionale Versorgung Thüringens auch in Zukunft sichert und allen Landwirt:innen ein angemessenes Auskommen und regionale Wertschöpfung ermöglicht. Die gesellschaftlich gewünschte Transformation der Landwirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit, Tierwohl und Umweltleistung stellt für die Landwirt:innen eine Herausforderung dar, die auch mit Fragen zu Arbeitsplätzen und Einkommenssicherung verbunden sind. Die SPD wird sich aus sozialer Verantwortung dafür einsetzen, dass diese Zielstellungen nicht zu Lasten der landwirtschaftlichen Betriebe und ihrer Mitarbeiter umgesetzt werden.

Das werden wir tun:



- 1218 • Wir werden die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union auch  
1219 in Zukunft kritisch begleiten und gemeinwohlorientiert ausrichten. Die  
1220 Beiträge von Landwirt:innen zum Natur- und Klimaschutz müssen finanziell  
1221 sehr viel stärker gewürdigt werden.
  
- 1222 • Wir werden die Gemeinwohlprämie des Deutschen Verbandes für  
1223 Landschaftspflege in Thüringen im Rahmen der Eco-Schemes erproben und ggf.  
1224 anwenden.
  
- 1225 • Wir werden die Halbzeitbilanz der Gemeinsames Agrarpolitik nutzen,  
1226 bestehende Förderinstrumente auf den Prüfstand zu stellen und ggf. zu  
1227 ändern oder zu ersetzen.
  
- 1228 • Wir wollen eine schnelle, praktikable und langfristig belastbare Umsetzung  
1229 der höheren Tierwohlstandards in Thüringen umsetzen. Dies muss sich im  
1230 Rechtsrahmen, aber auch in der Förderkulisse niederschlagen. Gleichzeitig  
1231 werden wir uns weiter für ein verpflichtendes Tierwohllabel bei tierischen  
1232 Produkten einsetzen, um Verbraucher:innen eine Orientierung zu liefern.
  
- 1233 • Wir werden die Neugründung und den Erhalt von Ökolandbau mit ausreichenden  
1234 finanziellen Mitteln ausstatten und bis Ende 2029 die Zielstellung von 30%  
1235 Ökolandbau in Thüringen erreichen.
  
- 1236 • Wir werden Junglandwirt:innen in der praxisnahen Aus- und Weiterbildung in  
1237 Thüringen, sowie der Existenzgründung in oder mit einem  
1238 landwirtschaftlichem Betrieb unterstützen. Um die erheblichen  
1239 Herausforderungen der Unternehmensnachfolge, Fachkräftegewinnung und der  
1240 Stärkung des Know-Hows in der Region zu stärken, setzen wir uns dafür ein,  
1241 die Ausbildungsangebote und die vorhandenen Studienangebote zu stärken.
  
- 1242 • Wir setzen uns für innovative Lösungen für die Zukunft der Agrar- und  
1243 Landwirtschaft ein. Wir betrachten nachhaltige, automatisierte und  
1244 digitalisierte Einsatzformen von Informationstechnologien und  
1245 Verfahrenstechniken als Chance. Sie ermöglichen, den auch im Bereich der  
1246 Landwirtschaft bestehenden Herausforderungen effizient zu begegnen: Hohe  
1247 Nachfrage, Fach- und Arbeitskräftemangel, Nachwuchsgewinnung sowie  
1248 Anpassungsdruck in der Bewirtschaftung aufgrund klimatischer  
1249 Veränderungen. Daher werden wir Smart Farming niedrigschwellig fördern.
  
- 1250 • Landwirtschaftliche Flächen unterliegen einen besonderen  
1251 gesellschaftlichen Schutz. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die  
1252 Agrarstruktur sich am Zweck der landwirtschaftlichen Produktion orientiert  
1253 und Bodenspekulationen aktiv verhindert werden. Wir setzen uns für eine  
1254 verbindliche Kompensation von Flächen im gesamten Freistaat ein. Diese  
1255

- 1256 darf nicht weiter auf Kosten vor allem der landwirtschaftlich genutzten  
1257 Flächen erfolgen. Brach- und Altlastflächen, sowie die Entsiegelung von  
1258 Flächen sind die entscheidenden Maßnahmen um das Ziel der Netto-Null-  
Bodenversiegelung in den nächsten Jahren zu erreichen.
- 1259 • Wir werden uns für regionale Wirtschaftskreisläufe durch  
1260 Wertschöpfungszentren in Nahversorgerregionen in Thüringen einsetzen, die  
1261 sich um die Vernetzung, Beratung, Coaching und Qualifizierung von  
1262 Landwirt:innen kümmern.
- 1263 • Wir setzen uns für gemeinsam genutzte Verarbeitung, Lager, Vertriebs- und  
1264 Entsorgungsinfrastrukturen ein, um Thüringer Produkte vor Ort verfügbarer  
1265 zu machen und zugleich eine höhere Wertschöpfung in der Region zu  
1266 ermöglichen. Den Verlust der Infrastruktur wie Schlachthöfe werden wir  
1267 konsequent stoppen. Historische Nutzungsformen wie Wanderschäfferei oder  
1268 Hüteschafhaltung und Waldweide wollen wir dabei in besonderer Weise  
1269 honorieren.
- 1270 • Wir werden die Position der Erzeuger:innen gegenüber dem  
1271 Lebensmittelhandel deutlich stärken und realistische Erzeugerpreise  
1272 ermöglichen. Wir streben eine Landwirtschaft an, die faire Preise für  
1273 Erzeuger:innen, Handel und Verbraucher:innen ermöglicht.
- 1274 • Wir werden die Bejagung von Schwarzwild in Thüringen konsequent  
1275 fortsetzen, um die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP)  
1276 einzudämmen.
- 1277 • Die Ausgestaltung des Europäischen Landwirtschaftsfonds ELER für die  
1278 flächenbezogenen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) wird sich daran  
1279 orientieren, den Anteil des ökologischen Landbaus zu erweitern und  
1280 extensive Bewirtschaftungsmaßnahmen insbesondere der Rinderhaltung,  
1281 Weideprämien, Agroforstsysteme bis hin zur schonenden Landbewirtschaftung  
1282 von Auen, Mooren und Feuchtgebieten fortzuführen bzw. neu zu etablieren.
- 1283 • Wir werden artenreiches Grünland durch eine aus der ersten Säule  
1284 finanzierte Weidetierprämie für Milchkühe und extensive Mutterkuhhaltung  
1285 im Rahmen der EU-Förderung fördern und erhalten
- 1286 • Wir werden den Klimaschutz in der Landwirtschaft voranbringen und die  
1287 Humusmehrung in Böden durch eine standort- und betriebsgerechte  
1288 Mindestfruchtfolge sowie die Wiedervernässung von Mooren angemessen  
1289 fördern.
- 1290 • Wir wollen Hochwasserereignissen durch eine konsequente Entwicklung der

Auenräume entgegenwirken und so den Wasserrückhalt in der Fläche verbessern. Hierfür wollen wir Flächennutzungen stärken, welche die Auen als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum zusammenfasst und resistenter gegen Schäden durch Hochwasserlagen macht. Ebenso sehen wir in einem aktiven Wassermanagement eine dringende Aufgabe der öffentlichen Hand. Hierbei spielt Vorbeugung vor längeren Dürreperioden mit Auswirkungen auf Flora&Fauna, Tourismus, Bevölkerungsschutz und die Lebensqualität der Bürgerinnen der Bürger eine entscheidende Rolle.

- Wir werden die standortnahe Wasserversorgung der Landwirtschaft und Forstwirtschaft stärken und gleichzeitig die Zeitgemäßheit und den Zustand von Drainagen und herrenlosen Speichern prüfen. Nicht nur für die Versorgung von Kulturen auf den Feldern und Wäldern, auch für die Bereitstellung von Löschwasser und zur langfristigen Neubildung von Grundwasser braucht es einen konkreten Fahrplan bis 2029, der auch kleinere Wasserspeicher umfasst.
- Wir werden den Einsatz von Düngemitteln und insbesondere Mineraldünger reduzieren und einen geschlossenen Stickstoffkreislauf mit effizientester Nutzung aufbauen.
- Wir werden den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln deutlich reduzieren und die Landwirt:innen auf diesem Prozess finanziell und wissenschaftlich begleiten. Dies schaffen wir u.a. durch eine noch gezieltere und räumlich begrenztere Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Dafür braucht es Alternative Werkzeuge für die konventionelle Landwirtschaft, um die Lebensmittelerzeugung zuverlässig, umweltverträglich zu gewährleisten.
- Wir werden den Einsatz weiterer landwirtschaftlicher Flächen für die Herstellung von Biokraftstoffen, zur Energieerzeugung oder zur technischen Kohlenstoffabscheidung (BECCS) kritisch prüfen.
- Wir werden die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei der Vielfalt der Angebote für umweltverträglicher Ernährungsstile ernstnehmen und in den Kantinen öffentlicher Einrichtungen attraktive günstige Angebote u.a. für eine pflanzenbasierte Ernährung schaffen.
- Wir wollen den Erhalt und die Zustandsverbesserung unseres Waldes sowie die Entwicklung einer nachhaltigen und naturgemäßen Waldbewirtschaftung. Dabei soll allen Funktionen des Waldes gleichermaßen Rechnung getragen werden. Die Wertschöpfung der Forstwirtschaft soll weiter ausgebaut werden. Wir werden ein Programm zur Mobilisierung weiterer Privatwaldflächen auf den Weg bringen. Den Verkauf von landeseigenem Wald lehnen wir ab.

- Wir wollen die Gemeinschaftsforstämter erhalten und sicherstellen, dass die Förster als Mittler zwischen privaten Waldbesitzern und der Holzindustrie helfen, alle Waldteile nachhaltig zu nutzen. An der eigentumsübergreifenden Holzvermarktung soll festgehalten werden. Die Entwicklung der Thüringen Forst-Anstalt werden wir weiter unterstützen.
- Wir wollen auch privatrechtliche Zusammenschlüsse von Waldbesitzern als wichtige Säule der forstlichen Bewirtschaftung erhalten. Der Waldumbau kann nur nachhaltig gewinnen, wenn alle Verantwortlichen für die Zukunft der Wälder mit eingebunden werden.
- Die Jagd muss sich an ökologischen und wildbiologischen Grundsätzen, neuesten Erkenntnissen der Jagdpraxis, Werten des Tierschutzes und Erfordernissen der Lebensmittelhygiene orientieren. Wir wollen, dass sich die Bejagung künftig mehr am jeweiligen Waldzustand und weniger an Abschussplänen orientiert. Damit wollen wir eine angemessene Wilddichte erreichen und den Aufbau stabiler, vielfältig strukturierter Wälder sicherstellen.
- Wir setzen uns für hohe Qualitätsstandards und nachhaltige Teichwirtschaften in ganz Thüringen ein. Wir unterstützen die Thüringer Fischer:innen und Angler:innen dabei, den Lebensraum Gewässer in einen guten Zustand zu versetzen. Dazu gehört für uns auch die Durchgängigkeit für wandernde Fischarten.

## **3. Leben in einem freien und sicheren Land**

Freiheit und Sicherheit sind menschliche Grundbedürfnisse. Es braucht eine Balance zwischen ihnen, die nicht immer einfach auszuhandeln ist, aber das Herzstück einer demokratischen Gesellschaft bildet. Das Leben in einem sicheren Land, welches die Freiheit schützt und Recht durchsetzt, ist Basis eines handlungsfähigen Staates. Wir Sozialdemokrat:innen wollen Sicherheit so organisieren, dass sie Freiheit gewährleistet. Es ist unser Anspruch, dass alle Menschen in Thüringen sicher sind und sich auch sicher fühlen können.

Neben der Ermutigung zu zivilgesellschaftlichem Engagement und der Präventionsarbeit von Vereinen und Initiativen ist es uns genauso wichtig, Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz- und Rettungsorganisationen sowie die kommunalen Ordnungsdienste zu stärken. Wer sie angreift, greift unsere demokratische Gesellschaft an. Wir stehen fest an der Seite derer, die sich tagtäglich in Haupt- und Ehrenamt für ein demokratisches Thüringen einsetzen und es vor Angriffen schützen.

### **3.1 Eine starke Polizei – analog und digital**

Die Menschen im Freistaat Thüringen leben sicher. Dafür sorgt eine starke und moderne Polizei vor Ort und im Netz. Wir haben in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass die Polizist:innen unseres Landes gut ausgestattet und ausgebildet auf alle Herausforderungen reagieren können. Hinzu kommen Verbesserungen bei den Beförderungsmöglichkeiten, der Bezahlung und dem Gesundheitsmanagement. Mit dieser Strategie waren wir erfolgreich: beispielsweise die Zahl der Einruchsstraftaten nimmt ab, die Aufklärungsquote ist hoch. Thüringen ist bundesweit eines der sichersten Bundesländer. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir fortsetzen.

Das werden wir tun:

- Wir werden die Personalausstattung der Thüringer Polizei weiter erhöhen, um die Präsenz in der Fläche zu verbessern. Die Zahl der Anwarter:innen im Polizeibereich versteigen wir auf 300 pro Jahr. Durch zusätzliche Stellen schaffen wir eine zukunftsfähige Personalstruktur für eine langfristig leistungsfähige Thüringer Polizei. Mit einer flächendeckenden Polizeipräsenz stärken wir das Sicherheitsempfinden unserer Bürger:innen.
- Mit der Neuausrichtung des Kontaktbereichsbeamten haben wir einen wichtigen Schritt für eine Polizei für Stadt und Land gemacht. Mit der zügigen Besetzung der neuen Stellen schließen wir die weißen Flecken im Freistaat und schaffen mit konkreten Ansprechpartner:innen Sicherheit an jedem Ort.
- Einsatzkräfte verdienen den größtmöglichen Schutz. In den letzten Jahren haben wir sie fortlaufend mit moderner Schutzausrüstung und zeitgemäßen Einsatzmitteln ausgestattet. Der landesweite Einsatz von Bodycams ist dabei ein wesentliches Element und dient dem Schutz unserer Einsatzkräfte und der Beweissicherung. Wir unterstützen Gesetzesinitiativen zur Verschärfung von Straftatbeständen zum Schutz von Polizei- Einsatz und Rettungskräften.
- Wir machen den Polizeiberuf noch attraktiver. Neben einer guten Besoldung bieten wir gute Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten. Für Kriminalisten richten wir spezielle Ausbildungsmodule ein – die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern werden wir intensivieren.
- Polizeidienststellen gehören zur Grundinfrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge. Den Investitionsstau bei der Sanierung von Polizeiliegenschaften werden wir durch ein Investitionsprogramm beseitigen.
- Die begonnene Entwicklung des Bildungszentrums Meiningen hin zu einem

modernen Campus setzen wir mit Hochdruck fort. Während der Ausbildung sollen verstärkt demokratische Grundwerte sowie die interkulturelle Kompetenz vermittelt werden. Dafür werden im Rahmen von Praktikawochen auch externe Bildungsträger verpflichtet. Polizeidienststanwärter:innen sollen sensibilisiert werden für unterschiedliche Arten von Diskriminierung. Von Beginn der Ausbildung an muss eine selbstkritische und offene Kultur in der Polizei gepflegt werden. Nur so kann sich der Polizeidienst weiterentwickeln und sich Anwarter:innen zukünftig sicher im Einsatzgeschehen bewegen. Damit schaffen wir moderne Unterrichtsmethoden und Unterbringungsmöglichkeiten. Mit der Fusion der Bildungseinrichtungen, Bildungszentrum und Fachhochschule legen wir den Grundstein für eine leistungsfähige Struktur und attraktive Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte.

- Im Kampf um die besten Köpfe werden wir mit der Einführung der freien Heilfürsorge für alle Polizist:innen, der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und eines grundlegend zu novellierenden den aktuellen Bedürfnissen Zulagensystems für die faire Vergütung eines anspruchsvollen Jobs sorgen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden wir mit angepassten Einsatzzeiten und speziellen Betreuungsangeboten verbessern. Wir verurteilen jegliche Art von Übergriffen sowie Mobbing und unterstützen die Entwicklung und Etablierung von Awareness- und Präventionsstrukturen, die so etwas wirksam verhindern. Der Schutz der Auszubildenden steht dabei an oberster Stelle.
- Den Frauenanteil in Führungspositionen der Polizei wollen wir deutlich erhöhen. Dazu werden wir ein Mentoring-Programm für gezielte Frauenförderung aufsetzen. Außerdem wollen wir noch mehr Menschen mit unterschiedlichem kulturellem und persönlichem Hintergrund für den Polizeiberuf ansprechen, um die Pluralität der Gesellschaft auch in den Sicherheitsbehörden abzubilden. Besonders Menschen mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen sollen angesprochen werden, da klare und gute Kommunikation die Basis jeder Polizeiarbeit ist.
- Es darf keine rechtsfreien Räume in der digitalen Welt geben. Der zunehmenden Verrohung im Internet und der Verlagerung von Straftaten in den Cyberraum werden wir nicht tatenlos zusehen. Wir wollen dem Beispiel anderer Länder durch die Einrichtung eines Studiengangs zum IT-Ermittler folgen. Mit einem verstärkten Fortbildungsprogramm wollen wir zudem eigene IT-Fachkräfte und IT-Kriminalisten aufbauen.
- Die Digitalisierung der Thüringer Polizei treiben wir mit voller Kraft voran. Deshalb haben wir die Online-Wache eingeführt und werden ihre Einsatzmöglichkeiten weiter ausbauen. Die Ausstattung der Polizist:innen mit aktuellen digitalen Endgeräten werden wir unter Beachtung hoher Sicherheitsstandards weiter fortführen. Gefahrenlagen und

Kriminalitätsphänomene ändern sich rasant und ihre Bekämpfung bedarf zeitgemäßer rechtlicher Handlungsgrundlagen. Die Angriffe auf IT-Systeme von Bürger:innen, Verwaltung und Unternehmen nehmen stetig zu. Wir statten Ermittler:innen technisch und rechtlich so aus, dass sie auch bei immer größeren Datenbeständen zügig und genau ermitteln können.

- Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz setzen wir dabei an geeigneter Stelle ein. Wir behalten dabei im Blick das KI dazu neigt Diskriminierung und Rassismus aus den genutzten Trainingsdaten zu reproduzieren, daher ist es uns wichtig offenzulegen auf welchen Daten KIs trainiert wurden und diese regelmäßig auf systematische Diskriminierung und Rassismus überprüfen zu lassen. Wir stellen sicher dass alle Entscheidungen einer KI von einem Menschen überprüft werden und niemand aus nicht-nachvollziehbaren Gründen beschuldigt wird.
- Wir richten ein Thüringer Cybersicherheitszentrum ein. In diesem sollen sich alle Thüringer Stellen, die sich um den Schutz von IT-Systemen befassen eng und regelmäßig austauschen, um Staat, Wirtschaft und Bürger:innen besser vor Angriffen aus dem Netz zu schützen. Wir sorgen außerdem dafür, dass Sicherheitsbehörden in enger Zusammenarbeit mit dem BSI gefundene Schwachstellen umgehend bei den Hersteller:innen melden und damit zur bestmöglichen Cybersicherheit für uns alle beitragen.
- Wir verurteilen Gewaltstraftaten gegen Frauen – insbesondere Femizide. Wir sehen in dem besseren Schutz von Frauen ein Schwerpunkt polizeilichen Handelns und werden entsprechende Handlungs- und Interventionsansätze optimieren. Weiterhin sollen Polizist:innen während und nach ihrer Ausbildung intensiver für Hasskriminalität gegen Frauen sensibilisiert werden. Niemand darf in Thüringen bei Fällen von sexueller Gewalt das Gefühl bekommen von den Sicherheitsbehörden nicht ernstgenommen zu werden. Gegenüber dem Bund werden wir uns für eine Änderung des Strafgesetzbuches einsetzen, damit insbesondere Femizide künftig härter bestraft werden.
- Im Rahmen eines Modellprojektes wollen wir Erfahrungen in der falldatenbasierten Verbrechensbekämpfung im Deliktfeld der Wohnungs- und Ladeneinbrüche sammeln.
- Wenige Mehrfach- und Intensivtäter:innen begehen einen großen Teil der Straftaten in unserem Land. Damit stellen sie eine große Herausforderung für Polizei, Justiz und andere Behörden dar. Wir evaluieren die Konzepte zum Umgang mit diesen Täter:innen, um zum besseren Schutz der Bevölkerung alle behördlichen Möglichkeiten auszunutzen.
- Eine konsequente und erfolgreiche Deradikalisierungsarbeit ist der beste Schutz vor terroristischen Gefahren. Die bestehenden Ansätze in den

Sicherheitsbehörden wollen wir überprüfen und die Deradikalisierungsarbeit fachlich übergreifend ausgestalten.

- Steuerhinterziehung, Geldwäsche, Korruption, Betrug und Untreue stellen für Sozialdemokrat:innen nicht nur eine Gefahr für ehrliche Bürger:innen und die sozialen Sicherungssysteme dar, sondern gefährden den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Im Bereich der Wirtschaftskriminalität werden wir die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für unsere Polizeibeamt:innen intensivieren.
- Unsere erfolgreiche Präventionsarbeit setzen wir fort. Wir nehmen Unsicherheiten und Ängste ernst und ergreifen gezielte Präventionsmaßnahmen, um das Sicherheitsempfinden unserer Bürger:innen zu stärken und Straftaten zu verhindern. Die bestehenden Präventionsangebote halten wir uneingeschränkt aufrecht. Mit der Einrichtung des Landespräventionsrates haben wir die Arbeit der unterschiedlichen Akteur:innen erfolgreich vernetzt und Impulse gesetzt.
- Wir werden eine positive Fehlerkultur innerhalb der Polizei weiter fördern. Es ist wichtig, dass es auch innerhalb der polizeilichen Strukturen möglich ist, über Fehler im Einsatz und Unsicherheiten im Vorgehen zu sprechen. Supervision und Beratungsangebote ermöglichen es, Vorgehensweisen zu reflektieren und innerhalb der Dienstgruppe zu verbessern. Wir werden den Thüringer Polizeidienststellen Mittel zur Verfügung stellen, die Selbstreflexion und Selbstkritik in einem geschützten Raum ermöglichen. Dazu dient auch die Weiterentwicklung der Polizeivertrauensstelle zu einer Polizeiaufsichtsbehörde, die dem Thüringer Justizminister:in untersteht. Bei Anzeigen gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ermittelt derzeit die Polizei praktisch gegen sich selbst. Dieser Umstand führt zu Interessenkonflikten.
- Wir werden, gemeinsam mit den Berufsvertretungen, eine Studie über Demokratiefeindlichkeit und Rassismus in den Sicherheitsbehörden auf den Weg bringen. Wir lassen nicht zu, dass sich rechtsextremistische Glutnester in den demokratischen Institutionen ausbreiten. Mit dem Sozialkompetenzzentrum stärken wir in Lehre und Fortbildung die demokratische Resilienz. Präventionsangebote in der Aus- und Fortbildung werden wir weiter ausbauen.

## 3.2 Feuerwehr und Katastrophenschutz

Der Brand- und Katastrophenschutz und die Rettungsdienste sind ein wichtiger Pfeiler der Inneren Sicherheit in Thüringen. Die 60.000 Mitglieder der Feuerwehren und weitere 10.000 Mitglieder in Rettungsorganisationen leisten mit ihrem ehrenamtlichen Engagement einen unersetzlichen Beitrag für ihre



1523 Mitbürger:innen. Unser Ziel ist deshalb eine gute Ausstattung, gute Ausrüstung,  
1524 gezielte Aus- und Fortbildung sowie eine fortlaufende Nachwuchsgewinnung für die  
1525 Held:innen des Alltags.

1526 Das werden wir tun:

- 1527 • Wir wollen die Leistungen der ehrenamtlichen Helfer:innen mit einer  
1528 öffentlichkeitswirksamen Kampagne würdigen. Diese soll ihnen Anerkennung  
1529 und Respekt zeigen und vor allem junge Menschen für das Ehrenamt  
1530 begeistern. Ohne Unterstützung der Arbeitgeber:innen, Ausbildungsstätten  
1531 und Schulen geht es nicht. Die zeitlichen Herausforderungen der  
1532 Ehrenamtlichen müssen hier gezielt beleuchtet werden.
- 1533 • Die hohe Leistungsbereitschaft und Einsatzfreude von Feuerwehren und  
1534 Rettungskräften werden wir durch Investitionen in der Fläche unterstützen.  
1535 Dazu gehört die persönliche Ausrüstung, die Fahrzeugausstattung und der  
1536 Erhalt und Bau von Gerätehäusern. Wir treten für eine Erhöhung der  
1537 Fördersummen und Förderquoten seitens des Landes ein. Ein besonderes  
1538 Augenmerk soll dabei auf der sogenannten schwarz-weiß-Trennung liegen, um  
1539 Brandkrebs vorzubeugen.
- 1540 • Durch Investitionen in Infrastruktur und Lehrangebote, insbesondere mit  
1541 Blick auf klima- oder technologiebasierten Veränderungen der  
1542 Einsatzszenarien werden wir die Thüringer Landesfeuerwehr- und  
1543 Katastrophenschutzschule weiterentwickeln. Dabei setzen wir das Projekt  
1544 TLFKS 2.0 fort, indem sich modernisierte Anlagen und dezentrale Ausbildung  
1545 vereinen.
- 1546 • Wir werden die zentrale Beschaffung von Feuerwehrausstattung erweitern und  
1547 so versuchen die Beschaffung der Feuerwehrfahrzeuge in Zweckverbänden oder  
1548 auf Landesebene zu bündeln und Kostenvorteile zu erreichen, von denen  
1549 Kommunen und ihre Feuerwehren profitieren.
- 1550 • Mit der Stabilisierung der deutschlandweit einzigartigen Feuerwehrrente  
1551 und der Erhöhung der Entschädigungssätze in Feuerwehren haben wir ein  
1552 starkes Zeichen der Anerkennung gesetzt. Dieses wollen wir der Schaffung  
1553 einer Helfer:innenprämie fortsetzen, die für 10 aktive Dienstjahre eine  
1554 500 €-Prämie vorsieht.
- 1555 • Wir haben der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) im Freistaat eine  
1556 tragfähige Struktur gegeben. Diese wollen wir ausbauen und stärken, damit  
1557 PSNV-Kräfte durch professionelle Schulung und Vernetzung unterstützt  
1558 werden. So können Einsatzkräfte im Ernstfall umfassend psychologisch  
1559 betreut werden.

- Die integrierten Leitstellen sind ein zentrales Element für eine effektive Alarmierung und Steuerung von Einsätzen der Feuerwehren und Rettungsdienste. Mit der Schaffung der neuen Leitstellenstruktur in kreisübergreifenden Verbünden haben wir die Weichen für die Zukunft gestellt. Die Arbeit für moderne Alarmierungsstrukturen werden wir fortsetzen und uns für die regelmäßige Durchführung des bundesweiten Alarmtages einsetzen.
- Der Schutz Kritischer Infrastrukturen und ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz ist in den letzten Jahren zu Recht stark in den Fokus gerückt. Wir intensivieren den Schutz dieses Rückgrats unseres Gemeinwesens, stellen die Umsetzung der Schutzmaßnahmen bei privaten und öffentlichen Stellen sicher und setzen uns weiter für eine angemessene Beteiligung des Bundes an dieser Aufgabe ein.
- Auch Einsatzkräfte werden vermehrt bei Einsatzmaßnahmen durch Dritte angegriffen. Wir sorgen dafür, dass unsere Einsatzkräfte bestmöglich geschützt sind, in dem wir für eine moderne passive Schutzausstattung sorgen. Die Beschaffung kann bspw. als Poolausstattung erfolgen.

## **3.3 Kampf für Demokratie**

Wir haben in den letzten Jahren zahlreiche Erfolge beim Kampf gegen rechtsextremistische Veranstaltungen und Strukturen erzielen können. Feinden der Demokratie, der Verfassung und der Menschenrechte, werden wir uns auch weiterhin entschieden entgegenstellen.

Politische Bildung und Demokratiearbeit sind für uns stetige gesellschaftliche und politische Aufgaben. Um dieser Aufgabe nicht nur gerecht zu werden, sondern auch deren Bedeutung anzuerkennen, werden wir ein Demokratiefördergesetz beschließen. Programme, Projekte, Konzepte, Vorhaben etc. brauchen, um wirken zu können, eine langfristige Planungssicherheit und damit unumgänglich eine finanzielle Absicherung. In diesem Zusammenhang müssen auch die bestehenden Landesprogramme auf ihre Förderung sowie ihre inhaltliche Ausrichtung evaluiert werden. Neue Herausforderungen und Bedrohungen unserer Freiheit und Demokratie, wie digitaler Faschismus, Desinformationen, Verschwörungserzählungen, rechter Terror in Thüringen oder Radikalisierungen im Zuge der Corona-Pandemie als auch Zielgruppen, wie Migrant:innenselbstorganisationen, müssen mit aufgenommen werden. An dieser Neugestaltung darf deshalb nicht ausschließlich regierungsintern gearbeitet, sondern die Zivilgesellschaft muss adäquat daran beteiligt werden.

Wir werden zivilgesellschaftliche Akteur:innen unterstützen, indem wir

- 1597 • ihre, oftmals ehrenamtliche Tätigkeit erleichtern, indem bürokratische  
1598 Hürden abgebaut werden. Dort wo Zivilgesellschaft, Staat, Behörden  
1599 zusammenarbeiten entstehen Partner:innenschaften, die nachhaltig wirken  
1600 können.
- 1601 • ihre Arbeit würdigen: sie verteidigen in verschiedenster Form die  
1602 demokratischen Grundlagen unserer pluralen Gesellschaft, wirken sozial und  
1603 solidarisch. Es gilt sie in ihrer Arbeit zu unterstützen und zu bestärken.
- 1604 • ihre Arbeit nicht nur anerkennen, sondern deren weite Perspektiven auf  
1605 Landesebene auch im Rahmen eines institutionalisierten Austauschs mit der  
1606 Regierung und dem Landtag einbinden. Deshalb fordern wir, dass
- 1607 • Zivilgesellschaft und die zuständigen politischen Vertreter:innen  
1608 regelmäßig gemeinsam an einem Tisch zusammenkommen, um sich über aktuelle  
1609 gesellschaftliche Problemlagen auszutauschen.
- 1610 • im Kampf gegen die extreme Rechte bei Behörden und Verwaltung für eine  
1611 verbesserte Anerkennung der Perspektive von zivilgesellschaftlichen  
1612 Akteur:innen werben, so dass die Zusammenarbeit beispielsweise bei der  
1613 Organisation und Durchführung von Demonstrationen erleichtert wird.
- 1614 • mit ihnen, Akteur:innen aus Staat und Wissenschaft gemeinsam an einer  
1615 langfristigen Demokratie-Förderstrategie und ihrer kontinuierlichen  
1616 Fortentwicklung arbeiten.
- 1617 • Wir verstetigen und bauen das Thüringer Landesprogramm für Demokratie,  
1618 Toleranz und Weltoffenheit als wertvolle Unterstützung der  
1619 Demokratieförderung aus. Wir werden das Thüringer Demokratiefördergesetz  
1620 einführen, um so bewährten Projekten des Engagements zur  
1621 Demokratieförderung und politischen Bildung eine verlässliche und  
1622 langfristige Ausfinanzierung zu ermöglichen und wiederkehrenden  
1623 Verwaltungsaufwand zu reduzieren
- 1624 Außerdem werden wir konsequent an der Umsetzung der Handlungsempfehlungen der  
1625 Untersuchungsausschüsse zu den NSU-Morden 5/1 und 6/1 als auch der Enquete-  
1626 Kommission gegen Rassismus und Diskriminierungen 6/1 weiterarbeiten und die  
1627 demokratiefördernde und rassismus- und diskriminierungskritische Bildungsarbeit  
1628 an Schulen, in der außerschulischen Bildung und in Organisationen und Behörden  
1629 stärken.
- 1630 Das werden wir tun:
- 1631 • Wir setzen uns für die Herabsetzung des aktiven Wahlalters bei

- 1632 Landtagswahlen auf 16 Jahre und des passiven Wahlalters bei  
1633 Bürgermeister:innen- und Landrät:innenwahlen ein, um junge Menschen  
1634 möglichst früh an der parlamentarischen Demokratie zu beteiligen
- 1635 • Wir werden eine „Koordinierungsstelle für Demokratiebildung an Schulen“  
1636 einrichten. Seit Jahrzehnten gibt es Modellprojekte, die Kitas und Schule  
1637 als Lernorte für Demokratie erproben, nun kommt es darauf an,  
1638 flächendeckend für ein Angebot der Demokratiebildung an Thüringer Schulen  
1639 zu sorgen.
- 1640 • Wir werden uns für ein passives und aktives Wahlrecht für  
1641 Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene einsetzen, um diesen Menschen  
1642 die Einbindung in den politischen Diskurs aktiver zu ermöglichen und  
1643 Potentiale für die gesellschaftliche Beteiligung zu heben. Dauerhaft in  
1644 Deutschland lebenden Menschen soll so politische Teilhabe und Mitwirkung  
1645 ermöglicht werden.
- 1646 • Das Amt für Verfassungsschutz muss weiter personell und materiell  
1647 angemessen ausgestattet sein, um den wachsenden Aufgaben zum Schutz  
1648 unserer Demokratie gerecht zu werden. Eine ausreichende parlamentarische  
1649 Kontrolle ist dabei weiterhin zu gewährleisten.
- 1650 • Mit der Einrichtung der Task-Force Versammlungslagen konnten wir  
1651 Landkreise und Kommunen bei teilweise komplizierten Rechtsfragen beraten  
1652 und sie in die Lage versetzen, sich insbesondere gegen Veranstaltungen der  
1653 extremen Rechten zur Wehr zu setzen. Diese erfolgreiche Arbeit setzen wir  
1654 fort und entwickeln sie weiter.
- 1655 • Um bei Konflikten in Kommunen den Dialog und demokratische Problemlösungen  
1656 zu unterstützen sowie Radikalisierungen und Populismus vorzubeugen, werden  
1657 wir Angebote der kommunalen Konfliktberatung verstetigen und ausbauen.
- 1658 • Kampf gegen Hass und Hetze im Netz – Das Internet erlaubt durch seine  
1659 Anonymität oft radikale Äußerungen, die manchmal auch in schreckliche  
1660 Taten umschlagen können. Wir unterstützen die Gesetzinitiativen auf  
1661 Bundesebene zur besseren Bekämpfung dieser Phänomene. Das Internet darf  
1662 kein rechtsfreier Raum sein. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei,  
1663 Staatsanwaltschaft und Medienverantwortliche werden wir intensivieren. Wir  
1664 schaffen die personelle Ausstattung von Polizei und Staatsanwaltschaft, um  
1665 Strafverfahren schnell abzuschließen.
- 1666 • Rechte Demokratiefeind:innen werden wir konsequent aus dem öffentlichen  
1667 Dienst entfernen.

- Wir setzen uns weiterhin für die Entwaffnung von Rechtsextremist:innen ein.

- Für alle Fördermaßnahmen des Landes wird künftig der Grundsatz "Keine öffentlichen Mittel für rechte Demokratiefeind:innen" gelten, damit eine indirekte staatliche Unterstützung für demokratizersetzende Unternehmungen verhindert wird.

## 3.4 Justiz

Wir Sozialdemokrat:innen sind stolz auf unseren demokratischen Rechtsstaat, der die Würde des Menschen an erste Stelle setzt. Wir stehen für eine moderne, leistungsfähige und bürgernahe Justiz. Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Wir wollen, dass Straftaten schnell aufgeklärt und konsequent geahndet werden. Die Bürger:innen haben ein Recht darauf, ihre Ansprüche zügig durchzusetzen. Wir verteidigen unseren Rechtsstaat gegen Bedrohungen und gegen die zunehmende Radikalisierung. Extremismusbekämpfung und Prävention, aber auch unser Einsatz gegen Hass und Hetze sind wichtige Felder der Justizpolitik. Die Opfer von Straftaten stehen bei uns im Mittelpunkt und verdienen Würdigung und Unterstützung. Die zunehmende Digitalisierung der Justiz und der Verwaltung bietet eine Vielzahl von Chancen sowohl für die Bürger:innen als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen den Weg der Digitalisierung und der modernen Kommunikation in der Justiz weiter beschreiten und diesen vorantreiben.

Das werden wir tun:

- Wir sorgen für eine Einstellungsoffensive für Justizbedienstete mit modernen Werbe- und Einstellungsverfahren. Wir stocken die Einstellungen bei der Justiz auf, um die Personalverstärkungen bei der Polizei auf die Justiz nachzuziehen und den Generationenwechsel abzufedern.
- Wir verbessern die Attraktivität der Arbeit in der Justiz durch moderne Arbeitsmodelle, die die weitere Einführung von Lebensarbeitszeitkonten und verbesserte Altersteilzeitregelungen, durch den verstärkten, flächendeckenden Einsatz des mobilen Arbeitens und durch ein umfassendes Personalentwicklungskonzept.
- Wir haben die richterliche Mitbestimmung in der Thüringer Justiz deutlich ausgebaut. Die neu geschaffen Verfahren und Instrumente sind mit Leben zu erfüllen, zu evaluieren und fortzuentwickeln.
- Wir stehen für den Erhalt der Justizstandorte mit allen ihren Gerichten für unsere Bürger:innen

- 1703 • Bei den Staatsanwaltschaften verstärken wir die Bereiche für organisierte  
1704 Wirtschafts-, Internet- und Staatsschutzkriminalität und stärken die  
1705 Vermögensabschöpfung für kriminell erlangte Gewinne.
  
- 1706 • Wir setzen die angestoßene Modernisierung der IT-Infrastruktur mit der  
1707 Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz zügig mit einem  
1708 straffen Projektmanagement um und ermöglichen flächendeckend  
1709 Videovernehmungen, Videokonferenzen und Videoanhörungen.
  
- 1710 • Prävention ist die beste Sicherheitspolitik. Durch einen landesweiten  
1711 Ausbau der regionalen Präventionsstrukturen wollen wir Straftaten  
1712 vorbeugen. Dazu gehört auch der flächendeckende Aufbau von Jugendstationen  
1713 analog zu den erfolgreichen Modellprojekten in Jena und Gera.
  
- 1714 • Immer mehr ältere Mitmenschen werden Opfer von Straftätern (z.B.  
1715 Enkeltrick). Außerdem verlagert sich das Kriminalitätsgeschehen stark ins  
1716 Netz. Um Menschen jeden Alters vor Kriminalität zu schützen, legen wir  
1717 eine nachhaltige Präventionsstrategie mit den Schwerpunkten „Cybercrime“  
1718 und „Kriminalität gegen Senioren“ auf.
  
- 1719 • Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung werden wir konsequent nutzen.  
1720 Berücksichtigen jedoch dabei, dass Schnelligkeit nicht auf Kosten eines  
1721 Abbaus von Rechtsschutzmechanismen erreicht wird. Mit einem engen  
1722 Austausch zwischen Justiz und Polizei gehen wir gegen das Phänomen von  
1723 Mehrfach- und Intensivstraftätern vor.
  
- 1724 • Justizvollzug weiter modernisieren. Wir Sozialdemokrat:innen stehen für  
1725 einen progressiven, menschenwürdigen und dem Ziel der Resozialisierung  
1726 verpflichteten Strafvollzug. Wir Thüringer Sozialdemokrat:innen haben 2014  
1727 in Regierungsverantwortung mit der Verabschiedung des Thüringer  
1728 Justizvollzugsgesetzbuches den modernen Justizvollzug in Thüringen  
1729 entscheidend geprägt, welches wir fortschreiben möchten.
  
- 1730 • Nur mit einer ausreichenden Personalausstattung in den  
1731 Justizvollzugseinrichtungen, in den Fachdiensten ebenso wie im allgemeinen  
1732 Vollzugsdienst gelingt ein moderner Justizvollzug. Zur Gewinnung von  
1733 qualifizierten und motivierten Nachwuchskräften werden wir die  
1734 Attraktivität des Berufsfeldes „Justizvollzug“ steigern. Hierzu setzen wir  
1735 uns für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, eine moderne Ausrüstung,  
1736 eine gezielte Personalentwicklung, bessere Aufstiegsmöglichkeiten, eine  
1737 verbesserte Besoldungs- und Beförderungssituation, insbesondere die  
1738 Verbesserung der Anwärterbesoldung durch die Wiedereinführung eines  
1739 Anwärtersonderzuschlages, ein.

- Die Bildungs- und Beschäftigungsangebote für Gefangene wollen wir auf hohem Niveau erhalten. Die Möglichkeiten, eine Ersatzfreiheitsstrafe in der Haft abzarbeiten, wollen wir ausweiten. Zudem sind wir überzeugt, dass die Bedingungen in Haft mit den gesellschaftlichen Entwicklungen in Freiheit mithalten müssen. Digitalisierung und demografischer Wandel dürfen nicht vor den Toren der Haftanstalten enden. Die Bereitstellung digitaler Medien und Bildungsangebote für Gefangene wollen wir prüfen. Die Möglichkeiten des elektronischen Besuchs wollen wir ausbauen. Die Situation älterer Gefangener in Haft wollen wir ebenfalls verbessern. Dabei werden wir auf die Erfahrungen anderer Länder zurückgreifen.
- Ein besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf eine stärkere Berücksichtigung der Opferperspektive und den Ausgleich der Tatfolgen während der Inhaftierung legen.
- Um den Übergang der Gefangenen in die Freiheit zu erleichtern, wollen wir das professionelle Übergangsmanagement gesetzlich verankern.
- Die Sicherheit der Justizvollzugsanstalten wollen wir u. a. durch eine Verbesserung der medizinischen, insbesondere psychiatrischen Versorgung, zum Beispiel durch eine Kooperation mit dem Maßregelvollzug, erhöhen.
- An dem Gemeinschaftsprojekt mit dem Freistaat Sachsen „JVA Zwickau-Marienthal“ halten wir deshalb fest. Der hierfür vorgesehene Personalübergang muss sozialverträglich, transparent und im Einvernehmen mit den betroffenen Bediensteten erfolgen. Die sinnvolle Nachnutzung künftig wegfallender Justizvollzugseinrichtungen werden wir ergebnisoffen prüfen. In die Prüfung werden wir bestehende Bedarfe, zum Beispiel in den Bereichen Sicherungsverwahrung und seniorengerechter Vollzug, mit einbeziehen.
- Neben dem Justizvollzug ist die ambulante Straffälligenhilfe mit den Sozialen Diensten in der Justiz und den Vereinen der freien Straffälligenhilfe die wichtigste Säule der Resozialisierung von Straffälligen in Thüringen. Durch eine Stärkung tragen wir aktiv dazu bei, dass Inhaftierungen von Straffälligen ebenso wie weitere Straftaten vermieden werden. Somit wird der Resozialisierungsprozess von Straffälligen verbessert und ein wichtiger Anteil zur inneren Sicherheit geleistet.
- Gerade die Mitarbeiter:innen der Sozialen Dienste in der Justiz leisten als staatliche Institution in den Bereichen der Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie der Führungsaufsicht einen erheblichen Anteil zur Vermeidung neuer Straftaten. Wir setzen uns für eine auskömmliche personelle Ausstattung der Sozialen Dienste in der Justiz ein. Damit

gewährleisten wir, dass die qualitativ hochwertige Tätigkeit weiter verbessert wird und mehr Zeit für die Hilfe und Kontrolle der Straffälligen zur Verfügung steht. Ebenfalls erachten wir eine Verbesserung der technischen Ausstattung für notwendig. Mobiles Arbeiten ist gerade im ländlichen Raum unerlässlich, um Straffällige auch im häuslichen Umfeld begleiten zu können.

- Neben den staatlichen Institutionen leisten die Vereine der freien Straffälligenhilfe einen enormen Anteil in der Arbeit. Sie vermitteln und begleiten in der Ableistung gemeinnütziger Arbeit und bieten spezialisierte Beratungsangebote an. Hinzu kommen Angebote für Soziale Trainingskurse. Für uns als Sozialdemokrat:innen ist es ein wichtiges Anliegen, die bestehenden Strukturen in Thüringern weiter zu festigen und auszubauen. Hierzu gehört die Schaffung einer Förderstruktur und -praxis, die es ermöglicht, Modellprojekte voll zu finanzieren. Somit werden Anreize für die Fortentwicklung in diesem wichtigen Bereich geschaffen.
- Wir solidarisieren uns mit den Opfern rassistischer Überfälle. Es darf nicht passieren, dass Opfer als Täter:innen behandelt werden, medial als solche inszeniert werden und derartige, die Grundfesten unserer Demokratie verletzende Überfälle nicht zeitnah und vollständig aufgeklärt werden.
- Kommunale Amts- und Mandatsträger:innen sind zentrale Akteur:innen unserer Demokratie. Sie sind vermehrt Anfeindungen ausgesetzt. Als Demokrat:innen dulden wir das nicht. Das öffentliche Interesse muss in diesen Fällen stets anerkannt werden. Bestehende Beratungsangebote wollen wir bündeln und ausfinanzieren.
- (Weiter-)Lernen ermöglichen – für die persönliche Entwicklung und die berufliche Qualifikation. Für einen sensiblen und bedarfsgerechten Umgang des entsprechenden Fachpersonals der Justiz mit von Rassismus und Diskriminierung betroffenen Personen sind fundierte Grundlagen zu rassistischen und diskriminierenden Sachverhalten und Tatmotiven unerlässlich. Wir bauen daher das Fortbildungsprogramm für Richter:innen und Staatsanwält:innen hinsichtlich des Umgangs mit rassistisch motivierten Straftaten weiter aus.

## 3.5 Verbraucher:innenschutz

Verbraucher:innen stehen häufig einer hohen Marktmacht einzelner Unternehmen gegenüber. Die Zusammensetzung der Nebenkostenabrechnung, die angekündigte Mieterhöhung oder Verträge mit Medien- und Kommunikationsanbietern verunsichern und überfordern viele Bürger:innen. Wir wollen Verbraucher:innen schützen durch Regeln und Organisationen. Wir sehen die Verbraucherzentrale als einen unverzichtbaren Partner beim Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Gerade



1818 in Zeiten von sich verändernden Märkten und hoher Inflation brauchen  
1819 Bürger:innen Sicherheit und Schutz vor Abzocke und unlauteren Methoden.

1820 Das werden wir tun:

- 1821 • Der Beratungsauftrag der Verbraucherzentrale Thüringen – unabhängig von  
1822 wirtschaftlichen Interessen – ist angesichts der immer unübersichtlicheren  
1823 Märkte als Gegengewicht für den Verbraucher dringender denn je. Wir wollen  
1824 die Finanzierung der Verbraucherzentrale angemessen erhöhen, um den  
1825 bestehenden Beratungsumfang auszubauen, insbesondere im Hinblick auf  
1826 Beratung in leichter Sprache und in unterschiedlichen Fremdsprachen. Die  
1827 Finanzierung der Verbraucherzentrale wird in den kommenden Jahren auch die  
1828 Preisentwicklung berücksichtigen. Dabei soll vor allem die institutionelle  
1829 Förderung verstärkt werden, um die Verbraucherzentrale unabhängiger zu  
1830 machen.
- 1831 • Sonntagsarbeit belastet Arbeitnehmer und Familien. Der Sonn- und  
1832 Feiertagsschutz ist ein wichtiges Gut. Deshalb werden wir Sonntagsarbeit  
1833 auf ein erforderliches Minimum begrenzen. Wir wollen gemeinsam mit den  
1834 Gewerkschaften das Bundesarbeitszeitgesetz ändern, um den Sonn- und  
1835 Feiertagsschutz zu stärken.
- 1836 • Um den weiteren notwendigen Personalabbau verkraften zu können und um eine  
1837 effizientere Aufgabenerfüllung zu erreichen, sollen Fach-, Rechts- und  
1838 Dienstaufsicht im Bereich des Verbraucher- und Arbeitsschutzes gebündelt  
1839 werden.
- 1840 • Das Angebot an Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen nimmt ständig zu und  
1841 die Hersteller agieren zunehmend überregional. Hinzu kommen immer neue  
1842 Verfahren der Bearbeitung von Lebensmitteln, neue Materialien und  
1843 Werkstoffe, chemische Substanzen usw. Die zunehmende Produktvielfalt  
1844 verlangt eine höhere Spezialisierung und eine vertiefte Erfahrung der  
1845 amtlichen Überwachung. Diese Spezialisierung ist nicht für alle Aufgaben  
1846 durch die kommunalisierte Überwachung zu leisten. Vor allem die  
1847 Kleinteiligkeit der kommunalen Strukturen verhindert eine Spezialisierung.  
1848 Wir wollen spezialisierte und überregionale Kontrollteams in den Bereichen  
1849 schaffen, für deren Überwachung den Landkreisen und kreisfreien Städten  
1850 das notwendige Spezialwissen fehlt. Ebenfalls auf den Prüfstand gehört  
1851 aber auch die Option einer Rückverstaatlichung von Aufgaben und  
1852 Zuständigkeiten der Veterinär-, Lebensmittelüberwachungs- und Umweltämter.
- 1853 • In vielen Bereichen versagt die Selbstregulation des Marktes, bestehen  
1854 Vollzugsdefizite bei der Marktüberwachung oder werden Verbraucher durch  
1855 „Abzockstrategien“ systematisch geschädigt. Hier fehlen die notwendigen  
1856 Marktwächter. Für bestimmte Fragen brauchen wir daher zur Unterstützung

der Verbraucher und der staatlichen Überwachung auch kollektive Klagerechte. Wir treten auf Bundesebene für Klagerechte von Verbraucherschutzorganisationen z.B. der Verbraucherzentralen ein. Wir wollen Klagerechte für Verbraucherorganisationen z.B. gegen typische „Abzockstrategien“ bei geringen Streitwerten und bei unlauterem Wettbewerb (Mondpreise, Lockvogelangebote, falsche Preisauszeichnung).

## 4. Zusammenhalt in Stadt und Land

Wir sind davon überzeugt, dass ländliche Regionen einen hohen ökonomischen, ökologischen, sozialen, kulturellen und demokratischen Mehrwert für unseren Freistaat haben, auf den wir als Gesellschaft nicht verzichten können. Auf dem Land organisieren Bürgerinnen und Bürger ihr Zusammenleben mit hoher Kompetenz, viel Engagement und in gemeinschaftlichen Strukturen. Es gibt dort viel Wissen und Erfahrungen, die nicht verloren gehen dürfen. Unsere Städte sind Knotenpunkte, die für das gesamte Land Bildungs- und Kultureinrichtungen vor- und hohe wirtschaftliche Potenziale für alle bereithalten. Wir wollen die Lebensqualität in Thüringen erhöhen, die Natur schützen und das Gemeinwesen stärken – der Schlüssel dafür liegt in unseren Kommunen.

### 4.1 Unsere Kommunen

Rund 90 Prozent der Fläche Thüringens zählt zum ländlichen Raum. Kultureller Reichtum & Tourismus, Unternehmergeist & Handwerkskunst, Sport & Ehrenamt sind hier zu Hause. Der ländliche Raum gehört zur Thüringer Identität. Gleichzeitig lebt Thüringen auch von seinen zentralen Städten, die in die Regionen und auch bundesweit ausstrahlen und das Bild Thüringens mitprägen.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bedeutet für uns nicht, den urbanen Raum in ländlichen Regionen nachzuahmen und umgekehrt. Wir erkennen die besonderen Verhältnisse jeder Region an, wollen aber dafür Sorge tragen, dass Städte und Dörfer für jede Generation ein lebenswertes Zuhause sind.

Das werden wir tun:

- Die strategische Ausweisung von Ober- und Grundzentren hat eine hohe Bedeutung für die Entwicklung der einzelnen Kommunen. Oberzentren müssen überregional und langfristig gedacht werden. Die bloße Bevölkerungszahl ist weniger entscheidend, als die mit dem Oberzentrum verbundenen Funktionen, die in Thüringen oft überregional, also funktionsteilig getragen werden. Oberzentren sind gerade mit Blick auf die Regionen mit angrenzenden bevölkerungsstarken Bundesländern von entscheidender strategischer Bedeutung, unter anderem für die Ansiedlungs- und Infrastrukturpolitik. Die Ausweisung von Grundzentren muss auch die

perspektivische Entwicklung von Regionen in den Blick nehmen.

- 1895 • Die Fläche leidet insbesondere auch am Auspendeln ihrer Einwohner:innen.  
1896 Dörfer werden zu Schlafstätten, Kleinstädte verlieren zunehmend ihren  
1897 Einzelhandel, wenn die Bevölkerung ihre wesentliche Zeit außerhalb der  
1898 kommunalen Grenzen verbringt. Neben klassischer Wirtschaftsförderung  
1899 spielt daher insbesondere auch die Ansiedlung staatlicher Institutionen  
1900 eine tragende Rolle, um die Erwerbsquote vor Ort zu stärken.
  
- 1901 • Kommunen übernehmen Verantwortung für eine zukunftsgerechte Kommunal- und  
1902 Raumentwicklung. Sie setzen sich aktiv für den Schutz sowie den Erhalt der  
1903 Lebensgrundlagen ein, mindern Belastungen für Mensch, Natur und Umwelt und  
1904 gehen sparsam mit Flächen um. Für eine qualifizierte Innenentwicklung (z.  
1905 B. angemessene Nachverdichtung, Umnutzung, Umstrukturierung,  
1906 Flächenrecycling, ggf. Rückbau) bedarf es weiterhin personeller und  
1907 finanzieller Unterstützung. Die erfolgreiche Förderung der Klima- und  
1908 Energiemanager werden wir fortsetzen.
  
- 1909 • Fachkräftemangel, Demographie, Digitalisierung – die Herausforderungen der  
1910 Kommunen sind groß und kaum abschließend aufzuzählen. Um diesen Aufgaben  
1911 begegnen zu können, ist neben einer finanziellen Ausstattung, die die  
1912 kommunale Selbstverwaltung verlässlich ermöglicht, die Verwaltungsstruktur  
1913 grundlegend. Gebietszusammenschlüsse mit dem Ziel, die Verwaltung zu  
1914 stärken und gemeinsam größere Haushalte aufzustellen, die das Bündeln der  
1915 finanziellen Kraft, das Priorisieren von großen Maßnahmen, das regionale  
1916 Denken sowie das Spezialisieren von Mitarbeiter:innen ermöglicht, bleibt  
1917 für uns Priorität.
  
- 1918 • Neu gegliederte Gemeinden müssen beim Zuwachsen unterstützt werden.  
1919 Hierbei helfen nicht nur Gelder zum Abbau von Altschulden und Prämien, um  
1920 die Kosten des Zusammenschlusses z.B. für angleichende IT-Maßnahmen zu  
1921 schultern, sondern auch und insbesondere Unterstützung bei der Hebung von  
1922 Fördermitteln, die helfen gemeinsame Projekte der neuen  
1923 Gebietskörperschaft zeitnah zu realisieren.
  
- 1924 • Um flächenmäßig großen Städten und Gemeinden bei Erhalt sowie der  
1925 Bewirtschaftung der (eingemeindeten) Infrastruktur zu unterstützen, wollen  
1926 wir eine Flächenpauschale etablieren, die dem Umfang der Verkehrs- Grün-,  
1927 und Waldfläche und den damit verbundenen Unterhaltskosten Rechnung trägt.
  
- 1928 • Wir stehen für eine bürokratiearme Stärkung der interkommunalen  
1929 Zusammenarbeit jenseits des aktuellen Finanzausgleichsgesetzes mit dem  
1930 Ziel des Zusammenwachsens von kommunalen Gebietskörperschaften und  
1931 Regionen. Der Fokus der interkommunalen Zusammenarbeit muss auf dem  
1932 Erreichen von Synergien und der Steigerung von Effizienz und

- 1933 Bürger:innenfreundlichkeit liegen. Ziel muss es sein, langfristig eine  
1934 stabile Verwaltung zu gewährleisten, die gleichermaßen auch attraktiver  
1935 Arbeitgeber ist
- 1936 • Wir setzen uns für eine digitale Fördermitteldatenbank ein, die nicht nur  
1937 die vorhandenen Fördermittel aufzeigt, sondern mögliche Kombinationen mit  
1938 Bundesmitteln etc. mitdenkt und Verwaltungsmitarbeiter:innen entlastet.  
1939 Die Kommunalberatung wollen wir fortsetzen. Sie unterstützt die kommunale  
1940 Familie kostenfrei beim Umsetzen geförderter Projekte.
- 1941 • Zusätzlich zu einer Fördermitteldatenbank gilt es, den Kommunen dauerhaft  
1942 mit investiven Zuweisungen zu helfen, den Investitionsstau planbar  
1943 abzutragen. Dafür ist eine Priorisierung unerlässlich. Um Eigenmittel auch  
1944 kurzfristig abbilden zu können, wollen wir einen Fond einrichten, der akut  
1945 fehlende Eigenmittel als zinsgünstige Darlehen ausreicht. So erhöhen wir  
1946 die Planungssicherheit in der kommunalen Familie und stärken die kommunale  
1947 Selbstverwaltung. Die jährlich mit dem Finanzausgleich ausgereichte  
1948 Investitionspauschale wollen wir mit Blick auf steigende Preise  
1949 dynamisieren.
- 1950 • Die Kur- und Erholungsorte sind ein prägender Teil der touristischen  
1951 Landschaft Thüringens. Wir sprechen uns für eine stetige und verlässliche  
1952 finanzielle Unterstützung dieser Orte aus. Dabei gilt es insbesondere in  
1953 den Blick zu nehmen, dass die Kurorte keine Möglichkeit haben im gleichen  
1954 Maß auf Gewerbesteuererinnahmen zurückzugreifen, wie andere Kommunen.  
1955 Erholungsorte durchlaufen einen vergleichbar hohen Aufwand der  
1956 Prädikatisierung.
- 1957 • Wir setzen uns für die Stärkung der Kinder- und Jugendgremien ein. Nachdem  
1958 wir erfolgreich Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommunalordnung  
1959 etabliert haben, ist es nun folgerichtig, dass wir Kommunen bei der  
1960 Umsetzung finanziell unterstützen. Kinder- und Jugendgremien sollen auch  
1961 auf Landkreisebene die Regel werden.
- 1962 • Wir unterstützen ebenso die flächendeckende Einrichtung von  
1963 Selbstvertretungsgremien von Menschen mit Behinderungen (sog. Beiräten  
1964 von/für Menschen mit Behinderungen) auf kommunaler Ebene, damit auch ihre  
1965 Beteiligung flächendeckend gesichert wird und sie die Gestaltung ihrer  
1966 Kommune im Sinne von Inklusion und Barrierefreiheit begleiten.
- 1967 • Die derzeitige Unterteilung in Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben  
1968 gerät in der Realität zunehmend an Grenzen. Eine Neujustierung muss vor  
1969 allem die finanziellen Folgen und die Bedeutung der Aufgaben für die  
1970 Bürger:innen in den Blick nehmen.

- 1971 • Als neues Instrument demokratischer Beteiligung führen wir eine  
1972 Privatisierungsbremse ein. Sie sieht vor, dass öffentliche Unternehmen der  
1973 Daseinsvorsorge (z.B. Stadtwerke, Wohnungsbaugesellschaften, Krankenhäuser  
1974 etc.) nur dann verkauft werden können, wenn die Bürger:innen der  
1975 Privatisierung in einem Referendum zustimmen. Dadurch wollen wir  
1976 erreichen, dass die langfristigen Interessen der Menschen nicht einem  
1977 kurzfristigen Interesse an schnellen, einmaligen Erlösen zum Opfer fallen.  
1978 Wo diese Aufgaben in der Vergangenheit privatisiert wurden, werden wir die  
1979 Gemeinden und Landkreise bei der Rekommunalisierung unterstützen.

## 1980 **4.2 Wohnen**

1981 Das Thema Wohnen spiegelt die Vielseitigkeit Thüringens wieder. Von der Wohnung  
1982 im Plattenbaugebiet bis zum alten Hof auf dem Dorf. Die Herausforderungen der  
1983 Energiewende werden wir für alle Wohnformen solidarisch anpacken.

1984 Wohnen und vor allem bezahlbares Wohnen war und ist ein Grundanliegen  
1985 sozialdemokratischer Politik. Dabei spielt die Wohnungsbauförderung eine  
1986 zentrale Rolle.

1987 Die Wohnungsbauunternehmen brauchen Verlässlichkeit und – angesichts der  
1988 zeitlichen Abläufe bei Planung und Bau von Wohnungen – auf Jahre im Voraus  
1989 vorhersehbare Rahmenbedingungen. Daher ist es wichtig diese Mittel planbar zur  
1990 Verfügung zu stellen, um sozialen Wohnungsbau auch weiterhin zu ermöglichen.

1991 Dem Wunsch nach Wohneigentum werden wir auch den Familien ermöglichen, denen das  
1992 Ansparen von Eigenkapital nicht möglich ist. Dafür werden wir ein Mietkaufmodell  
1993 auflegen.

1994 Das werden wir tun:

1995 • Bezahlbarer Wohnraum in den Zentren, weniger Leerstand auf dem Land und  
1996 eine höhere Immobilien-Eigentumsquote sind unsere Ziele. Dafür wollen wir  
1997 den kommunalen und sozialen Wohnungsbau fördern.

1998 • Gerade für Haushalte mit geringen Einkommen bietet das Mietkaufmodell eine  
1999 Alternative für den Erwerb von selbstgenutzten Wohnraum. Beispielsweise  
2000 können durch die Thüringer Landesentwicklungsgesellschaft Wohnungen mit  
2001 staatlicher Finanzierung errichtet und diese dann jungen Familien zum  
2002 Mietkauf angeboten werden. Dieser Ansatz ermöglicht es auch Familien ohne  
2003 Eigenkapital, Wohneigentum zu erwerben und trägt darüber hinaus zur  
2004 Vermögensbildung bei.

2005 • Wohnungsneubau wollen wir durch die deutliche Vereinfachung von

- 2006 Planungsverfahren und Standards beschleunigen und intensivieren. Eine  
2007 wichtige Rolle spielt für uns die Wohnbauförderung des Freistaats in Form  
2008 von Zuschüssen und Darlehen. Wir wollen, dass der öffentlich getragene  
2009 Wohnungsbau neben der Förderung auch selbst Wohnraum schafft.
- 2010 • Wir werden als Land den Aufbau Kommunalen Bodenfonds unterstützen. Damit  
2011 können Kommunen langfristig Flächen für die eigene Entwicklung von  
2012 Wohnraum sowie öffentlicher Infrastruktur erwerben.
- 2013 • Den Kommunen soll ermöglicht werden, Einnahmen aus Mieteinkünften  
2014 zweckgebunden für die Sanierung ihrer Immobilien oder den Ankauf von  
2015 Schrottimmobilien, von Leerstehenden und von Leerstand bedrohten  
2016 Wohngebäuden und Brachflächen zu verwenden. Kommunalen Wohnraum muss auch  
2017 in Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept in öffentlicher Hand bleiben.
- 2018 • Wir unterstützen die Kommunen, um familienfreundliche Standortplanung im  
2019 Sinne einer räumlichen Vernetzung von Lern- und Freizeitorten, von Wohn-,  
2020 Arbeits- und Versorgungsbereichen, um möglichst kurze Wege zu realisieren  
2021 und damit den Verkehrsaufwand für Familien zu reduzieren. Dazu gehört auch  
2022 die Förderung von innerstädtischem Wohnraum für Familien, um urbane  
2023 Qualitäten wie kurze Wege, vielfältige Erwerbsmöglichkeiten und  
2024 Aktivitäten auch Familien zugänglich zu machen
- 2025 • Für uns hat die Entwicklung der bestehenden Gebäude Vorrang. Neubauten  
2026 sind erst mit Ausschöpfung der Leerstandspotentiale ein Mittel der Wahl.  
2027 Das schont Ressourcen, hält bestehende Siedlungsstrukturen intakt und  
2028 erhält einen vielfältigen Gebäudebestand.
- 2029 • Jedes Haus braucht eine Aufgabe. Daher wollen wir besonders im ländlichen  
2030 Raum Anreize für den Erwerb bestehender Gebäude schaffen. Eine Stärkung  
2031 der Siedlungskerne soll vor der Ausweisung neuer Baugebiete erfolgen.  
2032 Weiterhin braucht es ein Praxiskonzept für die Reaktivierung von Brachen  
2033 und die Beseitigung von „Schrottimmobilien“.
- 2034 • Wir wollen durch energieeffizientes Sanieren und moderne Technologien wie  
2035 z. B. Wärmepumpen, Solarthermie oder Gebäudespeicher, den  
2036 Heizenergieverbrauch deutlich senken und erneuerbar decken. Bis 2040  
2037 streben wir einen klimaneutralen Gebäudebestand an.
- 2038 • Mit der kommunalen Wärmeplanung wollen wir eine öffentlich getragene, für  
2039 alle Einkommen leistbare Wärmeversorgung langfristig sicherstellen und  
2040 ausbauen. Neubaugebiete sollen durch eine gemeinsame Wärmeversorgung  
2041 langfristig eine günstige und umweltfreundliche Versorgung erhalten. Unser  
2042 oberstes Ziel bleibt eine günstige und umweltverträgliche Wärmeversorgung  
2043

- 2044 von Ein- und Mehrfamilienhäuser, für Mietende und Eigentümer, sicher zu stellen.
- 2045 • Viele Wohngebäude müssen in den nächsten Jahren saniert werden, um  
2046 dauerhaft die Betriebskosten und die Abhängigkeit von den fossilen  
2047 Energien zu verringern. Wir setzen uns dafür ein, dass in Thüringen ein  
2048 Heizungstauschbonus als Anreiz und Unterstützung für die Erneuerung der  
2049 Heizung kommt.
- 2050 • Neben der finanziellen Förderung brauchen insbesondere kleinere Kommunen  
2051 ohne eigene:n Klimaschutzmanager:in mehr fachliche Unterstützung.  
2052 Quartierslösungen für Wärmeversorgung und energetische Sanierung sind oft  
2053 sinnvoll, benötigen aber erhebliche Unterstützung bei der Analyse der  
2054 Optionen und bei der Projektentwicklung. Die ThEGA soll soweit gestärkt  
2055 werden, dass sie Kommunen bei der Problemidentifikation, Antragstellung,  
2056 Gründung von Energiegenossenschaften, Personalaufbau, Vernetzung und  
2057 Projektbearbeitung qualifiziert beraten kann.
- 2058 • Die Ansprüche an Wohnraum, ob zur Miete oder als Eigentum, wandeln sich im  
2059 Laufe des Lebens. Wir wollen Menschen mit überschüssigen Wohnraum mit  
2060 Menschen mit dem wachsenden Bedarf zusammenbringen. Dafür braucht es eine  
2061 aktive Beratung, Unterstützung und den Anreiz für den Wohnungs- und  
2062 Haustausch überall da, wo dieser benötigt wird. Der Tausch wird auf den  
2063 besonderen Wohnungsmarkt in Thüringen deutlich breiter angenommen werden,  
2064 als in deutlich dichter besiedelten Räumen. Zudem werden wir zusätzlich  
2065 zur Beratung, mit der Auszahlung eines Umzugsbonus die Hürden für den  
2066 Wechsel senken.
- 2067 • Wir wollen die Wohngemeinnützigkeit für kommunale Unternehmen sowie  
2068 Genossenschaften wieder auf den Weg bringen. Breite Schichten der  
2069 Bevölkerung sollen dadurch wieder Zugang zu bezahlbarem Wohnraum erhalten.  
2070 Die Gemeinnützigkeit kann beispielsweise anerkannt werden, wenn kommunale  
2071 Wohnungsunternehmen oder -genossenschaften sich verpflichten, Gewinne zu  
2072 begrenzen.
- 2073 • Wir wollen aktiv am Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit  
2074 mitwirken, um diese in Thüringen gemeinsam mit Bund und Kommunen zu  
2075 reduzieren und möglichst bis 2030 zu überwinden.
- 2076 • Wir haben den Holzbau durch Änderung der Bauordnung vereinfacht. Wir  
2077 setzten uns weiterhin dafür ein, den Holzbau voranzubringen und bei  
2078 Neubau- und Sanierungen ein etablierter Baustoff wird.
- 2079 • In Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten werden wir die Anwendung der  
2080

- 2081 Kappungsgrenze zur Deckelung der Preissteigerungen bei  
2082 Bestandsmietverträgen noch gezielter anwenden. Zudem setzen wir uns dafür  
ein, die Mietpreisbremse auszuweiten und zu entfristen.
- 2083 • Die öffentliche Förderung zum Ausbau des barrierefreien Wohnens ist  
2084 dauerhaft zu etablieren, angemessen finanziell auszustatten und mit einer  
2085 Mietpreisbindung zu koppeln. Diese Förderung muss auch Neubauvorhaben  
2086 offenstehen.
- 2087 • Beim Neubau werden wir unseren Blick auf die Weiterentwicklung des  
2088 Seriellen Bauens und auf modulare Systeme richten. Diese bieten eine  
2089 Chance, um durchgehend Qualität sicherzustellen und die Preisexplosion bei  
2090 der Errichtung von Neubauten abzufangen. Ein besonderer Fokus liegt hier  
2091 auf flächensparenden Konzepten wie der Verknüpfung von  
2092 Mehrgeschosswohnungsbau mit kompakten Reihenhäusern.
- 2093 • Zusätzlich zur grundsätzlichen Anspruchsberechtigung von Bundesmitteln für  
2094 den sozialen Wohnungsbau wollen wir zusätzliche Mittel des Freistaats  
2095 hierfür bereitstellen und die geförderten Wohnungen noch mehr Haushalten  
2096 mit geringen und mittleren Einkommen zur Verfügung stellen. Die Förderung  
2097 für sozialen Wohnungsbau muss in Thüringen insbesondere die Gebiete  
2098 adressieren, in denen ein angespannter Wohnungsmarkt besteht.
- 2099 Weiterhin werden wir:
- 2100 • das Angebot kostenloser Energieberatungen stärken und Beratungsangebote  
2101 zum energieeffizienten Sanieren ausbauen
- 2102 • das Bauen mit alternativen Baustoffen wie z.B. Holz, Lehm, Stroh  
2103 insbesondere für öffentliche Bauvorhaben deutlich ausweiten
- 2104 • Forschung zu Ersatzbaustoffen und Baustoffrecycling stärker fördern. Unser  
2105 Ziel ist eine Kreislaufwirtschaft auch im Baubereich weiter auszubauen.  
2106 Insbesondere die Recyclingquote von Gipsprodukten muss deutlich erhöht  
2107 werden.

## 2108 4.3 Mobilität und Infrastruktur

2109 Mobilität darf keine soziale Frage sein. Die Erreichbarkeit von Dienstleistungen  
2110 des täglichen Bedarfs, Ärzt:innen und des Arbeitsplatzes müssen jederzeit  
2111 gewährleistet sein. Viele Thüringer:innen pendeln täglich zu ihrer Arbeit und  
2112 sind auf verschiedenste Verkehrsträger und Mobilitätsarten angewiesen. Wir  
2113 wollen einen integralen Taktfahrplan, der ein hochwertiges und attraktives  
2114 Angebot schafft und eine ernsthafte Alternative zum Auto darstellt. Die



2115 ländliche Struktur Thüringens und der demographische Wandel erfordern flexible  
2116 Lösungen. Wichtig ist, dass wir uns nicht selbst beschränken, in dem wir stets  
2117 vom aktuellen Bedarf ausgehen – so kann es keinen Wandel im Nutzungsverhalten  
2118 des ÖPNV geben. Vielmehr müssen wir Angebote schaffen, die Bedarfe erst  
2119 erzeugen. Ob es sich um Rufbussysteme, Anrufsammeltaxis, Mitfahrkonzepte  
2120 handelt, ist vor Ort zu entscheiden. Unser Ziel ist es, dass Menschen abseits  
2121 des Schulbusverkehrs jeden Tag und in jedem Ort angebunden sind. Wir  
2122 unterstützen die Kommunen bei der Verkehrswende durch gezielte Förderung des  
2123 ÖPNV und des Radwegebbaus. Unsere Mobilitätspolitik schafft qualitative Angebote  
2124 für die Thüringer:innen.

2125 Das werden wir tun:

- 2126 • Wir setzen uns für eine langfristige sichere Finanzierung und Fortsetzung  
2127 des Deutschlandtickets ein. Ein Ticket für alle - das schafft Klarheit im  
2128 Tarifgefüge und senkt die Hürden für die Nutzung von Bus, Straßenbahn und  
2129 Zug. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass der bisherige Preis des  
2130 Tickets erhalten bleibt.
- 2131 • Wir wollen zudem für junge Menschen ein 28-Euro-Ticket (Jugendticket für  
2132 Menschen bis zum 28. Lebensjahr) als Ergänzung des Deutschlandtickets  
2133 einführen. Dies entlastet auch weiterhin Menschen bei der täglichen Fahrt  
2134 zur Schule, Ausbildung oder auf Arbeit. Unser Hauptziel wird es sein, dass  
2135 wir Kindern und jungen Menschen langfristig eine kostenfreie Nutzung des  
2136 ÖPNV ermöglichen möchten.
- 2137 • Wir setzen uns auch zukünftig für einen flächendeckenden Thüringer  
2138 Nahverkehrsverbund ein, der gemeinsame Tickets ermöglicht, Kosten senkt  
2139 und Hindernisse zur Nutzung minimiert.
- 2140 • Damit der Umstieg auf gemeinsam genutzte Verkehrsmittel gelingt, müssen  
2141 Busse, Straßenbahnen, Car-Sharing Angebote, Rad, Auto und Fußgängerverkehr  
2142 in einen gemeinsamen Takt schlagen. So verkürzen wir Umstiegszeiten,  
2143 verkürzen Reisezeiten und optimieren eine effiziente gemeinsame Nutzung.  
2144 Daher unterstützen wir den raschen weiteren Ausbau des integralen  
2145 Taktfahrplans in allen Landesteilen. In diesem Rahmen werden wir an  
2146 geeigneten Stellen Mobilitätsstationen und Verkehrshubs entwickeln, die  
2147 verschiedene Arten von Mobilität an einem Ort miteinander kombinieren und  
2148 als Umstiegspunkte dienen.
- 2149 • Moderne Mobilität braucht einen attraktiven Mix aus öffentlichen  
2150 verfügbaren Verkehrsangeboten, die den teuren Individualverkehr an vielen  
2151 Stellen überflüssig machen. Damit dies kein Lippenbekenntnis ist brauchen  
2152 wir die 3-Vs: Verdichtung, Vertaktung und Verfügbarkeit. Neben den Erhalt  
2153 von festen Verkehrsangeboten nach Fahrplan braucht es mehr an Flexibilität

- 2154 an den am Bedarf ausgerichteten Angeboten auf Abruf, also dem On-Demand-  
2155 Verkehr bzw. -Angebot. Hierzu zählt u.a. die Nutzung von gemeinsam  
2156 genutzten PKWs, flexiblen Busverbindungen, Ruftaxis und Rufbusangebote.
- 2157 • Wir werden auch zukünftig die tausenden Pendelnde im Land durch den  
2158 vermehrten Einsatz des Jobticket, Pendlerparkplätzen, sowie P+R und  
2159 kombinierten Verkehrsangeboten unterstützen.
- 2160 • Wir wollen da die Tarifintegration ermöglichen, wo durch eine Nutzung des  
2161 Fernverkehrs die Taktdichte für Pendelnde wie beispielsweise auf der  
2162 Saalebahn erhöht werden kann.
- 2163 • Wir werden gemeinsam mit der Deutschen Bahn und den privaten  
2164 Verkehrsgesellschaften Strategien zur Schienen-Anbindung aller Thüringen  
2165 Regionen entwickeln. Unser Ziel ist ein S-Bahn-Takt für Thüringen.
- 2166 • Das Rückgrat des öffentlichen Personenverkehrs ist oft schienengebunden.  
2167 Daher setzen wir uns für die zügige Reaktivierung von stillgelegten  
2168 Bahnstrecken ein. Dort, wo nötig, wie zum Beispiel auf der Strecke  
2169 zwischen Leinefelde und Gotha, setzen wir uns für den zweigleisigen Ausbau  
2170 ein. Zugleich unterstützen wir weiterhin den Ausbau von landesbedeutsamen  
2171 Buslinien um das Streckennetz zu verdichten, da wo es keine Schiene gibt.
- 2172 • Thüringen darf nicht weiter Schlusslicht bei der Elektrifizierung von  
2173 Bahnstrecken sein. Wir setzen uns für die zügige Elektrifizierung der  
2174 Haupt- und Nebenstrecken ein, wie wir bei der Mitte-Deutschland-Verbindung  
2175 schon gezeigt haben.
- 2176 • Wir unterstützen die Kommunen bei der Verkehrswende und hier insbesondere  
2177 bei der Förderung Neuanschaffung von Straßenbahnen und Bussen sowie der  
2178 Umrüstung und dem Erhalt der Infrastruktur wie u.a. Ladestrukturen,  
2179 Betriebshöfen, Schienen, Oberleistungen.
- 2180 • Wir setzen uns für eine integrierte Straßenbauplanung ein, die  
2181 Tiefbauarbeiten und die Verbesserung der Rad- und Fußgängerinfrastruktur  
2182 gemeinsam denkt und verbessert
- 2183 • Wir investieren massiv in die Thüringer Fahrradinfrastruktur, um neue  
2184 Radwege und Radschnellstraßen zu bauen, aber auch innerörtliche  
2185 Fahrradspuren und sichere Abstellmöglichkeiten einzurichten. Dafür stellen  
2186 wir den Kommunen das Instrument einer Radwegeinvestitionspauschale zur  
2187 Verfügung.
- 2188 • Wir unterstützen die Aktualisierung und Umsetzung der kommunalen

2189 Radverkehrskonzepte und werden einen landesweiten Masterplan Radwegenetz  
2190 aufstellen. Weiterhin engagieren wir uns in der Arbeitsgemeinschaft  
2191 fahrradfreundlicher Kommunen.

2192 • Fußgänger:innen werden in Mobilitätsfragen häufig nicht mitgedacht, obwohl  
2193 ein sehr großer Teil unserer Wege zu Fuß absolviert wird. Wir setzen uns  
2194 daher für mehr verkehrsberuhigte Zonen, mehr Möglichkeiten der  
2195 Straßenquerung, im Bedarfsfall längere Ampelphasen für Fußgänger:innen und  
2196 grundsätzlich Tempo 30 innerorts ein. Künftig werden integrierte  
2197 Nahverkehrskonzepte nur noch gefördert, wenn der Fußverkehr und die  
2198 Notwendigkeit der Barrierefreiheit ausreichend Berücksichtigung finden.

2199 • Die Öffentliche Hand soll als Vorreiterin der Elektromobilität agieren.  
2200 Soweit möglich sollen künftig nur noch Dienstwagen auf Landes- und  
2201 Kommunalebene mit alternativen Antrieben angeschafft werden.

2202 • Flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur landesweit voranbringen.  
2203 Dafür braucht es auch den Ausbau der Netzinfrastuktur bzw. des  
2204 Stromverteilnetzes vor Ort.

2205 • Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes als Grundlage für die Nutzung autonomer  
2206 Mobilitätskonzepte zur intelligenten Vernetzung und Vermeidung von  
2207 VerkehrsPlanungsabläufe effizienter gestalten, organisatorische bzw.  
2208 personelle Engpässe beseitigen und Fördermittelnutzbarkeit erhöhen

## 2209 **4.4 Bürgernahe und digitale Verwaltung**

2210 Ob Onlinehandel oder KI-Entwicklungen - die digitale Transformation erfasst alle  
2211 gesellschaftlichen Bereiche. Seit 2014 treiben Landesverwaltung und  
2212 Kommunalverwaltungen die Digitalisierung voran, um die Serviceorientierung und  
2213 Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung zu erhöhen und auch den Wirtschaftsstandort  
2214 Thüringen zu stärken. Die Landesverwaltung hat in den vergangenen Jahren  
2215 konsequent ihre digitalen Strukturen und Anwendungen erweitert und  
2216 professionalisiert. Neben dem Einsatz energieschonender Technik, sogenannter  
2217 Green IT wurde auch die Garantie der Datensicherheit als wichtige Säule für  
2218 Vertrauen in Online-Services gestärkt. Dort wo Menschen Unterstützung für die  
2219 Nutzung digitaler Angebote benötigen, sollen diese angeboten werden.

2220 Wir brauchen eine digitale und nutzerfreundliche Verwaltung. Dies ist das  
2221 wirksamste Instrument um Nutzungsbarrieren für alle Menschen und Unternehmen  
2222 abzubauen.

2223 Das werden wir tun:

2224 Wir verbessern die Rahmenbedingungen

- 2225 • Die zentrale Koordinierung gemeinsamer Aufgaben und Dienste über das  
2226 Thüringer Finanzministerium und das Thüringer Landesrechenzentrum (TLRZ)  
2227 ist effizient und soll weiter ausgebaut werden.
- 2228 • Die Rolle des Chief Information Officer (CIO) stärken wir zusätzlich durch  
2229 dessen komplette digitale Rahmenverantwortung der Landesregierung für die  
2230 digitale Transformation und dieser zusätzlich die Funktion des Chief  
2231 Digital Officer (CDO) ausfüllt.
- 2232 • Wir bündeln die operativen Aufgaben im Bereich des E-Governments und der  
2233 Digitalisierung und entwickeln diese weiter zu einem Zentrum für digitale  
2234 Transformation in der Landesverwaltung. Dieses kann die Ressorts bei E-  
2235 Governmentvorhaben und der digitalen Transformation unterstützen.
- 2236 • Quelloffene Software und offene Standards sollen künftig konsequent  
2237 Vorrang genießen, soweit sie wirtschaftlicher und vergleichbar funktional  
2238 ist.
- 2239 • Wir setzen den eingeschlagenen Weg hin zu einem Open-Source-Arbeitsplatz  
2240 in der Landesverwaltung fort, um die Abhängigkeit von großen  
2241 Softwarefirmen zu verringern. Wir wollen eine aktive Rolle bei der  
2242 Errichtung des neuen geplanten Zentrums für digitale Souveränität (Zendis)  
2243 einnehmen.
- 2244 • Wir binden die Kommunen noch intensiver in das CERT des Landes ein und  
2245 werden ein

2246 IT-Sicherheits-Gesetz auf den Weg bringen.

- 2247 • Wir werden ethische Standards für den Einsatz Künstlicher Intelligenz in  
2248 der öffentlichen Verwaltung entwickeln und zur Erprobung konkreter  
2249 Anwendungsfälle ein Kompetenzzentrum in der Thüringer Landesverwaltung  
2250 einrichten. Statistische KI-Entscheidungen müssen als solche  
2251 gekennzeichnet werden, sowie transparent und nachvollziehbar sein. Wir  
2252 setzen dafür ein, dass ein Rechtsanspruch geschaffen wird, von KI  
2253 gefällten Entscheidungen durch einen Menschen überprüfen zu lassen, nach  
2254 dem Vorbild Schleswig-Holsteins.
- 2255 • Offene Daten sind ein wichtiger Rohstoff unserer digitalen Welt.  
2256 Behördliche Daten über die Umwelt, Geodaten, wollen wir maschinenlesbar  
2257 für Wirtschaft und Öffentlichkeit nutzbar machen.

## 2258 Wir unterstützen die Kommunen

- 2259 • Wir setzen den Weg fort, Kommunen zentrale Dienste unentgeltlich zur  
2260 Verfügung zu stellen und fördern die Kommunen weiterhin bei der  
2261 Digitalisierung ihrer Verwaltungen. Wir stärken hierbei die Rolle der KIV  
2262 als dem zentralen IT-Dienstleister für die Kommunen.
- 2263 • Wir prüfen die Konzentration übertragener kommunaler Aufgaben mit dem  
2264 Ziel, die Digitalisierung ortsungebundener Leistungen schneller und  
2265 effizienter umzusetzen.
- 2266 • Den Kommunen wollen wir flächendeckende, einheitliche Onlinedienste zur  
2267 Verfügung stellen. Gemeinsam mit den Kommunen streben wir eine  
2268 einheitliche Cloud-Lösung an.
- 2269 • An der Finanzierung zentraler Anwendungen durch das Land auch für die  
2270 Kommunen werden wir festhalten. Dies gilt im Einzelfall auch für  
2271 Fachverfahren, wenn dadurch die notwendige Konsolidierung vorangetrieben,  
2272 Standards durchgesetzt und Komplexität vermindert wird.
- 2273 • Wir stellen zentrale Basisdienste für eine Onlineverwaltung den Kommunen  
2274 durch das Land zur Verfügung. Dazu zählen insbesondere Plattformen für die  
2275 Online-Verwaltungsleistungen, über die Bürgerinnen und Bürger elektronisch  
2276 Anträge einreichen, unterschreiben und bezahlen können.
- 2277 • Wir werden ein Innovationslabor "Tech4Thüringen" an die Digitalagentur  
2278 Thüringen andocken, in dem digitale Vorreiter:innen des öffentlichen  
2279 Sektors mit Digitaltalenten aus der Privatwirtschaft in agilen Teams neue  
2280 Technologien für die digitale Verwaltung entwickeln.

## 2281 Wir treiben die digitale Transformation voran

- 2282 • Mit einem verbindlichen „Digitalcheck“ für Gesetze und Verordnungen  
2283 reduzieren wir Formvorschriften und vereinfachen Prozesse.
- 2284 • Wir schaffen ein modernes und digitaltaugliches Verwaltungsverfahren  
2285 in Thüringen.
- 2286 • Online-Leistungen sollen barrierefrei sein.
- 2287 • Wir streben eine gesetzliche Regelung an, die es den Gemeinden und  
2288 Landkreisen erleichtert, Aufgaben im Bereich der  
2289 Verwaltungsdigitalisierung und der IT-Sicherheit kommunal gebündelt und

2290 gemeinsam wahrzunehmen.

2291 Wir modernisieren die Register

- 2292 • Bis 2030 streben wir eine möglichst vollständige Modernisierung der  
2293 wichtigsten Verwaltungsregister in Thüringen an. Wir schaffen die  
2294 rechtlichen und technischen Voraussetzungen dafür, dass die darin  
2295 gespeicherten Daten von allen berechtigten Verwaltungsträgern abgerufen  
2296 werden können, wenn durch Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen  
2297 Verwaltungsleistungen beantragt werden.
- 2298 • Wir wollen, dass Thüringerinnen und Thüringer deutschlandweit und im EU-  
2299 Ausland komfortabel Verwaltungsleistungen beantragen können. Dazu werden  
2300 wir die Register in Thüringen mit den nationalen und den europäischen  
2301 Registern verbinden.
- 2302 • Um insbesondere die kommunalen registerführenden Stellen zu entlasten,  
2303 prüfen wir die Einrichtung weiterer Spiegel- und Zentralregister.
- 2304 • Durch die Einbindung eines Datenschutzcockpits gewährleisten wir, dass für  
2305 die Bürgerinnen und Bürger jederzeit nachvollziehbar und transparent ist,  
2306 in welchen Fällen dazu berechnigte öffentliche Stellen ihre Daten und  
2307 Nachweise in Verwaltungsverfahren verwendet haben

2308 Wir verbessern die Rahmenbedingungen der Personalbindung und -gewinnung

- 2309 • Flexibles Mobiles Arbeiten ist eine Voraussetzung zur Bindung und  
2310 Gewinnung von Fachkräften. Wir wollen die Möglichkeiten gemeinsam mit den  
2311 Personalräten weiter ausbauen.
- 2312 • Darüber hinaus werden wir in bestehenden Landesliegenschaften Co-Working-  
2313 Spaces einrichten.
- 2314 • Mit der IT-Laufbahn und den Studiengängen Verwaltungsinformatik an der  
2315 dualen Hochschule Gera Eisenach (DHGE) und der Fachhochschule Schmalkalden  
2316 gehen wir einen richtigen Weg weiter.
- 2317 • Die laufbahnrechtlichen Möglichkeiten wollen wir umfassend nutzen und  
2318 erweitern, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.
- 2319 • Die IT-Kompetenzen der Verwaltungsmitarbeiter werden wir stärken. Dabei  
2320 binden wir Angebote wie den EGovCampus über unsere Hochschulen ein.

- Wir stärken IT-kompetenzen von Führungskräften durch verbindliche Fortbildungen.

## 5. Beste Bildung und erstklassige Wissenschaft

Unser sozialdemokratisches Bildungsversprechen ist Chancengleichheit. Jeder und Jede muss das Recht auf gute Bildung und gleiche Chancen erhalten. Wir wollen, dass der Bildungserfolg nicht vom Geldbeutel der Eltern, vom Geschlecht oder Herkunft beeinflusst wird. Wir wollen, dass unser Bildungssystem das Handwerkzeug für die eigene Mündigkeit auf dem Weg gibt. Unser Chancenversprechen gilt dabei ein Leben lang. Bildung vermittelt Orientierung und ermöglicht Emanzipation, Teilhabe und Mitbestimmung. Wir schaffen Aufstiegschancen in allen Bereichen der allgemeinen, beruflichen und akademischen Bildung. Mit einem offenen System der Aus- und Weiterbildung bekommen alle die Chance, beruflich Schritt zu halten oder aufzusteigen.

### 5.1 Schule

Wir wollen eine Schule für alle. Mit der Thüringer Gemeinschaftsschule haben wir einen Paradigmenwechsel zu einem sozial gerechten Schulsystem in Thüringen gelegt. Die Herausforderungen des Lehrer:innenmangels und des Stundenausfalls werden wir mit neuen Lösungen angehen und Thüringen wieder zu einem erfolgreichen Bildungsland machen.

Den Bildungsauftrag zu erfüllen, so dass Unterricht stattfindet und Schüler:innen die Schule mit einem Abschluss verlassen, ist oberste Priorität. Dafür ergreifen wir Maßnahmen in verschiedenen Bereichen: Wir stellen uns weiterhin der zentralen bildungspolitischen Herausforderung des Schulwesens, dem Lehrer:innenmangel zu begegnen und so weiterhin flächendeckend den Unterricht für alle Schüler:innen zu gewährleisten.

Das werden wir tun:

- Die Schulen werden mehr Entscheidungen selbst treffen können. Insbesondere bei der Personalgewinnung. So sollen die Schulleiter:innen die Möglichkeit erhalten, geeigneten Bewerber:innen, in Absprache mit dem Schulamt, Einstellungszusagen zu geben. Das Schulbudget werden wir den Schulen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung pauschal zur Verfügung stellen.
- Die Thüringer Schulämter werden wir nachhaltig stärken – durch zusätzliches und leistungsgerecht bezahltes Fachpersonal, dessen Personalstellen wir aus dem Bildungsministerium umverlagern, und durch eine deutliche Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse. Die Schulämter werden so zum wichtigsten, regional verankerten und daher um die Probleme

- 2357 vor Ort wissenden Ansprechpartner der Schulen in allen Fragen der  
2358 Schulqualität und Schulentwicklung, der Personalgewinnung, des Einsatzes  
2359 von Seiteneinsteiger:innen und der Digitalisierung schulischer Bildung.
- 2360 • Der Landesschulbeirat wird in seinen Kompetenzen deutlich gestärkt. Er  
2361 erhält insbesondere ein eigenes Initiativrecht. So kann er das Ministerium  
2362 auffordern, für ein erkanntes Problem eine Lösung in einer bestimmten  
2363 Frist zu erarbeiten. Der Lösungsvorschlag ist dann dem Landesschulbeirat  
2364 vorzulegen. Die Arbeit des Gremiums erfolgt transparent und wird  
2365 vollständig veröffentlicht.
- 2366 • Zudem wird der Landesschulbeirat regelmäßig im für Bildung zuständigen  
2367 Ausschuss des Thüringer Landtags um Stellungnahme zum aktuellen  
2368 Arbeitsprozess gebeten. So wollen wir sicherstellen, dass die  
2369 Zusammenarbeit von Beirat und Ministerium fruchtbar und erfolgreich im  
2370 Sinne der Praxisrelevanz, Qualität und umgehender Lösungen für bestehende  
2371 oder sich abzeichnende Probleme erfolgt.
- 2372 • Unsere Schulen brauchen nicht nur bestmögliche Unterstützung durch die  
2373 Schulämter, sondern auch weitgehende Entlastung von Bürokratie und  
2374 Verwaltungsarbeit. Die Schulleitungen, aber auch jede:r einzelne Lehrer:in  
2375 sollen sich künftig auf die pädagogischen Kernaufgaben konzentrieren  
2376 können. Daher werden wir an allen Schulen Verwaltungsassistent:innen  
2377 einstellen, die sich um Antrags- und Meldeverfahren, Schulstatistik und  
2378 Datenaufbereitung, die Verwaltung von Schulbudgets und Schulkonten, die  
2379 Organisation von Veranstaltungen und Klassenfahrten und noch einiges  
2380 andere kümmern werden. Gleichzeitig sollen viele bürokratische und an  
2381 allen Schulen wiederkehrende Aufgaben in zentrale Servicestellen bei den  
2382 Schulämtern verlagert werden.
- 2383 • Lehrer:innenmangel und Stundenausfall sind ein bundesweites Problem, vor  
2384 dem auch Thüringen nicht verschont bleibt. Wir müssen daher in den  
2385 kommenden Jahren alle Möglichkeiten nutzen, um die Schulen mit dem  
2386 benötigten Lehrer:innenpersonal auszustatten und die Unterrichtsversorgung  
2387 weiterhin in der Fläche aufrechtzuerhalten. Dafür ist eine grundlegende  
2388 Reform der Lehrer:innenausbildung unumgänglich. Die derzeit  
2389 schulartbezogene Ausbildungsform lässt trotz verschiedener in den  
2390 vergangenen Jahren unternommener Verbesserungen des Laufbahn- und  
2391 Besoldungsrechts keinen wirklich flexiblen und dauerhaften Einsatz von  
2392 Lehrkräften über die Grenzen der Schularten hinweg zu. Unser Ziel ist es  
2393 daher, ein Lehramt für die Sekundarstufe I und II einzuführen und damit  
2394 die breite Einsatzfähigkeit des so ausgebildeten Personals sowohl an den  
2395 Gymnasien als auch an den Regelschulen, Gemeinschaftsschulen und  
2396 Gesamtschulen zu ermöglichen.



- 2397 • Wir werden eine Übernahmegarantie für Referendar:innen (bei Bestehen der  
2398 Prüfungen) einführen. Die Verwaltungsgebühr zur „Feststellung der  
2399 Gleichwertigkeit von Abschlüssen“ wird künftig entfallen.
  
- 2400 • Wir sind überzeugt davon, dass Thüringen dem Vorbild anderer Länder (z.B.  
2401 Österreich, Schweiz, Dänemark) folgen und ein Jahresarbeitszeitmodell für  
2402 alle Lehrkräfte einführen sollte. Dieses Modell legt nicht nur die  
2403 wöchentlichen Unterrichtsverpflichtungen fest, sondern auch, welche  
2404 Arbeitszeit eine Lehrkraft insgesamt pro Woche zu erbringen hat und welche  
2405 Aufgaben überhaupt zum Lehrer:innenberuf gehören und welche nicht. Das  
2406 wird dann die Ausgangsbasis dafür, die Thüringer Lehrer:innen konsequent  
2407 von Bürokratie und Verwaltungsarbeit zu entlasten und ihnen mehr Freiraum  
2408 für ihre pädagogischen Kernaufgaben zu verschaffen.
  
- 2409 • Thüringen muss endlich mehr Lehrer:innen für Mangelfächer gewinnen. Dies  
2410 kann erreicht werden, indem wir in Mangelfächern Studierende bereits mit  
2411 Aufnahme des Studiums in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf analog zu den  
2412 Referendar:innen berufen. So unterstützen wir die Studierenden bei ihrem  
2413 Lebensunterhalt und gleichzeitig können wir gemeinsam mit den Hochschulen  
2414 bereits im Studium vermehrt schulpraktische Ausbildungsabschnitte  
2415 integrieren.
  
- 2416 • Priorität hat für uns, ausreichend grundständig qualifizierte Lehrer:innen  
2417 für den Schuldienst auszubilden und einzustellen. Wir wissen aber auch,  
2418 dass in den nächsten Jahren nicht ausreichend Absolvent:innen zur  
2419 Verfügung stehen. Deshalb benötigen wir weiter Seiteneinsteiger:innen für  
2420 den Schuldienst. Vor dem Einsatz im Unterricht müssen die  
2421 Seiteneinsteiger:innen ausreichend qualifiziert werden. Während des  
2422 Einsatzes wollen wir ihnen ein Unterstützungssystem zur Seite stellen.  
2423 Nach einer Bewährungsphase wollen wir ihnen nach einer erfolgreichen  
2424 Lehrprüfung auch in die Möglichkeit der Verbeamtung eröffnen.
  
- 2425 • Die Schul- und Unterrichtsorganisation ist keine Banalität – sie  
2426 beeinflusst das Lernen und Leben von Kindern und jungen Menschen. Deshalb  
2427 muss die Schule auch auf sie ausgerichtet werden: Der Unterricht startet  
2428 oftmals viel zu früh am Tag. Nachweislich ist die Lernfähigkeit junger  
2429 Menschen stark verringert, wenn gegen ihren Biorhythmus der Unterricht  
2430 bereits um 7:30 Uhr beginnt und sie möglicherweise bereits eine Stunde  
2431 Schulweg hinter sich haben. Schule darf deshalb nicht vor 09:00 Uhr  
2432 beginnen. Ebenso ist es wissenschaftlich erwiesen, dass durchgehende  
2433 Unterrichtseinheiten von 90 Minuten zu lang für die Konzentrationsspanne  
2434 sind. In unserem Konzept der Ganztagschule verkürzen wir daher diese  
2435 Zeitintervalle auf 45 bis maximal 60 Minuten.
  
- 2436 • Wir stellen die vermeintlichen Defizite von Schüler:innen nicht in den

Mittelpunkt, sondern deren individuellen Stärken, Interessen und Bedürfnisse. Damit stellen wir sicher, dass sie die Erfahrung von Selbstwirksamkeit machen. Die Schule trägt die Verantwortung für den Lernerfolg jeder Schülerin, jedes Schülers und organisiert verbindlich die passenden Lernangebote. Dies soll in die Thüringer Schulordnung oder in das Thüringer Schulgesetz aufgenommen werden. Die bisherige einseitige Ausrichtung auf Eigenverantwortlichkeit hat sich nicht bewährt.

- Wir werden im schulischen Kontext individuelle Beurteilungen und Entwicklungsgespräche zur Bewertung der Schüler:innen fördern. Diese sollen künftig die Benotung der Schulleistungen bis zur 4. Klasse ersetzen. Damit wird verhindert, dass bereits die jüngsten Schüler:innen in ein künstliches, numerisches System gezwängt werden, das unnötigen Druck aufbaut, anstatt bisherige Fähigkeiten und Erlerntes aufzuzeigen.
- Wir etablieren das Konzept Ganztagschule thüringenweit. Dabei reicht die Hortbetreuung nach Ende des regulären Unterrichts explizit nicht aus. Unterrichts-, Freizeit- und Unterstützungsangebote sollen, sich über den Tag verteilt, abwechseln. So erhalten Schüler:innen ausreichend zeitliche Regenerationsräume. Die Schule kann regional Verankerung finden, beispielsweise durch Kontakte zu örtlichen Vereinen und Angeboten.
- Die Thüringer Schüler:innenschaft wird zusehends heterogener, was alle Lehrer:innen im Hinblick auf die Realisierung schulischer Inklusion und die Ermöglichung individueller Förderung vor wachsende Herausforderungen stellt. Wichtige Lösungsansätze sind für uns an dieser Stelle der weitere Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens sowie der Ausbau von Ganztagschulen. Wenn sich eine Schulkonferenz entscheidet, sich ein Ganztagschulkonzept zu geben, werden vom Land Thüringen die benötigten personellen, räumlichen und sächlichen Ressourcen bereitgestellt bzw. werden die Kommunen dabei unterstützt. Des Weiteren werden die Baurichtlinien für Schulsanierungen und Schulneubau so angepasst, dass Ganztagschule ermöglicht wird. Zudem wollen wir mit Hilfe eines transparenten und verlässlichen Personalbemessungssystems und anhand von Sozialindikatoren an allen Schulen multiprofessionelle pädagogische Teams etablieren, in denen neben den angestammten Lehrkräften bedarfsgerecht und an der jeweiligen Situation vor Ort orientiert Förderpädagog:innen, DaZ-Lehrer:innen, Pädagogische Assistenzkräfte und Schulsozialarbeiter:innen kooperativ und arbeitsteilig zusammenwirken.
- Grundlage der gemeinsamen Arbeit ist ein individuelles Schulkonzept, das sich insbesondere den Fragen einer guten Berufsorientierung, einer Senkung von Schulabbrecher:innenquoten und der Vernetzung in den Sozialraum widmet. Für Schulen mit besonders hohen sozialen Herausforderungen braucht es die beste Ausstattung.

- 2478 • Wir werden gemeinsam mit dem Bund dafür sorgen, dass unsere Schulen  
2479 schnellstmöglich mit Gigabit-Anschlüssen ausgestattet werden, diese auch  
2480 nutzen können und letztlich die digitale Ausstattung erhalten.
  
- 2481 • Die Schule von morgen ist digital. Digitale Bildung muss daher ihren  
2482 Niederschlag in allen Phasen der Lehrer:innenbildung und in den Lehrplänen  
2483 der Schulen finden. Nur entsprechend ausgebildete Pädagog:innen werden in  
2484 der Lage sein, das digitale Equipment nicht nur als technische Ergänzung  
2485 gewohnter Unterrichtsmaterialien zu sehen, sondern es auch sinnvoll  
2486 einzusetzen. Um die Digitalität in den Schulen weiter voranzubringen,  
2487 braucht es ebenso eine Ausweitung der Lernmittelfreiheit auf digitale  
2488 Geräte. Zudem wollen wir das Fortbildungsangebot für unsere Lehrkräfte,  
2489 insbesondere zum Thema digitale Bildung, erweitern.
  
- 2490 • Darüber hinaus wollen wir in den Lehrplänen vermehrt den Umgang mit  
2491 (sozialen) Medien und der digitalen Welt thematisieren. Ein kritischer  
2492 Blick auf die Entwicklungen und die Stärkung der digitalen Resilienz  
2493 junger Menschen muss erklärtes Unterrichtsziel werden.
  
- 2494 • Die Thüringer Schulcloud muss weiter ausgebaut und zu einer wichtigen  
2495 Ergänzung des Unterrichts von morgen werden. Die Cloud muss für alle  
2496 nutzbar und deshalb barrierefreie umgesetzt werden.
  
- 2497 • Um ein verlässliches, vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot in  
2498 Unterricht und Hort gerade auch an kleinen Schulen zu ermöglichen, haben  
2499 wir mit der letzten großen Schulgesetznovelle verschiedene  
2500 Kooperationsmodelle eröffnet. Wir wollen diese Kooperationen gezielt  
2501 fördern, um den Schulstandorten eine gute Perspektive zu eröffnen.
  
- 2502 • Bessere Schulen für alle zu entwickeln, heißt für uns auch, Familien  
2503 spürbar von Kosten zu entlasten, die mit einem Schulbesuch einhergehen.  
2504 Wir werden für alle Schulkinder ein kostenloses gesundes Mittagessen  
2505 finanzieren.
  
- 2506 • Wir lehnen jegliche Kürzungen des Sozialkundeunterrichts an den Thüringer  
2507 Schulen ab. Sozialkunde ist das zentrale Fach demokratischer Bildung im  
2508 Schulbereich, deswegen werden wir ihn ausbauen. Gerade in Zeiten des  
2509 Erstarkens von Rechten und der Extremen Rechten ist es umso wichtiger,  
2510 einen Schwerpunkt bei der schulischen Demokratiebildung zu setzen.  
2511 Demokratische und politische Bildung darf aber nicht auf ein Fach begrenzt  
2512 werden. Die Lehrpläne aller Schulfächer sind demokratiefördernd  
2513 auszurichten.
  
- 2514 • Schüler:innen werden momentan nur sehr selten in gesamtschulische  
2515

Angelegenheiten einbezogen. Das ist mit unserer Vorstellung von Schule als Diskussions- und Partizipationsort nicht vereinbar. Wir setzen uns für stärkere Mitwirkungsrechte der Schüler:innen ein. Deshalb strukturieren wir die Schulkonferenz neu: Schüler:innen werden künftig die Hälfte ausmachen. Dazu soll die Schulkonferenz nach Berliner Modell aufgewertet werden, nach dem hier wichtige Entscheidungen über gesamtschulische Angelegenheiten abgestimmt werden. Zudem werden wir die Stimmberechtigung der Schüler:innenvertreter:innen in Klassenkonferenzen und Fachkonferenzen ermöglichen.

Dies betrifft ebenso die Demokratisierung des Lernens. Der Freistaat Thüringen wird Schulen finanziell und beratend unterstützen, die sich in dieser Frage auf den Weg machen, zum Beispiel durch Projekte wie AULA, das bereits in Thüringen an der Jenaer Planschule in Jena erprobt wurde.

## 5.2 Ausbildung stärken

In Thüringen finden ca. 9 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber keinen Ausbildungsplatz, obwohl in Thüringen ca. 17 Prozent der Stellen unbesetzt bleiben. Über den steigenden Fachkräftebedarf wurde in den vergangenen Jahren immer wieder diskutiert. Klar ist, dass wir bis 2030 in Thüringen circa 350.000 Fach- und Arbeitskräfte brauchen. Im Bereich der Sozialwirtschaft sind es ca. 80.000. Allein in der Altenpflege werden 8.000 neue Fachkräfte und im Erzieher:innenbereich 6.000 bis 10.000 neue Fachkräfte bis 2030 gebraucht. Ein Großteil des Fachkräftebedarfs richtet sich auf Ausbildungsberufe. Wir haben also jeden Grund, bei jungen Leuten und an den Schulen für die duale Ausbildung zu werben. Damit sich junge Menschen für den Weg einer dualen Ausbildung entscheiden, müssen wir die Ausbildung in Thüringer attraktiver machen.

Das werden wir tun:

- Zwar werden in vielen Ausbildungsbranchen Auszubildende händeringend gesucht, dennoch fallen junge Leute durch das Raster und finden keinen Ausbildungsplatz. Für diese Menschen wollen wir uns einsetzen und eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie in Thüringen einführen. Zudem bilden immer weniger Unternehmen aus. Wir wollen gesetzlich allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz garantieren. Weiterhin sollen die Ausbildungsbedingungen durch einheitliche gesetzlich festgelegte Mindeststandards umfassend verbessert werden.
- Ein Ausbildungsfonds hilft Jugendlichen in der Ausbildung zu unterstützen und zu fördern und hilft gleichzeitig kleine Unternehmen, die den Großteil der Ausbildungen übernehmen, zu entlasten. Durch den finanziellen Anreiz, den der Fonds gibt, wird das "Rosinenpicken" der Unternehmen minimiert und auch Bewerber:innen, die eventuell beim ersten Mal durch das Raster fallen

oder auch jene, die in Übergangs- und Orientierungsprogrammen stecken, vermehrt eine Chance gegeben. Somit könnten wiederum mehr junge Menschen in Ausbildung kommen. Zudem profitieren alle Betriebe von vielfältigen Angeboten, wie Deutschkurse für Azubis, Beratungsangebote, Weiterbildung für Auszubildende, Coachings zum Recruiting etc., die insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei der Suche nach Auszubildenden und im Verlauf der Ausbildung unterstützen sollen. Wir werden prüfen, ob ein solcher Fonds auch für Thüringen sinnvoll ist.

- Wir werden die infrastrukturellen Voraussetzungen für gute Ausbildung in Thüringen schaffen. Dazu gehört die geförderte Errichtung von attraktiven und bezahlbaren Wohnungen für Auszubildende: beispielsweise durch die Schaffung von Wohnheimplätzen und Azubi-Appartements im ganzen Freistaat. Gleichzeitig unterstützen wir mit Fördermitteln die Ertüchtigung von Ausbildungsstätten.

- Die SPD Thüringen setzt sich für eine Stärkung der dezentralen Ausbildung ein. Wir nehmen es nicht hin, dass Auszubildende nur zentralisiert an einem Standort in Thüringen geschult werden oder teilweise in andere Bundesländer fahren müssen. Weiteren Zentralisierungsbestrebungen erteilen wir eine Absage, explizit auch bei kleiner werdenden Ausbildungsklassen.

- Der Übergang von der Schule in die Ausbildung ist noch viel zu oft die Hürde, an der viele Jugendliche der Übergang in eine selbstbestimmte Zukunft erschwert wird und Betriebe ihre zukünftigen Fachkräfte verlieren. Wir werden die vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsinstrumente für Betriebe sowie Bewerberinnen und Bewerber bedarfsgerecht ausbauen und verstärken. Dazu gehört für uns auch, das Konzept der Produktionsschulen in Thüringen pilothaft zu erproben und bei Erfolg flächendeckend einzuführen.

- Die duale Berufsausbildung ist ein Eckpfeiler unserer Wirtschaft und des Thüringer Arbeitsmarktes. Wir werden daher zusammen mit den Kammern eine Kampagne für die duale Ausbildung auflegen. Darüber hinaus werden wir in Zusammenarbeit mit den Handwerkskammern prüfen, ob wir Handwerkergymnasien bedarfsgerecht in allen Kammerbezirken aufbauen können.

- Bei der Weiterentwicklung des Thüringer Berufsschulnetzes ist uns der Erhalt von Schulstandorten wichtig. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist dabei die Erreichbarkeit der zuständigen beruflichen Schule für die Auszubildenden. Hierfür brauchen wir geeignete schul- und unterrichtsorganisatorische Konzepte für einen angemessenen (zeitlichen) Aufwand zum Erreichen der beruflichen Schule.

### 5.3 Hochschulen und Studium

Wissenschaft ist einer der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft: in Forschung, Lehre und Transfer in die Gesellschaft. Deswegen kommt den Hochschulen eine herausragende Bedeutung für die Entwicklung Thüringens zu. Als Thüringer SPD setzen wir uns für eine leistungsfähige Hochschullandschaft ein. Ihre Attraktivität erhält sie durch die besonderen Profile der staatlichen Hochschulen. Die Thüringer Hochschulen haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie erfolgreich im Wettbewerb mit anderen deutschen Universitäten und Fachhochschulen mitspielen können. Damit die Hochschulen ihre Potenziale voll entfalten können, bedarf es einer auskömmlichen Grundfinanzierung, die sich an den wissenschaftsbezogenen Kostensteigerungen orientiert und mit einem Strategiewaufschlag zusätzliche Entwicklungsoptionen bietet. Die staatlichen Hochschulen müssen frei von wirtschaftlichen Interessen und staatlicher Bevormundung agieren können. Wissenschaftsfreiheit, Hochschulautonomie und der offene Diskurs sind die Voraussetzungen dafür, dass sie ihre zahlreichen Aufgaben in der und für die Gesellschaft erfüllen können.

Das werden wir tun:

- Für uns darf das Studium nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen – von der Entscheidung, ob überhaupt studiert wird, bis zur Frage, wie schnell und wie erfolgreich das Studium verläuft. Deshalb wollen wir auf Bundesebene daraufhinwirken, dass wir das BAföG als Fundament der Studienfinanzierung stärken. So wollen wir Aufstiegschancen durch Bildung ermöglichen. Dabei stehen wir für eine kontinuierliche Anpassung und Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge, die Hebung von Altersgrenzen, die Schließung des „Mittelstandslochs“ durch die Möglichkeit der Gewährung eines Vollkreditlehens und die Beseitigung bestehender Förderlücken.
- Langzeitstudiengebühren an den Thüringer Hochschulen werden wir abschaffen. Ein Studium in der Regelstudienzeit ist oft nur für diejenigen mit wohlhabenden Elternhaus leistbar, die nicht auf Zuverdienste angewiesen sind und lässt zudem wenig bis keinen Platz für gesellschaftliches, sportliches, kulturelles oder soziales Engagement. Dies sind aber neben dem Studium wichtige Fähigkeiten und Erfahrungshorizonte, die im Lebensabschnitt des Studiums Raum haben müssen. Daher wird die Überschreitung der Regelstudienzeit nicht mehr als Grund für eine Exmatrikulation oder die Ablehnung eines Platzes im Studierendenwohnheim fungieren dürfen.
- Das Studierendenwerk werden wir dabei unterstützen, die Bearbeitung von BAföG-Anträgen zu beschleunigen und den Antragsstau abzubauen. Ziel muss es sein, dass ein gestellter BAföG-Antrag innerhalb von drei Monaten abschließendbearbeitet wird. Außerdem muss bei Einreichung von

- 2633 Folgeanträgen bis zwei Monate vor Ende des aktuellen Bewilligungszeitraums  
2634 stets eine lückenlose Förderung gewährleistet sein.
- 2635 • Unser Ziel ist es, allen sozialen Gruppen den Zugang zur Hochschulbildung  
2636 zu garantieren. Deshalb wollen wir mehr Menschen aus bislang an den  
2637 Hochschulen unterrepräsentierten Gruppen ein Studium ermöglichen,  
2638 insbesondere Menschen, deren Eltern nicht studiert haben. Initiativen wie  
2639 „Arbeiterkind“ werden wir weiter unterstützen.
- 2640 • An unseren Hochschulen sollen Menschen aus ganz unterschiedlichen  
2641 gesellschaftlichen Bereichen und Kulturen, mit verschiedenen  
2642 Lebenserfahrungen und -entwürfen gemeinsam lernen und lehren, forschen und  
2643 zusammenarbeiten. Denn aus dieser Vielfalt entstehen spannende Diskurse  
2644 und neue Ideen. Wir setzen uns für niedrighschwellige Begegnungs- und  
2645 Austauschangebote, mehr internationale Gastwissenschaftlerinnen und  
2646 Gastwissenschaftler und die gemeinsame Entwicklung digitaler Lehre mit  
2647 internationalen Partnereinrichtungen ein.
- 2648 • Für die Studierenden setzen wir uns auch auf Bundesebene für einen neuen  
2649 Sozialpakt Hochschule ein. Dieser muss über eine angemessene  
2650 Studienfinanzierung hinausgehen und auch langfristig finanzierbaren  
2651 studentischen Wohnraum und günstige Preise in der Essensversorgung der  
2652 Mensen absichern. Hierzu wollen wir in Thüringen die Finanzierung des  
2653 Studierendenwerks – analog zu den Hochschulen – langfristig sichern und  
2654 jährlich erhöhen.
- 2655 • Wir werden die Blaupause der Hochschulsozialarbeit an der Hochschule  
2656 Nordhausen auf alle Thüringer Hochschulen ausweiten.
- 2657 • Für uns ist ausgezeichnete Lehre zentraler Baustein einer zukunfts- und  
2658 studierendenorientierten Hochschule. Wir setzen uns daher für eine  
2659 Aufwertung der Lehre an den Thüringer Hochschulen, umfassende technische  
2660 und didaktische Unterstützung für Lehrveranstaltungen und für eine  
2661 Qualitätssicherung unter maßgeblicher Beteiligung der Studierenden ein.
- 2662 • Unsere Hochschulen als Ideenentwickler und Impulsgeber: Für uns  
2663 Sozialdemokraten kommt den Hochschulen eine wichtige Rolle in der  
2664 Gesellschaft zu: sie generieren neues Wissen, entwickeln originelle Ideen  
2665 und geben Impulse weit über den akademischen Kontext hinaus. In dieser  
2666 Rolle werden wir die Hochschulen stärken, ihre Vernetzung mit  
2667 (insbesondere der kommunalen) Politik, Wirtschaft und Gesellschaft  
2668 unterstützen.
- 2669 • Unsere Hochschulen als „Problemlöser“: Es sind die Hochschulen, an denen  
2670

künftige Fach- und Führungskräfte die Kompetenzen erwerben, die sie für die Bewältigung zukünftiger Herausforderungen benötigen. Wir stärken die Hochschulen darin, das Studienangebot so zu gestalten, dass die Studierenden für Zukunftsaufgaben qualifiziert werden und in ihrem späteren beruflichen Umfeld wie auch als aktive Mitglieder der Gesellschaft einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten können.

- Unsere Hochschulen international: Die Thüringer Hochschulen sind international ausgerichtet und eingebunden. Als weltoffene Bildungseinrichtungen sorgen sie für die Gewinnung, Integration und Bindung internationaler Studierender, Lehrender und Forschender. Dazu gehört, dass die Hochschulen internationale Studierende frühzeitig über Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region informieren und – gemeinsam mit den Kommunen und der Wirtschaft – beim Übergang in den regionalen Arbeitsmarkt begleiten. Entsprechende Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen an den Hochschulen unterstützen wir. Zugleich sehen wir die Hochschulen bei ihren internationalen Aktivitäten, gerade auch bei der Zusammenarbeit mit Partnern in autokratischen Staaten, grundlegenden demokratischen Werten und der Wissenschaftsfreiheit verpflichtet. Wir bestärken sie darin, Impulse für globalen gesellschaftlichen Fortschritt zu geben.
- Um Studierende von den Vorteilen eines Studiums in Thüringen zu überzeugen, werden wir die Standortvorteile sowie die besten Betreuungsverhältnisse oder die überdurchschnittliche Zahl von Wohnheimplätzen pro Studierenden nachhaltig sichern und bewerben.
- Duales Hochschulstudium: Wir setzen auch weiter auf die erfolgreiche Zusammenarbeit der Dualen Hochschule mit den Unternehmen in der Region, um Fachkräfte in und für Thüringen auszubilden. Wir werden das duale Hochschulstudium durch Kooperationen der Dualen Hochschule mit den Fachhochschulen auch im Masterbereich ausbauen.
- Gute Schule verlangt bestens qualifizierte Lehrkräfte. Daher werden wir die Hochschulen bei der Weiterentwicklung der Lehrerbildung auch künftig unterstützen. Schwerpunkte sehen wir in spezifischen Lehrangeboten vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern und der Mathematik. Auch bei der Entwicklung von Kompetenzen im Umgang mit heterogenen Schülergruppen und bei der Medienbildung bedarf es neuer Ansätze.
- Wir werden durch neue Instrumente des Zusammenwirkens von Hochschulen, Gründungsinteressierten und einer professionellen Beratungsstruktur die Voraussetzungen schaffen, dass Ausgründungen aus Hochschulen schneller erfolgen können.



- 2709 • Hochschulfinanzierung: Auch in Zukunft werden wir die Grundfinanzierung  
2710 der Hochschulen auf hohem Niveau bis mindestens 2030 fortschreiben und  
2711 sichern, indem wir den Empfehlungen des Wissenschaftsrates weiter folgen  
2712 und den Hochschulen jährlich die wissenschaftsspezifischen  
2713 Kostensteigerungen plus 1 % als Aufwuchs garantieren. Das in Thüringen  
2714 bewährte Modell der langfristigen Finanzierungssicherheit durch  
2715 Rahmenvereinbarungen zwischen Landesregierung und Hochschulen setzen wir  
2716 fort.
- 2717 • Um auch die wissenschaftliche Recherchearbeit auf den aktuellen Stand zu  
2718 bringen, werden wir für den Lizenzerwerb digitaler Literatur mehr Mittel  
2719 zur Verfügung stellen. Dies gilt ebenso für die Anschaffung zeitgemäßere  
2720 Mediengeräte sowie Programme als auch für die entsprechende Schulung des  
2721 Personals.
- 2722 • Die FSU Jena hat in den vergangenen Jahren bereits erfolgreich einen  
2723 Exzellenzcluster eingeworben. Dies ist ein Beleg für die hervorragende und  
2724 hoch kompetitive Forschungsqualität, die den Thüringer  
2725 Wissenschaftsstandort international sichtbar macht sowie weitere  
2726 Spitzenforschung und -wissenschaftler nach sich ziehen wird. Auf dieser  
2727 Grundlage unterstützen wir exzellente Thüringer Hochschulen dabei, weitere  
2728 Exzellenzcluster und gezielt großformatige Drittmittelprojekte bei der  
2729 DFG, beim BMBF und bei der EU einzuwerben, um den Forschungsstandort  
2730 Thüringen aufzuwerten.
- 2731 • Als wichtige Arbeitgeber in diesem Land werden wir die Thüringer  
2732 Hochschulen dabei unterstützen, auch in der Zukunft attraktiv für die  
2733 Fachkräfte von morgen zu sein: für den wissenschaftlichen Nachwuchs,  
2734 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und nichtwissenschaftliches  
2735 Personal. Deshalb wollen wir das Prinzip „Gute Arbeit“ in den Hochschulen  
2736 weiter umsetzen. Dazu gehört, dass Daueraufgaben grundsätzlich von  
2737 Dauerbeschäftigten erledigt werden.
- 2738 • Wissenschaftlichen Nachwuchs unterstützen: Wir wollen in Bund und Land  
2739 durch geeignete Maßnahmen die Planbarkeit von wissenschaftlichen Karrieren  
2740 erhöhen. Dazu gehört, dass die Zahl der Professuren moderat erhöht, mehr  
2741 Professuren als Tenure-Track-Professuren ausgeschrieben und  
2742 Qualifikationsstellen mit Stellenanteilen von mindestens 2/3 und einer  
2743 angemessenen Vertragslaufzeit besetzt werden. Die Thüringer  
2744 Graduiertenförderung werden wir entsprechend dahingehend weiterentwickeln,  
2745 dass Stipendiat:innen volle Stellen als wissenschaftliche  
2746 Mitarbeiter:innen nach TV-L erhalten. Gemeinsam mit den Betroffenen und  
2747 den Hochschulen werden wir prüfen, ob wir im Rahmen der zur Verfügung  
2748 stehenden Stellen neue Karriereziele neben der Professur einführen können.  
2749 Ziel soll es sein, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine  
2750

- 2751 alternative Perspektive für eine Dauerbeschäftigung mit Schwerpunkt in der  
2752 selbstständigen Lehre zu geben – ohne sie hierauf zu beschränken. Darüber  
2753 hinaus bedarf es an den Hochschulen einer noch besseren Betreuung,  
Beratung und Unterstützung der Nachwuchskräfte.
- 2754 • Gleichstellung verwirklichen: Wir werden weiter darauf hinwirken, den  
2755 Frauenanteil in der Professorenschaft und in den Hochschulleitungen an den  
2756 Thüringer Hochschulen zu erhöhen. Dafür bedarf es verbindlicher  
2757 Zielkorridore.
- 2758 • Wir unterstützen das Universitätsklinikum Jena als einzigen  
2759 Supramaximalversorger Thüringens und Ort der Spitzenmedizin, Forschungs-  
2760 und Ausbildungsstätte des medizinischen Nachwuchses in Thüringen. Auch für  
2761 das UKJ wollen wir in Zukunft weiter jährlich die  
2762 wissenschaftsspezifischen Kostensteigerungen plus 1 % Strategiebudget als  
2763 Aufwuchs garantieren. Die weitere bauliche Entwicklung in Jena  
2764 unterstützen wir mit einem dritten Bauabschnitt. Dadurch verbessern wir  
2765 die Krankenversorgung, insbesondere in der Notfallmedizin und sorgen für  
2766 bessere Bedingungen für Studierende, Lehrende und Forschende.
- 2767 • Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die besonderen  
2768 Systemaufgaben der Universitätsklinik (Koordinierung, Vernetzung mit den  
2769 Krankenhäusern im ländlichen Raum, Krisen- und Pandemievorsorge,  
2770 Behandlungen von seltenen Krankheiten) im Rahmen der  
2771 Krankenhausfinanzierung besser abgebildet werden. Für das Pflegepersonal  
2772 wollen wir, dass die Arbeitszeit zwischen Ost- und West auch in den  
2773 Universitätsklinik endlich angeglichen wird.
- 2774 • Wir unterstützen den Aufbau des Zentrums für Psychische Gesundheit als  
2775 achttes Deutsches Zentrum für Gesundheitsforschung (DZG).
- 2776 • Die Digitalisierungsstrategie für den Thüringer Hochschulbereich soll 2025  
2777 fortgeschrieben werden, um die vielfältigen Möglichkeiten der digitalen  
2778 Transformation gewinnbringend in Forschung, Lehre und Verwaltung zur  
2779 Geltung zu bringen. Die Digitalisierung vereinfacht hochschulübergreifende  
2780 und landesweite Kooperationen – diese werden wir fördern.
- 2781 • Wir wollen – auch über geeignete bundespolitische Initiativen – die  
2782 Einreise-, Aufenthalts- und Melderegularien für internationale Studierende  
2783 und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vereinfachen. Als Teil einer  
2784 umfassenden Willkommenskultur setzen wir uns dafür ein, dass in den  
2785 Behörden englischsprachige Ansprechpersonen zur Verfügung stehen. Darüber  
2786 hinaus wollen wir, dass Absolventen und Promovierte durch eine Reform des  
2787 Aufenthaltsrecht mehr Zeit bekommen, nach dem jeweiligen Abschluss eine  
2788 Berufstätigkeit oder den nächsten akademischen Qualifizierungsschritt in

2789 Angriff zu nehmen.

2790 • Die anwendungsbezogene Forschung an Fachhochschulen möchten wir stärken,  
2791 ohne diese zu kleinen Universitäten zu entwickeln. Forschungsstarke  
2792 Bereiche oder hochschulübergreifende Verbünde sollen daher das  
2793 Promotionsrecht erhalten, wenn sie hohe Qualitätsstandards gewährleisten.  
2794 Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin dafür ein, kooperative Promotionen  
2795 auszubauen und dafür günstige Bedingungen zu gewährleisten.

2796 • Neben notwendigen Neubauvorhaben wird die Erhaltung der bestehenden  
2797 Gebäude der Hochschulen und ihre energetische Sanierung zu einer großen  
2798 Herausforderung in den nächsten Jahren. Deshalb wollen wir ein  
2799 systematisches Sanierungsprogramm bis 2030 erarbeiten und schrittweise  
2800 umsetzen. Für die Hochschulen, das Studentenwerk, das Universitätsklinikum  
2801 und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird das Land die  
2802 notwendigen Flächen sichern und kostenlos bzw. über ein Erbbaurecht mit  
2803 symbolischer Vergütung zur Verfügung stellen.

2804 • Wir werden die Wissenschaftskommunikation in den kommenden Jahren stärken.  
2805 Hierzu wollen wir eine Richtlinie "Science for Society" aufsetzen, mit der  
2806 Thüringer Wissenschaftsakteur:innen Projekte zur Kommunikation und  
2807 Vermittlung ihrer Forschung und ihrer Erkenntnisse an die breite und die  
2808 interessierte Öffentlichkeit umsetzen können.

## 2809 5.4 Außeruniversitäre Forschung

2810 Thüringen verfügt über leistungsfähige und profilierte Hochschulen. Diese werden  
2811 über eine vielfältige und lebendige Landschaft an außeruniversitären  
2812 Forschungseinrichtungen komplementiert, die sich durch einen hohen Vernetzungs-  
2813 und Kooperationsgrad miteinander auszeichnen und die Innovationslandschaft in  
2814 Thüringen ausmachen.

2815 Neben den von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Forschungsinstituten der  
2816 Fraunhofer-Gesellschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft,  
2817 der Helmholtz-Gemeinschaft, gehören auch vier durch das Land finanzierte  
2818 Forschungsinstitute sowie acht wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen mit  
2819 spezialisierten Schwerpunktsetzungen. Hier wird von der Grundlagenforschung bis  
2820 zur anwendungsorientierten Forschung Zukunft gemacht.

2821 Das werden wir tun:

2822 • Auch in Zukunft werden wir die Grundfinanzierung der Bund-Länder  
2823 finanzierten Forschungseinrichtungen gemeinsam mit dem Bund bis zum Jahr  
2824 2030 sicherstellen. Vergleichbar dem „Pakt für Forschung und Innovation“

- 2825 für die von Bund und Land finanzierten Einrichtungen, mit verlässlichen  
2826 jährlichen Steigerungsraten und fester Laufzeit, werden wir für die  
2827 Landesforschungseinrichtungen einen vergleichbaren Pakt auf Landesebene  
2828 schaffen.
- 2829 • Im Rahmen der gemeinsamen Förderung von Wissenschaft und Forschung belegt  
2830 Thüringen in Bezug auf seine Bundesfinanzierungsquote (61 %; Basisjahr:  
2831 2019; aktuellster Wert aus GWK) den vorletzten Rang aller Bundesländer.  
2832 Unser Ziel muss es deshalb sein, die Nettoflüsse der  
2833 Wissenschaftsfinanzierung nach Thüringen zu verbessern. Das kann gelingen  
2834 durch die Teilnahme an entsprechenden Formaten der Bund-Länder-Förderung  
2835 (z.B. im Rahmen der Exzellenzstrategie, Neugründungsinitiativen und  
2836 Erweiterungen bestehender Einrichtungen) und über die aktive Bewerbung  
2837 Thüringens bei Ansiedlungen bzw. dem Aufbau von Forschungseinrichtungen.
- 2838 • Wir wollen die vier Landeseinrichtungen entsprechend ihres jeweiligen  
2839 extern begutachteten Entwicklungsstands gezielt weiter profilieren, um  
2840 ihre Aussichten auf die Aufnahme in eine bundesweit tätige  
2841 Forschungsträgerorganisation erhöhen. Hierfür wollen wir wenn nötig auch  
2842 zusätzliche Investitionsmittel bereitstellen.
- 2843 • Dort, wo von Bund und Ländern finanzierte Forschungseinrichtungen wachsen  
2844 und an Bedeutung gewinnen, wird das Land die notwendigen Ko-  
2845 Finanzierungsmittel für Ausstattung und Bauvorhaben zur Verfügung stellen.
- 2846 • Damit aus den Investitionen in Forschung und Innovationen ein  
2847 langfristiges Wirtschaftswachstum wird, bedarf es des Wissenstransfers in  
2848 Unternehmen oder Ausgründungen. Hierfür wollen wir Vernetzung der  
2849 Forschungseinrichtungen mit der regionalen Wirtschaft und den Hochschulen  
2850 sowie das Gründungsgeschehen verbessern.
- 2851 • Wir werden den innovationspolitischen Schwerpunkten der RIS Thüringen  
2852 folgen und bereits etablierte Thüringer Stärken wie Quantentechnologien,  
2853 hier speziell in der Quantenphotonik, alternative regenerative  
2854 Speichertechnologien in der Polymerforschung, den Wasserstofftechnologien,  
2855 der nächsten Generation in der Batterieforschung, Initiativen im  
2856 Nachhaltigen Bauen und Ressourcenmanagement besonders unterstützen.
- 2857 • Wir werden die bestehenden Förderinstrumente des Landes zur Unterstützung  
2858 von innovativen Gründungen neu sortieren und besser aufeinander abstimmen.
- 2859 • Wir werden Instrumente für einen unbürokratischen und niedrighschwelligen  
2860 Zugang für Startups und KMUs zu den Forschungsinfrastrukturen im Dialog mit  
2861 den Einrichtungen im Freistaat erarbeiten.

## 5.5 Lebenslanges Lernen

Lernen hört nicht nach der Schule auf. Neben frühkindlicher Bildung, dem Schulwesen und den Hochschulen muss auch die Erwachsenenbildung als vierte Säule unseres Bildungssystems gestärkt werden. Lebenslanges Lernen ist für uns das verbindende Element, das von der Kindheit an bis ins hohe Alter eine aktive Teilhabe ermöglicht.

Das werden wir tun:

- Jeder Mensch soll aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Deshalb setzen wir uns auch künftig dafür ein, dass Bildungsveranstaltungen für Grundbildung flächendeckend und in barrierefreier Form im Freistaat angeboten werden. Hierzu werden wir die Initiativen für Alphabetisierung in Thüringen fortsetzen und wollen sie weiter verstärken.
- Das Nachholen von Schulabschlüssen bleibt gebührenfrei. Verpasste Chancen dürfen kein lebenslanges Hindernis darstellen.
- Die Erwachsenenbildung muss sich für neue Lernformen und -bereiche öffnen. Aus diesem Grund werden wir die kommunalen und freien Träger der Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen und anderen Einrichtungen auch künftig angemessen unterstützen.
- Teilhabe an Bildung ist Ausdruck von Lebensqualität und Lebensfreude auch im fortgeschrittenen Lebensalter. Wir werden die Entwicklung und den Ausbau von spezifischen Bildungsangeboten für ältere Menschen voranbringen.

## 6. Soziale Umwelt- und Klimapolitik

Die Klimakrise ist eine Generationenaufgabe und schreitet mit immer spürbaren Folgen voran. Wir tragen nicht nur Verantwortung für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Nur durch wirksamen und ambitionierten Klimaschutz können wir die natürlichen Lebensgrundlagen und unseren Wohlstand bewahren. Die dafür nötigen Veränderungen sehen wir als Chance. Wir werden den Wandel politisch gestalten und dafür sorgen, dass es dabei sozial und solidarisch zugeht. Klimaschutz darf nicht zur neuen sozialen Frage werden!

Die SPD Thüringen bekennt sich zu den Klimazielen von Paris, zum Atomausstieg, zum Kohlekompromiss und zu den Zielen des Bundes- und des Landesklimagesetzes. Thüringen muss seinen gerechten Beitrag zur Begrenzung der Globalen Erwärmung auf maximal 2°C, besser sogar auf 1,5°C, über dem vorindustriellen Niveau

2897 leisten.

2898 Die Grundlage für den Klimaschutz ist eine konsequente Umstellung auf eine  
2899 regenerative Energieversorgung.

2900 Die Energiewende ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für deren  
2901 Gelingen es eine gut koordinierte Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und  
2902 Kommunen und die Einbeziehung der Bürger:innen vor Ort braucht.

2903 Unsere Energiepolitik folgt der Logik, dass möglichst viel Energie dort erzeugt  
2904 wird, wo sie auch benötigt und verbraucht wird: regional, dezentral und  
2905 erneuerbar. Das bringt neue Wertschöpfungsmöglichkeiten und Entwicklungschancen,  
2906 z. B. durch die Nutzung virtueller Kraftwerke, insbesondere für den ländlichen  
2907 Raum.

2908 Wir wollen eine ökologische Industrie- und Wirtschaftspolitik, die nachhaltiges  
2909 Wachstum schafft, Arbeitsplätze sichert, Energie sparsam und effizient einsetzt  
2910 und sich unabhängig macht von Rohstoffen wie Kohle, Uran, Öl und Gas. Dabei  
2911 setzen wir auf deutsche Ingenieurskunst und technologische Innovationen, damit  
2912 Thüringen auch im Jahr 2050 noch ein wettbewerbsfähiger Standort in der Welt  
2913 ist.

## 2914 **6.1 Energie für Thüringen: günstig, sicher, nachhaltig**

2915 Wir stehen für die sozial gerechte Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien  
2916 in Thüringen, die Stärkung regionaler Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit im  
2917 Einklang mit unseren sozialen Werten und die entschlossene Reduzierung der  
2918 negativen Auswirkungen der Energieversorgung auf die Umwelt, unter  
2919 Berücksichtigung sozialer Belange.

2920 Wir setzen uns mit Leidenschaft dafür ein, einen sachlichen Dialog zu  
2921 ermöglichen, der sich gegen eine Diskussionskultur wendet, die faktenlos und  
2922 populistisch ist.

2923 Für uns ist dabei klar, dass die notwendigen Entscheidungen für alle Menschen  
2924 sozial verträglich sein müssen. Dabei sind Menschen mit niedrigen und mittleren  
2925 Einkommen besonders aktiv durch die Einführung eines sozialen Klimageldes auf  
2926 Bundesebene und durch die Stärkung der öffentlichen Versorgungsinfrastruktur und  
2927 Förderungen dauerhaft zu entlasten.

2928 Das werden wir tun:

- 2929 • Wesentlicher Faktor für die erfolgreiche Transformation wird die  
2930 Verfügbarkeit erneuerbarer Energien aus Wind, Sonne, Biomasse,

- 2931 Umweltwärme, Wasserkraft und Geothermie sein. Wir werden uns für einen  
2932 schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzen, insbesondere auch  
2933 in der Nähe der energieintensiven Industriebetriebe.
- 2934 • Wir werden das Thüringer Klimagesetz novellieren und für den Freistaat das  
2935 Ziel der Treibhausgasneutralität mit konkreten Minderungsschritten  
2936 konkretisieren. Entsprechend passen wir die Minderungsziele an und  
2937 etablieren langfristig ein jährliches THG-Budget.
- 2938 • Um unvermeidbare Emissionen auszugleichen und der Atmosphäre langfristig  
2939 Treibhausgase zu entziehen, werden wir zudem die Potenziale natürlicher  
2940 Kohlenstoffsenken in Form klimarobuster Wälder, wiedervernässter Moore und  
2941 humusreicher Böden künftig ausbauen und die Möglichkeiten zur technischen  
2942 Kohlenstoffabscheidung (sogenannte CSS-Technologien) kritisch prüfen.
- 2943 • Wir werden die Einstellung von Klimaschutz- und Energiemanager:innen und  
2944 die Erstellung und Umsetzung entsprechender Konzepte in den Kommunen  
2945 weiterhin finanziell fördern.
- 2946 • Den Kommunen kommt eine zentrale Rolle bei der Energiewende hinzu. Wir  
2947 werden die damit verbunden neuen Aufgaben im kommunalen Finanzausgleich  
2948 berücksichtigen und die Kommunalaufsichten für diese Aufgaben  
2949 qualifizieren. Die Energieagentur des Landes Thüringen ThEGA werden wir  
2950 stärken, um die Beratung insbesondere von Kommunen bei den Themen  
2951 Energieerzeugung, -verteilung und -speicherung zu erweitern. Die Grundlage  
2952 für den Klimaschutz ist eine konsequente Umstellung auf eine effizientere  
2953 regenerative Energieversorgung und eine nachhaltige Landwirtschaft.
- 2954 • Die Möglichkeiten auszubauen, um die Bürger:innenbeteiligung direkt vor  
2955 Ort weiter zu stärken. Die Energieversorgung der Zukunft baut auf flexible  
2956 Erzeugung, Verbrauchs- und Speicherstrukturen auf. Der Strommarkt soll  
2957 hierfür weiter dezentralisiert werden.
- 2958 • Klimawandel und Biodiversitätsverlust wollen wir stärker im  
2959 Schulunterricht verankern. Ein wichtiger Schritt für die zielgerichtete  
2960 Vermittlung ist im Rahmen einer Landesstrategie Bildung für nachhaltige  
2961 Entwicklung (BNE) darzustellen.
- 2962 • Wir bekennen uns zu den Thüringer Stadtwerken als tragende Säule der  
2963 Energiewende. Deshalb wollen wir die Kommunen und ihre Stadtwerke bei  
2964 ihrer Nah- und Fernwärmeversorgung besser unterstützen. Dabei werden wir  
2965 insbesondere die erfassten Nutzungspotenziale durch den Einsatz neuer  
2966 Fernwärmequellen aus erneuerbaren Energien (Geothermie, Solarthermie,  
2967 Groß-Wärmepumpen, Bioenergie, etc.) konkret heben. Durch verstärkte  
2968

- 2969 Kooperation, zielgerichteter Förderung und der weiteren Steigerung der  
2970 Effizienz wird die Wärmeversorgung langfristig gesichert bleiben.
- 2970 • Wir werden unsere Versorgungspartner vor Ort dabei unterstützen,  
2971 Fachkräfte zu gewinnen und mit attraktiven Arbeitsbedingungen zu halten.  
2972 Gerade für die Planungs- und Installationsarbeiten der nächsten Jahre  
2973 brauchen wir attraktive Angebote für hochspezialisierte Fachkräfte. Das  
2974 betrifft sowohl die beteiligten Behörden als auch die Unternehmen.
- 2975 • Der Zusammenschluss von Bürger:innen zu Genossenschaften macht es auch für  
2976 diejenigen möglich, zu Energieproduzenten zu werden, welche nicht über  
2977 eigene Nutzflächen verfügen. Die Unterstützung beim Aufbau von  
2978 Energiegenossenschaften ist daher ein wichtiges Anliegen, um beim Ausbau  
2979 der Energieerzeugung und -speicherung direkte Beteiligungsmöglichkeiten zu  
2980 schaffen.
- 2981 • Tiefengeothermie kann einen bedeutenden Beitrag zur Wärmeversorgung der  
2982 Zukunft leisten. Wir werden daher eine Potenzialanalyse zur  
2983 Tiefengeothermie in Thüringen erstellen sowie Förderprogramme und  
2984 Absicherungsinstrumente entwickeln. Diese Aktivitäten verzahnen wir eng  
2985 mit der kommunalen Wärmeplanung.
- 2986 • Wir werden einen revolvierenden Fonds namens "Eigenkapital energetische  
2987 Gebäudesanierung" einrichten und mit 50 Millionen Euro ausstatten. Aus  
2988 diesem Fonds wollen wir Haushalten mit niedrigem Einkommen und geringem  
2989 Eigenkapital den Zugang zu günstigen Zuschüssen und Darlehen für die  
2990 Gebäudesanierung ermöglichen. Diese sollen durch die eingesparten  
2991 Betriebskosten der Haushalte zurückgezahlt werden. Die gestreckte  
2992 Rückzahlung stellt sicher, dass auch in Zukunft entsprechende Mittel für  
2993 die Finanzierung weiterer Maßnahmen verfügbar sind. Um eine möglichst  
2994 kompakte und bürokratiearme Bereitstellung zu gewährleisten, werden wir  
2995 die bewährten Haushalts-Jahresbrutto-Einkommensgrenzen der Länder,  
2996 beispielsweise gemäß § 10 ThürWoFG, als Bemessungsgrundlage verwenden.
- 2997 • Mit einem Thüringer Solarausbaugesetz schaffen wir eine technologieoffene  
2998 Grundlage für den vielschichtigen und breiten Einsatz der Solarenergie im  
2999 Freistaat. Wir werden die Nutzung der Solarenergie voranbringen und das  
3000 SolarInvest-Programm u.a. durch eine gezieltere Förderung von  
3001 Stromspeichern anpassen. Mit Hilfe eines Landesprogramms sollen mehr  
3002 Flächen für Photovoltaik, insbesondere auf Dächern und Fassaden und der  
3003 nicht konkurrierenden Zweitnutzung in der Landwirtschaft beispielsweise  
3004 durch Agri-PV erschlossen werden. Solarparks wollen wir, im Sinne einer  
3005 Bündelung von Infrastruktur, vorrangig entlang von Fernstraßen,  
3006 Bahnschienen und Stromtrassen errichten. Kommunen bestärken wir darin, mit  
3007 einer gezielten Konzentrationsplanung Flächen für den Ausbau der



3008 Photovoltaik auszuweisen.

3009 • Wir bekennen uns zum Ausbau der Windenergie in Thüringen als wichtigster  
3010 erneuerbarer Energiequelle. Sie ist essenziell, um den Energiebedarf  
3011 Thüringens vor Ort zu decken und die Energiewende nicht auf Kosten anderer  
3012 Bundesländer voranzutreiben. An den Bau neuer Anlagen setzen wir hohe  
3013 Standards für Umwelt- und Naturschutz und gestalten den Ausbau im Dialog  
3014 mit den Menschen vor Ort. Pauschale Verbote beispielsweise in Waldgebieten  
3015 lehnen wir ab. Im Sinne einer netzstabilen Versorgung auch von  
3016 energieintensiven Abnehmern wollen wir zugleich die regionalen  
3017 Wertschöpfungspotentiale in ganz Thüringen ausbauen.

3018 • Wir werden den Ausbau der Ökostromproduktion, insbesondere der  
3019 Windenergie, im Dialog mit den Menschen vor Ort vorantreiben. Dazu werden  
3020 wir die Arbeit der Regionalen Planungsgemeinschaften zur Ausweisung von  
3021 Windvorranggebieten transparenter gestalten. Wir werden dafür sorgen, dass  
3022 die Windvorranggebiete dort ausgewiesen werden, wo lokale  
3023 Industrieunternehmen profitieren, der zusätzliche Netzausbaubedarf gering  
3024 ist und die Auswirkungen auf Menschen und Umwelt klein sind.

3025 • Wir wollen das 2,2%-Flächenziel in Thüringen durch eine aktive  
3026 Konzentrationsplanung der Windvorrangflächen in ganz Thüringen erreichen.

3027 • Wir werden die Planungsverfahren für den Neubau und für das Repowering von  
3028 Windkraftanlagen vereinfachen und beschleunigen, um möglichst viele  
3029 bereits für die Windenergieerzeugung genutzte Standorte weaternutzen zu  
3030 können.

3031 • Wir werden dafür sorgen, dass die Kommunen und die Bürger:innen vor Ort  
3032 direkt von der Windenergieerzeugung profitieren und bspw. an den Gewinnen  
3033 aus der Windstromerzeugung beteiligt werden.

3034 • Wir werden einen Thüringer Aktionsplan Energieeffizienz mit dem Ziel, den  
3035 Gesamtenergieverbrauch massiv zu reduzieren, bis 2027 vorlegen.

3036 • Die Biomasse ist als grundlastfähige Energiequelle ein wesentlicher  
3037 Bestandteil einer erneuerbaren Energieversorgung. Dabei steht für uns die  
3038 Nutzung von Abfällen und Reststoffen im Vordergrund. Wir unterstützen die  
3039 Optimierung und Umrüstung auf einen flexiblen Betrieb sowie die  
3040 Integration in die Gas- und Wärmenetze. Im Bereich der Abwasserentsorgung  
3041 werden wir die Klärgasgewinnung stärken.

3042 • Wir wollen Thüringen zum Stromspeicherland ausbauen. Dafür müssen wir  
3043 Know-how bündeln und Lücken in der Wertschöpfungskette schließen. Speicher

sind dabei für uns dabei nicht nur Batterien: Auch die an die Verfügbarkeit von grünem Strom angepasste Produktion von Betriebsstoffen und Rohprodukten „auf Lager“ kann einen spürbaren Beitrag zur Dekarbonisierung leisten.

- Um auch in Hochlastzeiten und während Dunkelflauten den Energiebedarf Thüringens jederzeit eigenständig decken zu können, werden wir die Entwicklung von Batterie- und Speichertechnologien vorantreiben. Pumpspeicherwerke sind als netzdienlicher Speicher von Strom wichtige Bestandteile einer sicheren Energieversorgung.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in Thüringen Erzeugungskapazitäten für grünen Wasserstoff entstehen. Die innovative Thüringer Wasserstoffforschung u.a. am Erfurter Kreuz und in Sonneberg werden wir auch weiterhin unterstützen. Außerdem wollen wir Erfurt zu einem H2-Mobilitätshub ausbauen. Unser Ziel ist es, dass Thüringen seine zentrale Lage in Europa nutzt und an der gesamten Wasserstoffwertschöpfungskette teilhat. Daher werden wir die Thüringer Allianz für Wasserstoff fortführen und bedarfsgerecht weiterentwickeln.
- Der Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffinfrastruktur stellt für uns eine der wichtigsten industriepolitischen Weichenstellungen für Thüringen dar. Wir werden den Anschluss an das nationale Wasserstoffkernnetz einfordern und regionale Verteilnetze unterstützen.
- Wir unterstützen Vorhaben, die die Direktlieferung der erneuerbaren Energien von den standortnahen Erzeugungsanlagen zu den lokalen industriellen Großabnehmern zum Ziel haben. Beispielsweise werden wir dafür sorgen, dass in diesen Fällen Grundstücke und Dachflächen im Landeseigentum ohne Ausschreibung zu einem marktgerechten Preis an lokale Projekte verpachtet werden können. Auf diese Weise sorgen wir dafür, dass lokale Unternehmen mit günstigem Strom aus erneuerbaren Energiequellen versorgt werden und größere Teile der Wertschöpfung in Thüringen verbleiben.
- Die Beratungsangebote der Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur werden wir ebenso ausbauen wie Netzwerke zum Erfahrungsaustausch. KMUs sollen zu den Themen Energieeffizienz und -produktivität beraten werden. Zuschuss- und Darlehensprogramme wie GreenInvest sollen bei der Modernisierung von Produktionsprozessen und -gebäuden unterstützen.
- Damit bestehender Wohnraum auch in Zukunft für alle Einkommensgruppen bezahlbar mit Wärme versorgt werden kann, brauchen wir weniger Verpflichtung und mehr Ermöglichung. Deshalb wollen wir die Optimierung der Wärmeversorgung gezielt fördern. Wir setzen uns daher für einen

Heizungstauschbonus für Haushalte mit niedrigem Einkommen ein.

- Wir werden das Beratungsangebot des Stromsparcheck als Beratungs- und Unterstützungsangebot für Haushalte mit niedrigem Einkommen thüringenweit verstetigen.
- Wir halten an der Forderung der Bundesländer und der Sozialpartner zur Einführung eines zeitlich begrenzten Brückenstrompreises fest. Hierdurch sollen energieintensive Unternehmen bei der Energiewende unterstützt werden und die Verbraucher eine Entlastung erfahren.

## 6.2 Thüringens Natur erhalten

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Form von Klima, Umwelt und Natur sind ein Kernziel der SPD Thüringen. Für uns sind soziale Gerechtigkeit, ökonomische Stabilität und ökologische Nachhaltigkeit keine Gegensätze, sondern ein zusammengehörender Dreiklang. Durch konsequenten Klima- und Umweltschutz beugen wir zukünftigen Krisen vor und schützen so gerade die sozial Schwächsten – in Thüringen und weltweit.

Wir unterstützen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und werden gemeinsam mit Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen Thüringer Beitrag zur Umsetzung der 17 Ziele für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030) fördern und insbesondere durch Bildungsangebote und Projekte in Thüringen verankern.

Wir stehen auch in Zukunft für die Bewahrung der vielfältigen und einmaligen Landschaften in Thüringen, für saubere Luft, reines Wasser und gesunde Böden.

Das werden wir tun:

- Wir werden die EU-Biodiversitätsstrategie und der Aktionsplan Insektenschutz aktiv mit Maßnahmen untersetzen, um den weiteren Verlust von Arten und Lebensräumen auch in der Kulturlandschaft mit konkretem Handeln zu begegnen.
- Unsere Landschaften, die in Deutschland zu den Zentren der Arten- und Lebensraumvielfalt zählen, wie zum Beispiel die Gipskarstlandschaft im Südharz, müssen wir nachhaltig schützen und für zukünftige Generationen bewahren. Der Ausstieg aus dem Naturgipsabbau muss das Hauptziel im Südharz bleiben, um diese einmaligen Landschaften zu erhalten. Diese Naturräume bilden die Grundlage, um nachhaltigen, schonenden Tourismus zur Wertschöpfung in der Region weiter aufzubauen, zu fördern und zu erhalten.

- 3117 • Die Naturschutzförderung in Thüringen muss dahin verbessert werden, dass  
3118 Landwirte für die ökologische Leistung kostendeckend entlohnt werden. Nur  
3119 mit attraktiven Prämien zur Sicherung von gesellschaftlichen  
3120 Zielstellungen für sauberes Wasser, gesunde Böden und Reichtum der Natur  
3121 können Landwirte und Flächeneigentümer für diese Aufgabe gewonnen werden.
  
- 3122 • Um unsere selbst gesteckten Naturschutzziele zu erreichen, werden wir die  
3123 unteren Naturschutzbehörden, die Naturschutzverbände und die NATURA 2000  
3124 Stationen noch besser als Kompetenznetzwerk wirken lassen. Ein Schwerpunkt  
3125 sollen dabei z. B. in Zusammenarbeit mit den  
3126 Gewässerunterhaltungsverbänden und den Forstämtern konkrete in der Fläche  
3127 wirksame Arten- und Biotopschutzmaßnahmen sein. Für uns ist der Erhalt von  
3128 arten- und lebensraumreichen Kulturlandschaften am besten mit den Menschen  
3129 zu schaffen. Mit dem Konzept „Erhalt durch Nutzung“ wollen wir bei  
3130 Naturschutz und Landwirtschaft praktikabel Lösungen finden.
  
- 3131 • Der Nationalpark und UNESCO Weltnaturerbe Hainich hat einen  
3132 außergewöhnlichen Wert für Thüringen. Wir setzen uns dafür ein, diesen  
3133 einzigartigen Buchenwald zu schützen und den Nationalpark als regionalen  
3134 Ankerpunkt für Naturschutz, Tourismus und Bildung für nachhaltige  
3135 Entwicklung weiterzuentwickeln.
  
- 3136 • Wir lehnen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen nicht  
3137 grundsätzlich ab. Die Landwirtschaft muss auf die Folgen der sich  
3138 veränderten Klimabedingungen reagieren, um den Ertrag der heimischen  
3139 Produktion zu erhalten. Ausbleibender Niederschlag im Frühjahr und  
3140 Starkregenereignisse in den Sommer- und Frühherbstmonaten stellen neue  
3141 Anforderungen an Pflanzen, Kulturen und Landwirte. Durch neue Technologien  
3142 wie CRISPR/CAS verfügt „grüne  
3143 Gentechnik“ über die Chance, ein wichtiger Faktor für die Zukunft der  
3144 Landwirtschaft in Thüringen zu werden. Chancen und Nutzen werden wir  
3145 sorgfältig abwägen.
  
- 3146 • Um auch zukünftig angepasste Nutz- und Kulturpflanzen aus Thüringen  
3147 anbauen zu können, braucht es den Ausbau der Sortenforschung, der  
3148 Erhaltungszucht und der anwendungsorientierten Etablierung der  
3149 Erkenntnisse.
  
- 3150 • Ein wichtiges Ziel bleibt für uns die Reduzierung der Salzbelastung der  
3151 Werra.
  
- 3152 • Das Ziel einer Kreislaufwirtschaft in Thüringen steht für uns an erster  
3153 Stelle. Um der “Wegwerfgesellschaft” etwas entgegenzustellen, setzen wir  
3154 uns für ein regeneratives System ein, dass in der Lage ist Ressourcen in  
3155 den Kreislauf wiederaufzunehmen und im System (teilweise)

weiterzuverwenden. Eine umfangreiche Müllreduzierung, Wiederverwendung durch Recycling und eine neue Ingebrauchnahme durch Reparatur stehen hier im Fokus. Die SPD Thüringen verpflichtet sich gezielte Investitionen, insb. in die Entwicklung und den Transfer neuer Verfahren bzw. Prozesse, umzusetzen.

- Wir unterstützen das Bundesprogramm zur Vermeidung von Plastikmüll. Weniger bis gar keine Produktion von Einwegverpackungen muss unser Ziel sein. Dies ist nur ein Ansatz, um das Prinzip der Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Des Weiteren stehen wir für eine für alle verträgliche Abfallgebührensatzung und für das Solidarprinzip bei der Abwasserentsorgung.
- Wir forcieren den ökologischen und klimarobusten Waldumbau in Thüringen. Dem Verlust der heimischen Wälder durch den Klimawandel und Schädlingsbefall treten wir entschlossen entgegen. Daher legen wir spezielle Programme auf, um nicht nur ThüringenForst, sondern auch die privaten Waldbesitzer:innen und Kommunen zu unterstützen. Dabei soll auf Kalamitätsflächen sowohl die Wiederaufforstung, als auch insbesondere auf Staatswaldflächen die natürliche Wiederbewaldung berücksichtigt werden. Zur nachhaltigen Finanzierung der Aufforstung wollen wir die Erlöse aus Windkraftanlagen im Wald nutzen.
- Wir fördern strukturreiche Waldränder für einen naturnahen Übergang von Wald in Wiese und Feld mit Strauchgürteln und Krautsaum sowie die Wiederanlegung von Feldhecken als Rückzugsraum für viele bedrohte Tierarten.
- Wir begrenzen den Flächenverbrauch und werden eine Flächenkreislaufwirtschaft einführen. Hierzu erstellen wir einen Thüringer Masterplan Flächenverbrauch bis 2027, dem die Strategie eines Netto-Null-Flächenverbrauchs zu Grunde liegt. Die zunehmende Versiegelung führt nicht nur zum Verlust der Artenvielfalt und dem Ausstoß von Treibhausgasen durch den Verlust von Grünland, sondern vernichtet auch unwiederbringlich Böden für die landwirtschaftliche Nutzung. Wir müssen mit unseren Böden endlich verantwortungsvoll umgehen, denn Boden ist ein begrenztes Gut! Wir setzen uns für eine Kompensation von in Anspruch genommen Flächen ein, die eine effektive und langfristige ökologische Wirkung entfaltet. Dafür braucht es einen landesweiten Ausgleichspool.
- Wir werden insbesondere in ländlichen Regionen die Anreize und Förderungen für innerstädtische Siedlungsentwicklung z. B. in Form höherer Fördersätze für Abriss oder energetische Sanierung verbessern. Abriss und Sanierung in der Innenstadt muss Vorrang vor der Ausweisung neuer Wohngebiete haben.

- Die Ausgestaltung des Europäischen Landwirtschaftsfonds ELER für die flächenbezogenen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) wird sich daran orientieren, den Anteil des ökologischen Landbaus zu erweitern und extensive Bewirtschaftungsmaßnahmen insbesondere der Rinderhaltung, Weideprämien, Agroforstsysteme bis hin zur schonenden Landbewirtschaftung von Auen, Mooren und Feuchtgebieten fortzuführen bzw. neu zu etablieren.

## **7. Gesundheit und Pflege stärken**

Noch nie standen gesundheitspolitische Themen so sehr im Mittelpunkt wie seit Beginn der Corona-Pandemie. In den vergangenen Jahren haben sich bestehende Probleme weiter verschärft und gegenseitig verstärkt. Viele Fragen hängen direkt miteinander zusammen: allen voran eine gute Pflege, ein moderner öffentlicher Gesundheitsdienst, solide aufgestellte Krankenhäuser und eine vernetzte Versorgung.

Uns liegt eine landesweite qualitativ gute Gesundheitsversorgung am Herzen. Deshalb sollten alle Thüringer:innen eine Gesundheitsversorgung aus einer Hand bekommen können. Dazu bedarf es einer sukzessiven Reduktion der starren Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung. Das Fachpersonal in den Krankenhäusern, den ambulanten Angeboten und im Rettungsdienst muss unkompliziert zusammenarbeiten können, um den Genesungsprozess der Patienten bestmöglich zu fördern. Unser Ziel ist die bessere Zusammenarbeit und die Vernetzung aller Akteure im Gesundheitswesen. Wir werden lokale Gesundheitszentren in öffentlicher Trägerschaft fördern.

Wir haben in den letzten Jahren bereits Anreize geschaffen, damit sich junge Ärzte auf dem Land niederlassen und so die haus- und fachärztliche Grundversorgung sicherstellen. Außerdem haben wir die Studienplätze für Humanmedizin erhöht.

### **7.1 Krankenhäuser, Fachärzte und Notfallversorgung**

Die hohe Qualität der medizinischen Versorgung in Thüringen möchten wir flächendeckend erhalten. Der medizinische Fortschritt einerseits sowie der demografische Wandel (mehr Patienten, weniger Fachkräfte) andererseits machen es jedoch dringend erforderlich, dass sich insbesondere die Krankenhäuser strukturell weiterentwickeln. Alle Standorte werden auch in Zukunft benötigt, sie müssen sich jedoch spezialisieren und in einer Region stärker zusammenarbeiten - untereinander sowie mit den ambulanten Ärzten. Ein zentraler Bestandteil ist dabei die Reform der Notfallversorgung. Wenn sich Krankenhäuser spezialisieren, braucht es ein verlässliches und gut ausgebautes System an Rettungsmitteln, damit die Patienten an die Stelle gelangen, wo sie am besten versorgt werden.

3233 Das werden wir tun:

- 3234 • Mit Sorge sehen wir die zunehmenden Probleme einiger kommunaler Kliniken  
3235 in Thüringen. Die Corona-Pandemie hat überdies gezeigt, wie wichtig eine  
3236 flächendeckend stabile und hochwertige Versorgung ist. Wir schaffen ein  
3237 Programm zur Stärkung kommunaler Krankenhäuser. Gemeinsam mit den  
3238 kommunalen und landeseigenen Kliniken und den Trägern wird ein  
3239 regelmäßiger Runder Tisch angeregt, um Synergien und  
3240 Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Kliniken zu identifizieren. Damit  
3241 soll der strukturelle Nachteil kommunaler und landeseigener Kliniken  
3242 gegenüber großen, meist privaten Krankenhauskonzernen ausgeglichen werden.  
3243 Öffentliche Krankenhausinvestitionen werden wir prioritär in Abhängigkeit  
3244 von der Qualität der Einrichtung und der Tarifbindung der Mitarbeitenden  
3245 vornehmen.
- 3246 • Für die weitere Vernetzung und Kooperation der Kliniken werden ab 2022 pro  
3247 Jahr 500.000 Euro zur Verfügung gestellt. Dazu gehören beispielsweise  
3248 Einkaufsverbünde, telemedizinische Netzwerke, gemeinsame Personal- und  
3249 Weiterbildungsangebote, aber auch die Bildung gemeinsamer medizinischer  
3250 Zentren, um Kräfte und Personal zu bündeln und dadurch Leuchttürme von  
3251 Spitzenmedizin zu schaffen. Wir werden dazu in der Thüringer  
3252 Kommunalordnung und im Thüringer Krankenhausplan die nötigen  
3253 Voraussetzungen schaffen. Eine weitere Privatisierung kommunaler Kliniken  
3254 lehnen wir ab.
- 3255 • Wir werden in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt die Stelle  
3256 eines/einer Arztlotsin/Arztlotsen schaffen. Die regional vernetzten  
3257 Arztlotsinnen/Arztlotsen sollen die Übergabe von Praxen und die  
3258 Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten in ländlichen Gebieten frühzeitig  
3259 organisatorisch unterstützen, um eine nahtlose Versorgung zu  
3260 gewährleisten. In diesem Zusammenhang werden wir prüfen, welche  
3261 zusätzlichen Angebote durch die Kommunen geschaffen werden können (z.B.  
3262 zusätzliche Hilfe für Zweigpraxen, Gründung von kommunalen MVZ's) und  
3263 welche Aufgaben dabei die Arztlotsin/der Arztlotse übernehmen kann.
- 3264 • In einer Digitalstrategie legen wir einen Schwerpunkt auf die digitale  
3265 Infrastruktur und Vernetzung der Klinik. Wichtig ist, dass die Kliniken  
3266 digital interoperabel vernetzt werden und keine Insellösungen entstehen.  
3267 Wir machen uns stark für die Etablierung eines telemedizinischen  
3268 Herzinfarktnetzwerks. Die Thüringer Digitalagentur soll dazu mit weiteren  
3269 Experten eine Förderstrategie mit kurz- und mittelfristigem Maßnahmenplan  
3270 entwickeln.
- 3271 • Die Corona-Pandemie hat die Engpässe in der psychotherapeutischen  
3272 Versorgung insbesondere von Kindern und Jugendlichen noch einmal

3273 vergrößert. Nicht verarbeitete Belastungen zu Beginn des Lebens können  
3274 prägend sein für viele Jahre und sich auf die weitere Entwicklung sehr  
3275 nachteilig auswirken. Deshalb schließen wir uns der Forderung der  
3276 ostdeutschen Psychotherapeutenkammer an, flächendeckend in Schulen und  
3277 Kindergärten frühzeitig für mögliche Probleme zu sensibilisieren. Wir  
3278 werden niedrigschwellige Angebote und Hilfestellungen ausbauen, um eine  
3279 möglichst frühe Intervention zu gewährleisten. Dazu werden wir  
3280 sozialtherapeutischen Praxen sowie sozialpsychiatrische Dienste für  
3281 Kinder und Jugendliche schaffen.

- 3282 • Wir weiten die Möglichkeiten der Videosprechstunde aus. Wir fordern ein  
3283 erster Kontakt mit Kinder- und Jugendpsychotherapeut:innen sollte bereits  
3284 per Videosprechstunde möglich sein. So stehen Therapeut:innen aus ganz  
3285 Deutschland zur Verfügung.

- 3286 • Wir setzen uns für eine hohe Qualität und Versorgungssicherheit in der  
3287 Geburtshilfe ein. Dazu werden wir, die Versorgung besser aufeinander  
3288 abstimmen und eine gestufte Versorgung mit gut erreichbaren  
3289 Geburtsstationen schaffen. Die SPD setzt sich dazu folgende Ziele:

- 3290 • eine flächendeckende Erreichbarkeit von Geburtskliniken. Kleinere  
3291 Geburtskliniken sollten allerdings nur solche Entbindungen vornehmen, für  
3292 die sie ausgestattet sind. Daher ist eine enge Zusammenarbeit von  
3293 Geburtskliniken verschiedener Versorgungsstufen nötig. Die Vorhaltung  
3294 bedarfsnotwendiger Geburtskliniken ist sicherzustellen.

- 3295 • weitere Maßnahmen, um die hohe Kaiserschnittquote auf das medizinisch  
3296 notwendige Maß zu senken. Vor allem Kliniken mit geringerer Geburtenzahl  
3297 und weniger Personal haben oft höhere Kaiserschnitt-Raten. Ein  
3298 wesentlicher Grund ist die Finanzierung. Es besteht derzeit ein  
3299 finanzieller Fehlanreiz zum geplanten Kaiserschnitt, der zu beseitigen  
3300 ist.

- 3301 • eine optimale Betreuung der Schwangeren durch ausreichend und gut  
3302 ausgebildete Hebammen. Der Beruf muss dafür an Attraktivität gewinnen,  
3303 insbesondere durch eine bessere Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

- 3304 • verbesserte Geburtsbedingungen im klinischen Setting durch ausreichend  
3305 Personal (1:1 Betreuung durch eine Hebamme während der Geburt), möglichst  
3306 wenig Stress während der Geburt (z.B. das Recht darauf, von den  
3307 Anfangswehen bis zur vollendeten Geburt im selben Raum zu verbringen;  
3308 kein Zeitdruck während der Geburt) und eine verbesserte Ausstattung in  
3309 Kreißsälen: Eine Badewanne pro Kreißsaal und sonstige, an Geburtshäuser  
3310 angeglichen, Ausstattung.



- 3311 • eine stärkere Vernetzung von Kliniken und Frauenärzt:innen für ein  
3312 besseres Screening und eine bessere Information und Steuerung der  
3313 Schwangeren, damit die Versorgung Hand in Hand erfolgt.
- 3314 • eine transparente Übersicht über Leistungsumfang, Personalausstattung und  
3315 Qualitätsindikatoren aller Geburtskliniken ("Geburtswegweiser") durch  
3316 eine unabhängige Einrichtung (z. B. Landesärztekammer) zu entwickeln und  
3317 zu veröffentlichen. Dies muss allgemeinverständlich und leicht zugänglich  
3318 für Mütter und Frauenärzt:innen aufbereitet werden. Die Daten werden  
3319 regelmäßig aktualisiert (mindestens alle 2 Jahre).
- 3320 • Wir stehen für das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper. Dazu  
3321 zählt nicht nur, die theoretische Wahlfreiheit darüber zu haben,  
3322 Schwangerschaften durchführen oder beenden zu wollen, sondern auch die  
3323 praktische Möglichkeit, Schwangerschaftsabbrüche ohne große zeitliche,  
3324 geographische und finanzielle Hürden auf sich zu nehmen. In allen  
3325 Krankenhäusern mit einer Geburtsklinik nach Krankenhausplan sowie der  
3326 Universitätsklinik, sollen Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden.  
3327 Zum anderen fordern wir – auch beim Bund – die Weiterentwicklung und  
3328 Zulassung von Mitteln zum medikamentösen Schwangerschaftsabbruch und  
3329 entsprechende Forschung ein.
- 3330 • Wir wollen eine nachhaltige und langfristige Stärkung des Öffentlichen  
3331 Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Thüringen. Gemeinsam mit Vertretern der  
3332 Landkreise und kreisfreien Städte sowie dem Landesverband Thüringen der  
3333 Ärzte und Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e. V. wird dazu  
3334 ein Maßnahmenpaket "Thüringer Allianz für den ÖGD" erarbeitet. Dieses Paket  
3335 soll kurz- und mittelfristige Handlungsfelder sowie strategische Fragen  
3336 identifizieren und entsprechende Maßnahmen festlegen. Dabei spielen  
3337 folgende Aspekte eine zentrale Rolle:
- 3338 o Studium um zusätzliche Elemente des öffentlichen Gesundheitswesens erweitern  
3339 (Public Health)
- 3340 o dass Teile der praktischen Aus- und Weiterbildung auch in Gesundheitsämtern  
3341 absolviert werden können
- 3342 o sowie ein Lehrstuhl für das öffentliche Gesundheitswesen am Uniklinikum Jena  
3343 eingerichtet wird
- 3344 o Analog zum "Thüringen Stipendium" fördert das Land Thüringen angehende  
3345 Mediziner:innen, die sich für eine Tätigkeit im ÖGD entscheiden, mit einem  
3346 Stipendium

- 3347 o die Aufgabenstruktur des ÖGD wird überarbeitet
- 3348 o es sind weitere Stellen für Praxis- und Hygienefachpersonal auszuweisen
- 3349 o um Ärzten mehr berufliche Flexibilität zu geben, soll Amtsärzten auch die  
3350 Nebentätigkeit im ambulanten Bereich ermöglicht werden bzw. niedergelassenen  
3351 Ärzten eine teilweise Anstellung im Gesundheitsamt.
- 3352 o Thüringen setzt sich bei den Tarifpartner:innen für eine bessere Bezahlung der  
3353 Beschäftigten im ÖGD ein und schafft weitere Anreize durch Zulagen.
- 3354 o der Freistaat fördert unter den Gesundheitsämtern die Bildung von  
3355 Kooperationen und Zweckverbänden.
- 3356 o das für Gesundheit zuständige Ministerium übernimmt mit festen  
3357 Ansprechpartner:innen die Koordination.
- 3358 o ein stärkerer Fokus als bisher soll dabei dem Bereich der Prävention  
3359 insbesondere vulnerabler Gruppen (prekär Beschäftigte, Arbeitslose, Kinder,  
3360 Menschen mit Behinderung...) zukommen.
- 3361 o die bisher gültige „Verordnung über den öffentlichen Gesundheitsdienst und die  
3362 Aufgaben der Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten“ erhält  
3363 als Basis ein modernes Landesgesetz für den ÖGD. Die Verordnung wird durch eine  
3364 Personalmindestausstattung der Gesundheitsämter sowie der zuständigen  
3365 Landesbehörde erweitert.
- 3366 • Die erschreckend hohe Fallzahl von Betroffenen von Post- und Long-Covid  
3367 gibt auch in Thüringen Anlass zur Sorge und drängt uns zum Handeln. Wir  
3368 begrüßen die Intensivierung der Forschungsförderung durch den Bund, um  
3369 Medikamente gegen Long-Covid zu entwickeln und zuzulassen, und wollen in  
3370 Thüringen für gute Ergänzungen und Beteiligung sorgen.
- 3371 • Wir werden ein Landeskonzert zur Suchtprävention entwickeln und die  
3372 Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für Sucht und Prävention  
3373 prüfen.
- 3374 • Wir werden die Förderung des anonymen Krankenscheins Thüringen (AKST)  
3375 verstetigen und die Förderfähigkeit auf Menschen ohne Krankenversicherung  
3376 ausdehnen sowie die Mittel dafür bedarfsgerecht erhöhen.
- 3377 • Das Gesundheitswesen selbst sorgt geschätzt für 5 Prozent der CO2-  
3378 Emissionen. Dies liegt vor allem am Energie- und Ressourcenverbrauch. Das

3379 Energiethema wollen wir durch Investitionen in nachhaltige Infrastruktur  
3380 (vor allem Gebäude) angehen. Den Ressourcenverbrauch wollen wir auch in  
3381 Thüringen verringern.

- 3382 • Gesundheit für die Menschen erreichen wir nur, wenn auch unsere Umwelt  
3383 gesund ist. Der Ansatz „One Health“ unterstreicht, dass es nur eine  
3384 gemeinsame Gesundheit geben kann - von Mensch, Tier und Umwelt.

## 3385 **7.2 Ambulante und stationäre Pflege**

3386 Die Pflegeversicherung als Teilkaskosystem deckt immer weniger die Kosten,  
3387 während der Eigenanteil der Pflegebedürftigen seit Jahren massiv steigt.  
3388 Zunehmend müssen sie daher Hilfe zur Pflege (Sozialhilfe) in Anspruch nehmen.  
3389 Dies stellt auch eine wachsende finanzielle Belastung vieler Kommunen dar. Schon  
3390 heute arbeitet aufgrund der Arbeitsverdichtung und Belastung mehr als jeder  
3391 zweite Beschäftigte in der Pflege nur noch in Teilzeit. Tausende ausgebildete  
3392 Fachkräfte haben sogar die Pflegebranche verlassen. Mit besseren  
3393 Personalschlüsseln sowie attraktiven Arbeitsbedingungen wollen wir  
3394 sicherstellen, dass die Pflegebranche nicht selbst zum Pflegefall wird.

3395 Das werden wir tun:

- 3396 • Die SPD Thüringen steht für eine Pflege in Würde, unabhängig von der  
3397 finanziellen Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen. Daher  
3398 werden wir uns für eine Deckelung des gesamten Eigenanteils einsetzen, der  
3399 nicht von der staatlichen Pflegeversicherung übernommen wird.
- 3400 • Im ersten Schritt werden die Eigenanteile auf dem aktuellen Niveau von  
3401 maximal 1.500 Euro pro Monat eingefroren (Durchschnittlicher Eigenanteil  
3402 für stationäre Pflege in Thüringen in 2020); die darüber liegenden  
3403 Ausgaben werden erstattet. Auf diese Weise soll gewährleistet werden, dass  
3404 Pflege bezahlbar bleibt und nicht zum Armutsrisiko wird. Dies ist ein  
3405 wichtiger Schritt in Richtung Bürger:innenversicherung.
- 3406 • In einem zweiten Schritt wird ein Bündnis für Pflege gebildet, an  
3407 Vertreter:innen aus allen Bereichen der Pflege sowie der Betroffenen  
3408 beteiligt werden. Das Bündnis soll die Bedingungen in der Pflege gemeinsam  
3409 sozial gerecht weiterentwickeln und auch die Höhe eines sozial  
3410 vertretbaren Deckels für den Eigenanteil ermitteln.
- 3411 • Zu einer Pflege in Würde gehört auch, dass pflegenden Angehörigen eine  
3412 Teilhabe am sozialen Leben weiterhin möglich ist und ausreichend  
3413 Entlastungsangebote zur Verfügung stehen. Ein wesentlicher Grund für die  
3414 Überlastung vieler Angehöriger ist das Fehlen kurzfristig verfügbarer

Plätze in der Verhinderungs- und Kurzzeitpflege, etwa für eine Auszeit, Urlaub oder Reha-Maßnahmen. Daher schaffen wir einen Anspruch auf Vermittlung einer Kurzzeitpflege über eine zentrale Pflege-Vermittlungsstelle – ähnlich der Termin-Servicestelle für Arzttermine.

- Wir setzen uns für eine staatliche Förderung ein, um Anreize für die Schaffung zusätzlicher Plätze in der Kurzzeitpflege zu setzen. Diese können in solitären Einrichtungen für Kurzzeitpflege entstehen, aber auch eingestreut in stationären Pflegeeinrichtungen. Wir werden Anbieter anteilig unterstützen für den Fall des wirtschaftlichen Risikos, wenn eingeplante Kurzzeit-Pflegebedürftige wieder absagen und Betten leer stehen. Diese Fördermittel werden spätestens ab 2024 vom Land zur Verfügung gestellt. Die Förderung bleibt bestehen bis vom Bund vergleichbare Förderinstrumente zur Verfügung gestellt werden.

- Grundlage für die Förderung ist eine Ist-Analyse. Um den Bedarf an Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie weiterer pflegerischer Infrastruktur zu ermitteln und bedarfsgerechte Angebote zu fördern, braucht es eine regelmäßige regionale Pflegestatistik, die öffentlich zugänglich ist und in einer Landespflegeplanung mündet. Das Land hat die Aufgabe, planerisch für eine ausreichende Infrastruktur zu sorgen (SGB XI, §9). Die SPD Thüringen wird sich deshalb für einen Landespflege- und Patientenbeauftragten, der als Ombudsstelle fungiert und dem Landtag und der Öffentlichkeit regelmäßig Landespflegeberichte vorlegt stark machen. Die SPD Thüringen erkennt die enorme Leistung der über 80.000 pflegenden Angehörigen im Freistaat an. Wir schaffen eine niedrigschwellige, regional vernetzte und vor allem aufsuchende Hilfestellung. Dafür werden die bisher primär stationären Pflegestützpunkte zu mobilen Beratungsdiensten weiterentwickelt. Für eine bessere regionale Vernetzung arbeiten sie außerdem eng mit weiteren bestehenden Angeboten (z. B. Agathe, Dorfkümmerer, Nachbarschaftshilfe, Gemeindeschwestern) zusammen. Das Land beteiligt sich an der Finanzierung von jeweils einem Pflegestützpunkt in den Landkreisen und kreisfreien Städten mit bis zu 25.000 Euro jährlich.

- Die schlechten Arbeitsbedingungen, unter denen Kolleg:innen in der Pflegebranche leiden, sind seit Jahren bekannt. Es wird Zeit, dass auf die systemrelevante Stellung von Pflegekräften mit angemessenen Arbeitsbedingungen geantwortet wird. Deshalb setzt sich die SPD ein für:

o Das Inkrafttreten eines Pflegeschlüssels, sichergestellt durch verbindliche Pflegepersonaluntergrenzen. Nur so können Träger dazu motiviert werden, genug Personal vorzuhalten, ohne dass regelmäßig zu Unterbesetzung, Schließung von Stationen und Überstunden kommt.

o die konsequent höhere Bezahlung bei Überstunden. Damit lohnt es sich für Träger eher, neues Personal einzustellen, sodass die anderen Kolleg:innen nicht ständig springen und mehr Überstunden leisten müssen. Diese Maßnahme lässt die Schaffung von Vollzeitstellen gegenüber Teilzeitstellen attraktiver werden.

o Wir unterstützen die Forderung nach einer 30 Stunden Woche für Pflegekräfte mit vollem Lohnausgleich.

- Die Anforderungen an eine hochwertige Pflege verlangen eine bessere Organisation und Förderung der Ausbildung. Wir setzen uns für eine Ausbildungsvergütung für Studentinnen und Studenten der Pflegewissenschaften ein. Sie müssen genauso viele Praxisstunden in der Pflege absolvieren wie Auszubildende, werden jedoch nicht dafür bezahlt. Daher fordern wir eine Beteiligung der Pflegewissenschaften genauso wie Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser am Pflegeausbildungsfonds.

## **8. Engagiert für Kunst, Kultur, Medien und Sport**

Thüringen ist Kulturland, Thüringen ist Sportland, Thüringen ist Medienstandort. Diese Besonderheit Thüringens gilt es zu bewahren und durch eine gezielte Weiterentwicklung aller drei Bereiche zukunftsfest zu machen. Sie sind die Basis von zivilgesellschaftlichem Wirken und Demokratie.

Kulturpolitik und Sportpolitik haben für uns eine zentrale Bedeutung als Bestandteil unserer Bestrebungen, den gesellschaftlichen Spaltungen und Ausgrenzungen entgegenzuwirken. Ein weiterer wichtiger Pfeiler der Demokratie sind die Medien unseres Landes. Sie genießen und bedürfen eines besonderen Schutzes. Den bereits begonnenen Strukturwandel müssen wir weiter kritisch begleiten. Unser Ziel bleibt die unabhängige und kritische Information für alle Generationen, der im Freistaat lebenden Menschen.

Wir stehen politisch in der Verantwortung, den Neustart und die Perspektiven des kulturellen und sportlichen Lebens nach Corona kraftvoll zu fördern. Der Staat hat die Verantwortung, den Weg zur Mitwirkung in Sport und Kultur für alle zu öffnen.

### **8.1 Kulturland Thüringen**

Eine offene demokratische Gesellschaft ist auf eine lebendige und vielfältige Kulturszene angewiesen. Das schließt das kulturelle Erbe der Thüringer Residenzlandschaft; der Theater und Museen, der jüdischen Landesgemeinden und Kirchen ebenso ein wie Angebote der Soziokultur und Brauchpflege, künstlerisches Schaffen und Unterhaltungsformate aller Art. Das kulturelle Erbe Thüringens ist einzigartig. Es muss daher bewahrt und allen zugänglich gemacht werden. Kultur

3491 ist überall dort, wo Menschen sich frei begegnen, kreative Räume erschließen und  
3492 in einen gleichberechtigten Austausch treten. Dies findet sowohl in den Städten  
3493 also auch in ländlichen Regionen statt.

3494 Wir verstehen Kultur als gesellschaftliche Aufgabe. In Zeiten wachsender  
3495 Ungeichheit müssen wir dafür sorgen, dass die Zugangshürden zu Kultur und  
3496 kultureller Bildung abgebaut und beseitigt werden. Gleichsam sind wir der Anwalt  
3497 für Kulturakteur:innen, die von ihrer Arbeit leben können müssen und ebenso wie  
3498 andere Arbeitnehmer:innen sozialer Absicherung bedürfen.

3499 Erinnerungsarbeit- und -kultur hat für uns einen besonderen Stellenwert.  
3500 Institutionen wie die "Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora",  
3501 der ehemalige Firmensitz von Topf und Söhne, die "Stiftung Ettersberg-  
3502 Gedenkstätte Andreasstraße" und andere Gedenkstätten und Initiativen leisten  
3503 einen sehr wichtigen Beitrag, an diese Schuld zu erinnern, ihre Geschichte  
3504 aufzuarbeiten und an unsere Verantwortung des „Nie wieder!“ zu mahnen.

3505 Das werden wir tun:

- 3506 • Künstlerinnen und Künstler müssen von ihrer kreativen Arbeit leben können.  
3507 Wir machen uns deshalb für faire Mindestvergütungen und  
3508 Ausstellungsvergütungen stark.
- 3509 • Wir setzen uns dafür ein, die sozialen Sicherungssysteme für  
3510 Kulturakteur:innen deutlich zu verbessern.
- 3511 • Die Finanzierung der Kultur muss auch in Haushaltsnotlagen gesichert sein.
- 3512 • Wir wollen Kultur als Pflichtaufgabe in der Thüringer Kommunalordnung  
3513 verankern. Der von der SPD entwickelte Kulturlastenausgleich im kommunalen  
3514 Finanzausgleich ist fortzuführen und finanziell anzupassen.
- 3515 • Kultur muss als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen werden
- 3516 • Wir wollen die Parität - sowohl bei der Besetzung von Kommissionen, Jürs  
3517 und Gremien im Kultur- und Medienbetrieb als auch bei der Vergabe von  
3518 Förderungen und künstlerischen Aufträgen
- 3519 • Wir setzten uns für eine Fortsetzung und Erweiterung des Bundesprogrammes  
3520 zur Erhaltung der Thüringer Schlösserlandschaft ein
- 3521 • Wir begrüßen die Auszeichnung des mittelalterlich-jüdischen Erbe Erfurts  
3522 mit dem Welterbe-Titel. Alte Synagoge, Mikwe und Steinernes Haus sind

- 3523           erstrangige bauliche Überlieferungen früheren jüdischen Lebens. Gemeinsam  
3524           mit der Landeshauptstadt wollen wir deshalb dafür sorgen, dass diese  
3525           historischen Stätten noch bekannter werden und dass ein für Besucher:innen  
3526           attraktives und didaktisch vorbildliches Welterbezentrum entsteht.
- 3527           • Wir stärken die Initiativen zur Aufarbeitung von NS-Raubkunst und  
3528           Sammlungen in kolonialen Zusammenhängen durch Provenienzforschung. Deshalb  
3529           soll eine Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Thüringen Museumsverband  
3530           und anderen Akteuren den weiteren Bedarf und Vorschläge für das weitere  
3531           Vorgehen erarbeiten.
- 3532           • Wir setzen uns für eine kulturelle Teilhabe aller ein, insbesondere für  
3533           Kinder und Jugendliche soll es einen kostenlosen Zugang zur Kultur geben.
- 3534           • Wir stehen für den Erhalt der reichen und traditionsreichen Thüringer  
3535           Orchester- und Theaterlandschaft. Gemeinsam mit den kommunalen Trägern und  
3536           dem partizipierenden Umland wollen wir auch künftig allen Theatern und  
3537           Orchestern finanzielle Planungssicherheit mit langfristigen  
3538           Finanzierungsvereinbarungen geben, um so eine gute künstlerische  
3539           Entwicklung zu ermöglichen.
- 3540           • Wir wollen, dass Theater und Orchester allen Menschen im Land offen  
3541           stehen. Um dies zu ermöglichen wollen wir, dass jedes Kind mindestens ein  
3542           mal ein Theater oder Orchester besucht hat.
- 3543           • Die Projektförderung trägt maßgeblich dazu bei, dass neue Ideen eine  
3544           Chance zur Verwirklichung erhalten. Wir streben dabei künftig eine  
3545           Entbürokratisierung und eine Vereinfachung bei Förderanträgen an.  
3546           Zukünftig sollen die landesweiten Verbände auf Grundlage eines  
3547           Wirtschaftsplans (Personal- und Sachkosten) institutionell gefördert  
3548           werden. Wichtige kulturelle Initiativen und Vereine sollen auch mehr  
3549           Planungssicherheit durch eine mehrjährige Projektförderung erhalten.
- 3550           • Soziokulturelle Initiativen und Zentren in ländlichen und städtischen  
3551           Räumen lädt bieten die Chance für jeden, selber aktiv zu werden, eigene  
3552           Ideen zu verwirklichen. und Kultur zu erleben. Wir wollen daher die  
3553           wichtige Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur weiter fördern.
- 3554           • Wir wollen die Welt dazu einladen, die großen und die vielen versteckten  
3555           Schätze des Kulturlandes Thüringen zu entdecken. „Zur Unterstützung und  
3556           Entwicklung des Kulturtourismus und zur Stärkung des ländlichen Raums  
3557           fördern wir individual touristische Angebote in historischen Dorf- und  
3558           Ortskernen. Damit wollen wir unser ländlich kulturelles Erbe sichern und  
3559           deren Eigentümer:innen besser unterstützen Des Weiteren soll mit dem  
3560

weiteren Ausbau des multimedialen virtuellen Portals Menschen in aller Welt das Kulturland Thüringen ansprechend präsentiert werden. Portale sollen an besonders bekannten Orten wie zum Beispiel Weimar den Touristen aus aller Welt die Schatzkammer Thüringen vorstellen und Lust machen auf längere Besuche und neue Entdeckungen in Thüringen.

- Wir werden die digitale Transformation und Digitalität im Kulturbereich unterstützen, um die kulturellen Institutionen und Vereine zukunftsfähig zu machen. Kulturinstitutionen stehen vor der großen Herausforderung, ihr Publikum an sich zu binden bzw. neue und mehr Besuchergruppen zu gewinnen. Neue Formate sind zu entwickeln um den Nutzer:innen eine bessere Teilhabe zu ermöglichen. Dies erfordert einen umfassenden Ansatz in der digitalen Transformation, angefangen vom so genannten „Changemanagement“ in der Verwaltung, der Förderung der Infrastruktur bis hin zur digitalen Erfassung von Kulturgütern. Die digitale Präsentation und Vermittlung, wie auch die Ermöglichung von digitaler Kunst, gewinnen zunehmend an Bedeutung. Gerade Digitalisierung benötigt dynamische Instrumentarien. Um eine ständige Fortentwicklung in diesen Bereichen zu ermöglichen, müssen die Förderinstrumentarien flexibler ausgestaltet werden. Dies betrifft sowohl erleichterte Förderbedingungen als auch neue inhaltliche Schwerpunkte.
- Wir werden den weiteren Ausbau eines zentralen Kultur- und Wissensportals weiter vorantreiben und als Beitrag Thüringens zur Deutschen Digitalen Bibliothek profilieren. Hierbei werden wir die Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden gezielt bei Erstellung ihrer Angebote unterstützen.
- Wir haben die Museumsförderung deutlich erhöht und stehen auch in Zukunft gemeinsam mit den Kommunen für die finanzielle Sicherheit der Museen ein. Wir wollen zur Stärkung der pädagogischen und wissenschaftlichen Arbeit in den Museen ein Volontariatsprogramm starten.
- Wir wollen die Erinnerungen der Verfolgten und Häftlinge für alle Zeit respektvoll bewahren, und gleichzeitig die Bildungs- und Forschungsarbeit der Gedenkstätten im Dienste des Austauschs, der Verständigung, der Wahrung der Menschenrechte und der Demokratie weiter stärken. Dabei sollen vor allem auch neue Formate der Vermittlung unterstützt werden um eine nachhaltigere Reflexion zu erzielen und das kritische Geschichtsbewusstsein zu stärken.
- Mit einer gezielten Förderpolitik wollen wir gemeinsam mit den Kommunen das Angebot der Musik- und Jugendkunstschulen erhalten. Gerade im ländlichen Raum muss es Ziel sein, dass Jugendliche diese Angebote auch in Zukunft nutzen können. Zudem wollen wir die Kooperationen mit anderen Kultureinrichtungen stärken.



- Bibliotheken sind nicht nur Orte der Information, sondern in vielen Gemeinden und Städten auch Orte der Begegnung, des Austausches und ein Mittelpunkt des kulturellen Lebens. Es muss auch zukünftig darum gehen, gemeinsam mit den Kommunen dieses Angebot zu erhalten. Wir wollen die Bibliotheken als außerschulischen Lernort stärken und mehr in die schulische Arbeit integrieren.
- Thüringen ist das Land von Goethe und Schiller, eine Landschaft der deutschen Dichtung. Dieser Tradition fühlen wir uns verpflichtet. Wir wollen die Thüringer Literaturfestivals und damit die überregionale Präsentation der Thüringer Autoren weiter unterstützen. Die Leseförderung in den Schulen wollen wir mit dem Ziel weiterentwickeln, bei den jungen Thüringer:innen schon früh die Freude an Literatur zu wecken.
- Thüringen ist Musikland. Tradition und Innovation beflügeln sich gegenseitig. Zahlreiche Festivals, wie die Thüringer Bachwochen oder der Güldene Herbst begeistern ein internationales Publikum. Aber auch Junge Projekte müssen gefördert und unterstützt werden. Wir wollen Festivals und Projekte stärken und weiter profilieren. Mit ihnen wollen wir mehr Besucher:innen aus dem In- und Ausland nach Thüringen locken.
- Wir unterstützen eine weitere Bewerbung aus Thüringen zur Kulturhauptstadt Europas. Thüringen war über alle Epochen hinweg Kristallisationspunkt europäischer Geschichte und Kultur und hat unter anderem beim Lutherjahr und dem Tag der deutschen Einheit bewiesen, dass es ein exzellenter Gastgeber ist. Das erfolgreiche EU-Projekt kann im Freistaat eine zukünftige Kulturhauptstadt finden, von der nachhaltige Impulse in Wirtschaft, Tourismus und Kultur ausgehen.

## 8.2 Medien

Unabhängige Medien sind wesentlicher Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie und somit unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags. Sie bieten Information, Kommunikation, sichern gesellschaftliche, politische und kulturelle Teilhabe und Zugang zu Wissen.

Eine starke Medienwirtschaft ist neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk für die Erfüllung dieser gesellschaftlichen Aufgaben von zentraler Bedeutung. Unser Ziel ist es, den Medienstandort Thüringen zu stärken sowie allen Bürger:innen den Zugang zu einem ausgewogenen und unabhängigen lokalen, regionalen und überregionalen Medienangebot zu sichern.

Das werden wir tun:

- Wir werden den Anteil gesellschaftlich relevanter Verbände in den Gremien des MDR erhöhen und damit diesen weiter pluralisieren.
- Erfurt als Zentrum für Kindermedien werden wir weiter stärken. Dabei setzen wir künftig verstärkt auf die Entwicklung von Medieninhalten für Lehr- und Lernmedien, auf Spieleentwicklung sowie die Medienproduktion durch Kinder.
- Wir werden die Medienförderung noch deutlicher als bisher für neue mediale Formen und experimentelle Formate öffnen.
- Der Ausbildung in Medienberufen messen wir eine besondere Bedeutung bei. Daher wollen wir Aus- und Weiterbildungsinitiativen unterstützen, die auf den rasanten Wandel in der Medienwelt reagieren.
- Die Förderung der Thüringer Bürgermedien werden wir aufstocken und dafür sorgen, dass ihnen neue technische Verbreitungswege zur Verfügung stehen.
- Bibliotheken wollen wir als Orte der Informationsvermittlung und medienpädagogischen Arbeit stärken. Daher unterstützen wir eine Integration kommunaler Medienzentren in öffentlichen Bibliotheken und wollen den Zugang zu Bibliotheken auch im ländlichen Raum sicherstellen.
- Wir setzen uns für verstärkte Faktenchecks und die Bekämpfung von Fake-News durch den MDR und die Landesmedienanstalt ein.

## 8.3 Sport

Rund 360.000 Menschen sind in den knapp 3.300 Thüringer Sportvereinen organisiert. Mit Recht kann der organisierte Sport im Freistaat damit für sich in Anspruch nehmen, die „größte Bürger:innenbewegung im Lande“ zu sein. Sport übernimmt in unserer Gesellschaft wichtige Aufgaben. Er stiftet Gemeinschaftsgefühl, trägt maßgeblich zur Gesunderhaltung bei und vermittelt Werte wie Fairness. Darum setzen wir uns dafür ein, angemessene Rahmenbedingungen für den Sport abzusichern und eine auskömmliche Finanzierung zu gewährleisten.

Das werden wir tun:

- Land und Kommunen müssen gemeinsam mit den Vereinen Verantwortung für den Breitensport übernehmen. Die direkten Förderungen dafür stammen zum Großteil aus den Überschüssen der Staatslotterie. Diese Finanzierung stellt eine verlässliche Säule für den Breitensport dar. Wir wollen prüfen, inwieweit diese verlässliche Säule durch weitere

3670 Finanzierungquellen ergänzt werden kann.

- 3671 • Gemeinsam mit dem organisierten Sport und auf der Basis detaillierter  
3672 Bestandsaufnahmen, fachwissenschaftlich gestützter Bedarfsanalysen sowie  
3673 einer konkreten Ziel- und Maßnahmenfestschreibung wollen wir einen  
3674 Zukunftsplan für das Sportland Thüringen entwickeln. An diesem  
3675 Zukunftsplan werden sich künftig die Ziel- und Leistungsvereinbarungen  
3676 zwischen der Landesregierung und dem Landessportbund orientieren.
- 3677 • Wir werden die Ehrenamts- und Übungsleiter:innenpauschale regelmäßig an  
3678 die allgemeine Kostenentwicklung angepasst.
- 3679 • Wir setzen uns für eine Aufwertung des Sports in Kindertagesstätten,  
3680 Schulen und Jugendeinrichtungen aus. In der Ausbildung der Erzieher:innen  
3681 und in der praktischen Arbeit der Kindertagesstätten sollen Sport und  
3682 Angebote zur altersgerechten motorischen Entwicklung sowie zur  
3683 Bewegungsförderung daher wieder einen höheren Stellenwert bekommen.
- 3684 • Die Ausbildung der Sportlehrer:innen und der Übungsleiter:innen muss zudem  
3685 noch stärker auf altersgruppenspezifische methodisch-didaktische Ansätze  
3686 ausgerichtet werden.
- 3687 • Wir wollen das erfolgreiche Programm „Bewegte Kinder = gesündere Kinder“  
3688 zusammen mit dem Projekt „Bewegungscoach“ in ein weiter gefasstes  
3689 Landesprogramm zur Bewegungsförderung bei Kindern und Jugendlichen und für  
3690 eine bewegungsfreundliche Gestaltung des KITA- und Schulalltags  
3691 integrieren. Damit sollen KITAS und Schulen aller Schularten  
3692 unbürokratisch bei der Durchführung regelmäßiger Bewegungschecks, beim  
3693 Ausbau darauf basierender, individueller bewegungsfördernder Maßnahmen und  
3694 bei der Integration von regelmäßigen Bewegungsangeboten in den ganz  
3695 normalen Alltag ihrer Einrichtungen unterstützt werden.
- 3696 • Gemeinsam mit dem Bund sollen die Kommunen auch weiterhin bei der  
3697 Sanierung und beim Ausbau von Schulen und Sporteinrichtungen unterstützt  
3698 werden. Der Fördertitel für Bau und Sanierung von Schulsporthallen soll  
3699 dazu auf 10 Millionen Euro erhöht werden. Außerdem wird die Finanzierung  
3700 kommunaler Schwimmbäder zur Gewährleistung des Schwimmunterrichts für alle  
3701 Schüler:innen sichergestellt. Kommunen sollen in die Lage versetzt werden,  
3702 auch öffentlich zugängliche Sportflächen und -geräte und Fitnessparks zu  
3703 errichten.
- 3704 • Wir werden ein Sonderinvestitionsprogramm Sportstätten in Höhe von  
3705 jährlich 20 Millionen Euro schaffen. Gerade in ländlichen Regionen bedarf  
3706 es neuer Wege. Dabei wollen wir die multifunktionelle Nutzung von  
3707

- 3708 Bestands- und Leergebäuden (Sport-, Veranstaltungs-, Jugendhilfestätten)  
3709 erproben und hier unbürokratische Finanzierungen aus verschiedenen  
Fördertöpfen ermöglichen.
- 3710 • Wir wollen Spitzensportler:innen gezielt unterstützen, indem wir  
3711 Landesstipendien vergeben, die Sportgymnasien stärken und dort für den  
3712 Einsatz von Schulsozialarbeiter:innen sorgen.
- 3713 • Wir wollen unsere Profi-und Spitzensportvereine dabei unterstützen,  
3714 weiterhin den wachsenden Voraussetzungen der jeweiligen Ligen gerecht zu  
3715 werden und legen ein jährliches Förderbudget auf.
- 3716 • Wir wollen einen sauberen Sport und setzen uns klar gegen Doping ein. In  
3717 diesem Sinne haben wir bei der Novellierung des Sportfördergesetzes mit  
3718 dafür gesorgt, dass Sportorganisationen nur dann vom Land gefördert  
3719 werden, wenn sich Mitarbeiter:innen mit Doping-Vergangenheit einer  
3720 Überprüfung durch die Unabhängige Kommission des DOSB stellen.
- 3721 • Wir wollen alle Thüringer Sportregionen wieder in das Zentrum der  
3722 Aufmerksamkeit rücken, indem wir diese bei der Entwicklung ihrer  
3723 Sportstätten als Teil eines sichtbaren und attraktiven touristischen  
3724 Gesamtkonzeptes unterstützen.
- 3725 • Eine besondere Rolle nimmt der Behindertensport ein, der vom Breiten- bis  
3726 zum Leistungssport gleichrangig unterstützt wird. Für Menschen mit  
3727 körperlichen und geistigen Einschränkungen ist Sport eine Möglichkeit der  
3728 Teilhabe und Selbstverwirklichung.
- 3729 • Wir erkennen an, dass eSport sich zunehmender Beliebtheit erfreut – gerade  
3730 bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Frage, ob eSport ebenfalls  
3731 als Sport anzusehen ist oder nicht, muss angesichts dessen in nächster  
3732 Zeit geklärt werden. Dabei sind uns zwei Punkte wichtig: Der organisierte  
3733 Sport hat sich von Beginn den Veränderungen unserer Gesellschaft und neu  
3734 aufkommenden Sporttrends und Sportarten sowie sich wandelnden  
3735 Freizeitinteressen stellen müssen. Das hat er erfolgreich getan.  
3736 Gleichzeitig ist aber auch klar, dass neue Sportarten nur dann Aufnahme in  
3737 den organisierten Sport finden können, wenn sie dessen Aufnahmekriterien  
3738 und dessen Wertekanon entsprechen. Wenn eSport entsprechende  
3739 Entwicklungsschritte einschlägt und so Akzeptanz beim organisierten Sport  
3740 findet, steht seiner Anerkennung als Sport aus unserer Sicht nichts im  
3741 Wege.

## 3742 8.4 Ehrenamt

3743 Gesellschaftlicher Zusammenhalt basiert darauf, wie viel jede:r bereit sind,  
3744 sich für die Umwelt und andere Menschen einzusetzen, Rücksicht aufeinander zu  
3745 nehmen und Respekt für die Leistung anderer zu zeigen. Ist der gesellschaftliche  
3746 Zusammenhalt stark ausgeprägt, stärkt das unsere Demokratie, macht sie lebendig  
3747 und wehrhaft.

3748 Das Ehrenamt ist mit 800.000 Tausend Engagierten in Thüringen die oft  
3749 unsichtbare Kraft, ohne die ein Zusammenleben in unserer Gesellschaft nicht  
3750 vorstellbar wäre. Allein in den Thüringer Feuerwehren engagieren sich über  
3751 35.000 Kamerad:innen. Das zeigt einmal mehr, wie wichtig die Menschen sind, die  
3752 in Blaulicht- oder Rettungsorganisationen, Sportvereinen, Jugendverbänden,  
3753 Kleingarten- oder Karnevalsvereinen ehrenamtlich tätig sind. Besonders in Zeiten  
3754 des Wandels und wachsender Unsicherheit in der Bevölkerung, verstärkt durch eine  
3755 globale Gesundheitskrise, braucht es das ehrenamtliche Engagement.

3756 Viel zu oft nehmen wir die unbezahlbare Leistung des Ehrenamtes für das  
3757 Funktionieren unseres Zusammenlebens als selbstverständlich hin. Dabei werden  
3758 hier bundesweit jährlich fünf Milliarden Arbeitsstunden kostenfrei oder mit nur  
3759 geringer Entschädigung geleistet. Das zeigt, wie groß der Anteil des Ehrenamts  
3760 an der Daseinsvorsorge mittlerweile ist. Wir müssen aber feststellen, dass das  
3761 Ehrenamt in seinen vielen Facetten zunehmend unter Druck gerät, insbesondere in  
3762 ländlichen Regionen. Wegzug, Überalterung, Bürokratie oder fehlende Freizeit  
3763 durch beruflichen Druck sind die Hürden für den Erhalt und Ausbau ehrenamtlicher  
3764 Strukturen.

3765 Die SPD Thüringen bekennt sich deshalb zum Ehrenamt als Ressource für  
3766 unser Zusammenleben und wird die ehrenamtlich Aktiven in Thüringen weiterhin  
3767 unterstützen.

3768 Das werden wir tun:

3769 • Ehrenamtliche Arbeit findet in zumeist vor Ort in unseren Kommunen statt.  
3770 Wir werden unsere Kommunen dauerhaft finanziell in die Lage versetzen,  
3771 Aufgaben im eigenen Wirkungskreis zu erbringen und damit das Fundament für  
3772 ehrenamtliches Engagement zu legen.

3773 • Darüber hinaus werden wir ein Ehrenamtsbudget für Kommunen schaffen, damit  
3774 Engagierte direkt gefördert werden. Unsere kommunalen Entscheidungsträger  
3775 wissen am besten, wo finanzielle Unterstützung für Ehrenamtliche gebraucht  
3776 wird.

3777 • Absicherung des Ehrenamtes durch seine Verankerung in der Thüringer  
3778 Landesverfassung

- 3779 • Ausbau der sog. Jugendpauschale sowie Stärkung der Örtlichen  
3780 Jugendförderung
- 3781 • Verpflichtung der Kommunen zur Förderung der Arbeit von Jugendverbänden  
3782 über die kommunalen Jugendförderpläne.
- 3783 • Ausbau von Leistungen aus dem Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben  
3784 der Generationen sowie der Familienpauschale zur Unterstützung der  
3785 Kommunen bei der Umsetzung einer kommunalen Sozialplanung.
- 3786 • Stärkung der Thüringer Ehrenamtsstiftung und ihrer Leistungen durch  
3787 gezielte Öffentlichkeitsarbeit.
- 3788 • Bessere Ausstattung und erhöhte Ausgabe der Thüringer Ehrenamtscard.
- 3789 • Gezielte Förderung und Vernetzung ehrenamtlicher Strukturen mit  
3790 entsprechenden Qualifizierungs- und Serviceangeboten mithilfe der Neuen  
3791 Deutschen Stiftung für Ehrenamt und Engagement (DSEE).
- 3792 • Abbau unverhältnismäßiger bürokratischer Belastungen für das Ehrenamt,  
3793 mithilfe eines zentralen Portals mit Muster-Formularen und Informationen  
3794 zu geltenden Regelungen.
- 3795 • Klarstellung darüber herbeiführen, dass die Möglichkeit der politischen  
3796 Tätigkeit einer Organisation zur Verfolgung ihres gemeinnützigen Zweckes  
3797 besteht, ohne ihre Steuerbefreiung zu gefährden.
- 3798 • Die Menschen, die ehrenamtlich ihre Gesundheit für unseren Schutz und  
3799 unsere Sicherheit riskieren, gilt es besonders zu unterstützen, vor allem  
3800 in ländlichen Regionen. Was wir leider immer wieder feststellen, ist der  
3801 mangelnde Respekt vieler Leute gegenüber den Sicherheits- und  
3802 Rettungskräften. Umso mehr liegt uns die Sicherstellung des ehrenamtlich  
3803 getragenen Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes am Herzen. Deshalb  
3804 wollen wir mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne die Leistung der  
3805 Katastrophenschutzkräfte würdigen und die Feuerwehren mit Investitionen in  
3806 Infrastruktur und Lehrangeboten insbesondere an der Thüringer  
3807 Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule unterstützen.

## 3808 **9. Zukunftsfähige und solide Haushaltspolitik**

3809 Die solide und vorausschauende Haushaltspolitik der vergangenen Jahre hat dafür  
3810 gesorgt, dass Thüringen auch in der Corona- und Energiekrise handlungsfähig  
3811 geblieben ist. Eine gute Finanzpolitik darf aber nicht nur die kurzfristige  
3812 Krisenbewältigung im Blick haben, sondern muss immer auch Gestaltungsspielräume

3813 für kommende Generationen schaffen.

3814 Es bedarf daher in den nächsten Jahren einer klaren Prioritätensetzung im  
3815 Landeshaushalt. Nur so schaffen wir die für die kommenden Jahre notwendigen  
3816 Gestaltungsspielräume für Investitionen in die Transformation von Wirtschaft und  
3817 Gesellschaft.

3818 Das werden wir tun:

- 3819 • Wir werden den Landeshaushalt auch weiterhin an den Herausforderungen der  
3820 Zukunft ausrichten. Dafür sind uns eine realistische Finanzplanung mit  
3821 konstant hohen Investitionsquoten und ein sicherer Mittelabfluss ebenso  
3822 wichtig, wie die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen, eine  
3823 aufgabengerechte Personalausstattung der öffentlichen Hand auf allen  
3824 Ebenen, der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine Fortführung der  
3825 Schuldentilgung, der in Anbetracht der Pandemiebewältigung aufgenommenen  
3826 Kredite.
- 3827 • Um den Herausforderungen der anstehenden Transformation der Wirtschaft und  
3828 der Verwaltung begegnen zu können, wollen wir die Investitionsquoten im  
3829 Landeshaushalt zwischen 16 und 18 Prozent stabilisieren.
- 3830 • Wir werden eine klare Prioritätensetzung in der Förderung vornehmen.  
3831 Förderprogramme sollen effizient und transparent gestaltet und eingesetzt  
3832 werden. Wir werden die Landesprogramme konzentrieren und vereinfachen, um  
3833 bessere Voraussetzungen für wichtige Investitionen in Schulen,  
3834 Infrastruktur, Wirtschaft und Soziales zu schaffen.
- 3835 • Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Abschaffung der grundgesetzlichen  
3836 Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form ein. Die Erfahrungen seit ihrer  
3837 Einführung zeigen, dass sie die Handlungsfähigkeit des Staates  
3838 insbesondere auf Länderebene massiv einschränkt. Damit zukunftsweisende  
3839 Investitionsprojekte z. B. im Rahmen der Energie- und Wärmewende nicht an  
3840 ihrer Finanzierbarkeit scheitern, muss es auch für die Länder möglich  
3841 sein, in einem gewissen Rahmen fristenkongruent zu finanzieren. Parallel  
3842 hierzu werden wir die Regelungen in der Thüringer Landeshaushaltsordnung  
3843 zu Kreditermächtigungen mit dem Ziel überprüfen diese, insbesondere für  
3844 investive Maßnahmen, zu erweitern und bei Bedarf anpassen.
- 3845 • Um den Herausforderungen der Transformation gerecht zu werden, werden wir  
3846 einen „Thüringer Transformationsfonds (TTF)“ zur langfristigen  
3847 Finanzierung von Zukunftsinvestitionen einrichten. Damit wollen wir in den  
3848 kommenden Jahren einen fühlbaren struktur- und klimapolitischen Impuls  
3849 setzen und den notwendigen Wandel in Thüringen aktiv gestalten. Damit  
3850

3851 schaffen wir Finanzierungssicherheit für Unternehmen, öffentliche  
3852 Einrichtungen und Kommunen und vereinfachen die Mittelverwaltung innerhalb  
der Landesverwaltung.

- 3853 • Zur Finanzierung dieser Investitionen des „Thüringer Transformationsfond  
3854 (TTF)“ werden wir die Ausgabe von „grünen“ Anleihen prüfen. Denn für  
3855 solche Anleihen bestehen regulatorisch Vorgaben dafür, welche Art von  
3856 Projekten finanziert werden dürfen. Damit schaffen wir nicht nur  
3857 Transparenz hinsichtlich der Mittelverwendung, sondern leisten zusammen  
3858 mit anderen Bundesländern einen Beitrag zum Wandel der Kapitalmärkte hin  
3859 zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

- 3860 • Wir werden für die Zukunft vorsorgen. Wir werden die Rücklagen so  
3861 ausstatten, dass wir auf unvorhergesehene Entwicklungen reagieren können.  
3862

- 3863 • Wir werden die bestehenden Prozesse in der über viele Jahre gewachsenen  
3864 Förderlandschaft des Freistaats kritisch prüfen. Förderprogramme sollen  
3865 effizient und transparent gestaltet und eingesetzt werden. Nach kritischer  
3866 Prüfung dieser hinsichtlich ihrer Effektivität werden wir auch  
3867 Streichungen in Betracht ziehen. Wir werden die Landesprogramme  
3868 standardisieren und vereinfachen, um bessere Voraussetzungen für wichtige  
3869 Investitionen in Schulen, Infrastruktur, Wirtschaft und Soziales zu  
3870 schaffen. Dazu schaffen wir eine zentrale Förderplattform, die eine  
3871 vollelektronische Abwicklung aller landeseigenen Förderprogramme  
3872 ermöglicht. Und wir werden die Landeshaushaltsordnung sowie die  
3873 entsprechenden Verwaltungsvorschriften auf Möglichkeiten der  
3874 Entbürokratisierung prüfen.

- 3875 • Das seit 2022 rasant gestiegenen Zinsniveau stellt Kommunen und Unternehmen  
3876 zunehmend vor Finanzierungsprobleme. Instrumente wie Bürgschaften und  
3877 zinsverbilligte Kredite können ohne größere Fördersumme helfen, aus einem  
3878 unfinanzierbaren Vorhaben eine rentierliche Investition zu machen. Dazu  
3879 wollen wir die Thüringer Aufbaubank als erfahrenen Partner des Freistaats  
3880 weiter stärken und mit der Umsetzung entsprechender Landesprogramme  
3881 beauftragen.

## 3882 **10. Wir in Europa**

3883 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt, wie wichtig ein geeintes und  
3884 geschlossenes Europa ist. Frieden, Demokratie und ökonomischer Wohlstand, Basis  
3885 des Zusammenlebens auf unserem Kontinent, stehen verstärkt im Wettkampf mit  
3886 autokratischen und diktatorischen Systemen auf der Welt. Europa ist der  
3887 wichtigste Handelspartner vieler Thüringer Unternehmen, tausende von  
3888 Schüler:innen nehmen an europäischen Austauschen teil und Studierende lernen



3889 heute in Universitäten europaweit. Viele Bauvorhaben in Thüringen wären ohne  
3890 Fördermittel aus der EU nicht finanzierbar. Europa ist Lebensrealität vieler  
3891 Thüringer:innen. Deshalb werden wir uns weiter dafür einsetzendie europäische  
3892 Zusammenarbeit bei Bildung, Forschung und Transfer, im Arbeitsmarkt und in der  
3893 Kultur zu vertiefen.

3894 Viele dieser Herausforderungen vor denen wir aktuell stehen, lassen sich nicht  
3895 auf nationaler Ebene lösen seien es geopolitische Fragen oder die Bekämpfung des  
3896 menschengemachten Klimawandels. Deshalb engagieren wir uns weiterhin für ein  
3897 starkes, gemeinsames und soziales Europa.

3898 Das werden wir tun:

- 3899 • Wir werden im Ausschuss der Regionen für ein starkes, nachhaltiges und  
3900 soziales Europa eintreten, das auch in Krisenzeiten zusammensteht und  
3901 niemanden zurücklässt. Wir wollen ein bürgernahes und demokratisches  
3902 Europa, in dem nicht nur darüber gesprochen wird, was besser laufen kann,  
3903 sondern auch darüber, wo Europa im Freistaat wirkt und das Leben vieler  
3904 Bürger:innen bereichern kann.
- 3905 • Wir wollen ein soziales Europa, das gemeinsame Regeln für gute Arbeit,  
3906 gerechte Steuern und eine soziale Grundsicherung schafft. Unser Ziel ist  
3907 eine Europäische Union, die soziale Mindeststandards sichert, Lohn und  
3908 Sozialdumping wirksam unterbindet und die sozialen Grundrechte für alle  
3909 Bürger:innenin Europa stärkt.
- 3910 • Wir werden am Wissenschaftsstandort Thüringen in die grenzüberschreitende  
3911 Forschung investieren und unsere Wissenschafts- und Forschungspolitik  
3912 international ausrichten.
- 3913 • Wir werden den Austausch der Bürger:innen in Europa fördern. Dazu wollen  
3914 wir verstärkt europäische Städtepartnerschaften unterstützen und neue  
3915 Ideen für die internationale Arbeit vor Ort entwickeln.
- 3916 • Wir wollen die Barrieren des grenzübergreifenden Arbeitsmarktes weiter  
3917 abbauen, an mehr gemeinsamen Bildungsabschlüssen arbeiten und an der  
3918 schnelleren Anerkennung von Berufsabschlüssen.
- 3919 • Wir werden die Europäische Bildungsarbeit in unseren Bildungseinrichtungen  
3920 ausbauen und daran arbeiten neben Studierenden verstärkt Auszubildenden  
3921 über Erasmus+ die Möglichkeit zu einem Austausch zu geben.
- 3922 • Wir setzen uns ein für ein Europa, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
3923 schützt und die Einhaltung der Menschenrechte sichergesllt sowohl gegen

3924           Angriffe im Inneren als auch in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen  
3925           an den EU-Außengrenzen.